

Preis 1 Mark 50 Pf.

Serbien und Belgien in der Geschichte

Historische Studien
zur Frage der Nationalitäten
und der Kriegsziele

von

Karl Rautsch

Österreich und Serbien

Das Werden des Kaiserstaates. — Österreich und die Türken. — Rußland und die Türkei. — Der Panlslawismus. — Die Befreiung der Balkanvölker. — Serbien. — Die Serben in Österreich. — Die großserbische Idee. — Mazedonien und Albanien. — Die türkische Revolution. — Die Annexion Bosniens. — Die Balkankriege von 1912. — Das Attentat von Sarajevo und das österreichische Ultimatum. — Die Einigung der serbischen Nation. — Die Wiederherstellung Serbiens. — Die Balkanrepublik.

Belgien

Das mittelalterliche Belgien. — Die Trennung der nördlichen von den südlichen Niederlanden. — Die Beschüßigung der Niederlande durch England. — Die österreichischen Niederlande. — Belgien französisch. — Belgien holländisch. — Die flämische Bewegung. — Die belgische Neutralität. — Belgiens Zukunft.

Stuttgart

Verlag von J. F. W. Diez Nachf. G. m. b. H.
1917

Inhalt.

Österreich und Serbien.

1. Das Werden des Kaiserstaates	4
2. Österreich und die Türken	8
3. Rußland und die Türkei	10
4. Der Panlawismus	14
5. Die Befreiung der Balkanvölker	15
6. Serbien	18
7. Die Serben in Österreich	20
8. Die großserbische Idee	24
9. Mazedonien und Albanien	25
10. Die türkische Revolution	29
11. Die Annexion Bosniens	30
12. Die Balkankriege von 1912	32
13. Das Attentat von Serajewo und das österreichische Ultimatum	36
14. Die Einigung der serbischen Nation	38
15. Die Wiederherstellung Serbiens	42
16. Die Balkanrepublik	44

Belgien.

1. Das mittelalterliche Belgien	48
2. Die Trennung der nördlichen von den südlichen Niederlanden	51
3. Die Beschüzung der Niederlande durch England	55
4. Die österreichischen Niederlande	57
5. Belgien französisch	60
6. Belgien holländisch	62
7. Die flämische Bewegung	66
8. Die belgische Neutralität	75
9. Belgiens Zukunft	83
a. Belgien und Luxemburg	83
b. Flämentum und Deutschtum	85
c. Belgiens Vasallentum	87
d. Kleinstaat und Großstaat	90
e. Kapitalismus und Demokratie	92
f. Die Lebensfähigkeit der Kleinstaaten	94

Vorwort.

Alle Parteien diskutieren heute die Ziele, die sie beim Friedensschluß erreichen wollen. Auch die internationale Sozialdemokratie muß an dieser Diskussion teilnehmen, so schwer es die Zeitumstände machen, die Ergebnisse, zu denen sie kommt, in jedem Falle deutlich zum Ausdruck zu bringen.

Ich habe mich daran gemacht, eine theoretische Begründung der Friedensziele der Internationale auszuarbeiten. Sie soll in einer Reihe von Monographien erscheinen. Als erste unter ihnen veröffentlichte ich im Juni meine Schrift über „Die Befreiung der Nationen“ im gleichen Verlage. Sie untersucht die Grundsätze des internationalen Sozialismus in der Nationalitätenfrage. Als zweites Heft der Serie erscheint die vorliegende Schrift, die zeigen will, zu welchen Kriegszielen die Anwendung dieser Grundsätze bei den zwei heute am meisten umstrittenen Kleinstaaten führt, und wie die historisch gewordene Eigenart in jedem dieser beiden Gemeinwesen das nationale Problem modifiziert, das für die internationale Sozialdemokratie nur als Teil des Problems der Demokratie, der Selbstbestimmung der Völker in Betracht kommt.

Das erste dieser Hefte stellte ich im Anfang Juni fertig, vor der Abreise nach Stockholm. Damals regte sich in weiten Kreisen die frohe Erwartung, der Friede werde bald kommen. Ich drückte in der Vorrede zu jenem Heft den Wunsch aus, seine Fortsetzungen würden durch raschen Friedensschluß gegenstandslos werden. Nun, wo die erste dieser Fortsetzungen erscheint, ist die Stockholmer Konferenz ins Unabsehbare verschoben und der Friedensschluß wie es scheint auch. Die Kriegsziele der Regierungen sind seitdem nicht klarer zum Ausdruck gelangt.

Um so notwendiger wird es für die internationalen Elemente eines jeden Landes, wenn es ihnen versagt bleibt, über die Bedingungen des Friedens gemeinsam zu beraten und zu beschließen, so doch jede für sich die verschiedenen nationalen Probleme vom internationalen Standpunkt zu betrachten und durch die Übereinstimmung der Ergebnisse, zu denen sie gelangen, die geistige Einheit der Internationale zu bezeugen.

Die Serie meiner Schriften über die Kriegsziele, zu denen das vorliegende Heft gehört, soll dieser Aufgabe dienen.

Berlin, Oktober 1917.

K. Kautsky.

Österreich und Serbien.

1. Das Werden des Kaiserstaats.

Wir haben in einer früheren Untersuchung die allgemeinen Grundsätze dargelegt, die für die internationale Sozialdemokratie bei der Beurteilung nationaler Fragen in Betracht kommen. (In der Schrift: »Die Befreiung der Nationen«, Stuttgart, J. S. W. Diez.)

In den folgenden Ausführungen soll gezeigt werden, welche Konsequenzen sich für uns aus der Anwendung jener Grundsätze auf einzelne konkrete Fälle geplanter oder geforderter Grenzveränderungen ergeben, die der Krieg aktuell gemacht hat. Wenn ich sage, für »uns«, so meine ich damit nicht das deutsche Volk, sondern die internationale Sozialdemokratie. Nur die Gesamtinteressen des internationalen Proletariats, nur seine große historische Aufgabe, die Aufhebung aller Gegensätze der Klassen und Nationen, kommen für uns in Betracht, nicht das, was man als das gemeinsame Interesse aller Klassen einer einzelnen Nation betrachtet.

Zum Ausgangspunkt unserer Untersuchung nehmen wir den Ausgangspunkt des Krieges, das Verhältnis zwischen Österreich und Serbien.

Schon hier, beim Beginn des Weltkriegs, stoßen wir auf die Unmöglichkeit, ihn durch Beschränkung auf die Formel des imperialistischen Krieges völlig zu erfassen. Kein Zweifel, auf der einen Seite, bei Österreich, waren imperialistische Triebkräfte stark tätig. Aber es waren nicht die einzigen. Neben ihnen machten sich noch andere geltend, die aus der vorimperialistischen Zeit stammten. Auf der anderen Seite aber, in Serbien, kann von Imperialismus überhaupt nicht gesprochen werden, man wollte denn jedes Ausdehnungstreben als Imperialismus bezeichnen, wodurch dann dies Wort aufhören würde, irgend etwas zu erklären. Es besagte dann nichts, als daß das Streben der Staaten nach Ausdehnung eine Folge ihres Ausdehnungstrebens sei.

Eine wissenschaftliche Erklärung des jetzigen Krieges bietet der Imperialismus nur dann, wenn man ihn betrachtet als die Erscheinungsform der Politik einer bestimmten Art des Kapitalismus, des »Finanzkapitals«, um mit Hilferding zu sprechen, das in den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in den höherentwickelten Ländern der kapitalistischen Produktionsweise zur Herrschaft kam.

In der vorhergehenden Periode des Kapitalismus, in der das industrielle Kapital in einfacheren Formen herrschte, war die Bourgeoisie liberal gesinnt und strebte sie den Nationalstaat an. In der Periode des Imperialismus läßt sie den Liberalismus fahren und sucht sie den Staat über den Nationalstaat hinaus zu erweitern, durch Angliederung rechtsloser oder minderberechtigter Gebiete, Kolonien oder Schutzstaaten.

Wo zwei kapitalistisch hochentwickelte Staaten bei diesem Streben in Kampf um eine Beute geraten, kann man von einem rein imperialistischen Kriege reden.

Anders verhält sich die Sache dagegen dort, wo ein kapitalistisch höherentwickelter Staat in seinem imperialistischen Streben nach Ausdehnung in Konflikt mit einem ökonomisch rückständigen Staat gerät, der noch in dem vorimperialistischen Stadium des Strebens nach dem Nationalstaat steht. Der Konflikt kann auf beiderseitigem Ausdehnungsdrang beruhen, wird aber dadurch nicht zu einem rein imperialistischen. Er ist vielmehr ein Konflikt zwischen Imperialismus und nationaler Selbstbestimmung.

In einem rein imperialistischen Konflikt kann es dem Proletariat gleichgültig sein, welchem Teil die Beute zufällt. Wem Marokko oder der Kongo gehören sollte, darüber wurde in der internationalen Sozialdemokratie nicht gestritten.

Wo dagegen Imperialismus und nationale Selbstbestimmung in Konflikt miteinander kommen, ist der Ausgang für die internationale Sozialdemokratie nicht gleichgültig. Sie hat das stärkste Interesse daran, daß die Demokratie nirgends verkürzt wird. Das zeigte sie schon im Burenkrieg, der von Seite Englands ein imperialistischer Krieg war, nicht von Seite der Buren.

Dabei sind wir aber keine Nationalisten, die den nationalen Konflikt als eine rein lokale Angelegenheit betrachten, die bloß die betroffene Nation angeht. Die Politik der Sozialdemokratie muß Weltpolitik sein, freilich in ganz anderem Sinne, als die Imperialisten das Wort auffassen; nicht eine Politik, die außerhalb der eigenen Nation in aller Welt Quellen der Macht und Ausbeutung sich zu eigen zu machen sucht, sondern eine Politik, die nie die Verhältnisse und Bedürfnisse der eigenen Nation für sich isoliert oder vor den anderen bevorzugt betrachtet, sondern stets die Rückwirkung des nationalen Tuns für die Gesamtheit der Völker im Auge behält und die Verhältnisse und Bedürfnisse dieser Gesamtheit zu ihrem obersten Leitstern macht.

Diese Art der Weltpolitik ist nie sehr einfacher Natur. Auch für das volle Verständnis des österreichisch-serbischen Konflikts wird es notwendig, etwas weiter auszuholen, um die Bedeutung der österreichischen Politik klar erkennen zu lassen.

Jahrhundertlang wurde die Politik des Hauses Habsburg dadurch gekennzeichnet, daß es seine Kräfte im Nachjagen nach zahlreichen, zum Teil unerreichbaren Objekten zersplitterte und schwächte.

Das siebzehnte und achtzehnte Jahrhundert bilden das Zeitalter des Absolutismus. Die alte Feudalgesellschaft verfällt, die Geldwirtschaft des Kapitalismus macht sich immer breiter in ihr. An Stelle der undisziplinierten Aufgebote ökonomisch unabhängiger Feudalherren und an Stelle ihrer Verwaltung des Staates treten besoldete Heere und besoldete Staatsbeamte, beide gänzlich abhängig von der Monarchie. Die Städte erstarken. Dort, wo der Feudaladel noch kräftig ist und sie bedrängt, unterstützen sie ihm gegenüber die Macht des Landesherrn. Dessen Machtstille steigt während des angegebenen Zeitraums in allen Staaten Europas, ausgenommen England, wo Armee und Bureaukratie keine entscheidende Stellung erlangen, und Polen, wo keine städtische Bourgeoisie von Belang aufkommt.

Auch die Habsburger errangen in dieser Zeit die absolute Gewalt im Staate, aber nicht so vollständig, wie sie wünschten. Denn sie waren Herren nicht in einem, sondern in mehreren staatlichen Gebilden. Einmal in den Erblanden, dem Kreis von Besitzungen, den sie, ausgehend von dem Erzherzogtum Österreich, um dieses herum nach und nach durch Eroberung, Heirat, Erbvertrag erworben hatten. Ungarn wird nach dem Sprachgebrauch nicht zu ihnen gerechnet. Dann aber im Deutschen Reich, dessen erwählte Kaiser sie herkömmlicherweise waren.

In den Erblanden gelang ihnen die Aufrichtung des Absolutismus jetzt vollständig. Den rebellischen Adel Österreichs und Böhmens warfen sie in den Kämpfen nieder, die den Dreißigjährigen Krieg einleiteten. Schwere wurde es ihnen, mit dem ungarischen Adel fertig zu werden, der sich nach jeder Niederlage früher oder später immer wieder von neuem erhob. Völlig aber scheiterten sie in ihren Versuchen, die kaiserliche Macht im Deutschen Reiche aufrechtzuhalten. Sie mußten sich gefallen lassen, daß die absolutistischen Tendenzen der Zeit dort nicht dem Kaiser, sondern den einzelnen Landesfürsten absolute Macht verliehen, so daß das Kaisertum immer mehr zu einer bloß dekorativen Rolle herabsank. Trotzdem suchten sie ihren Einfluß im Reiche zu wahren, auf die Machtmittel ihres Erbstaats gestützt. Dabei gerieten sie aber in zusehendem Gegensatz zu jenem Staate, der seit der Zeit des Großen Kurfürsten (1640 bis 1688) im Deutschen Reiche der bedeutendste nach Österreich war, wenn er sich auch noch lange nicht mit diesem messen konnte — zu Preußen.

Bei der Thronbesteigung Friedrichs II. umfaßte Preußen etwas über 2000 Quadratmeilen, Österreich über 9000, das Gebiet des nächstgrößten Staates des Reiches, Bayerns, machte keine 1000 Quadratmeilen aus. Durch die Verbindung einmal mit Frankreich, dann mit Rußland wußte Preußen trotz seiner Kleinheit sein Gebiet auf Kosten größerer Nachbarn zu mehren, sowohl Polens wie Österreichs.

Sich im Deutschen Reich und später im Deutschen Bund als führende Macht zu behaupten und Preußen im Schach zu halten, das war die eine historische Aufgabe, die die Habsburger in den letzten Jahrhunderten bis 1866 verfolgten und der sie einen großen Teil ihrer Kraft opferten.

In diesem Streben ebenso wie in dem nach Durchsetzung des Absolutismus in den eigenen Ländern fühlten sie sich gefördert durch die katholische Kirche.

Bis ins achtzehnte Jahrhundert hinein bildete die kirchliche Organisation in Europa die stärkste Herrschaftsorganisation. Der aufkommende Absolutismus suchte sich ihrer zu bemächtigen. Die ihm widerstrebenden Elemente trachteten ihm eine gegensätzliche religiöse Organisation entgegenzusetzen. In Spanien und Frankreich machten die Monarchen den katholischen Klerus von sich abhängig und verwandelten ihn in ein Werkzeug ihrer Macht. Dafür wurden sie fanatische Katholiken. Das gleiche war bei den Habsburgern in Österreich der Fall. Auf der anderen Seite sahen gegenüber den absolutistischen Bestrebungen die widerspenstigen Adligen und Städte in einer rebellischen Religion, dem Calvinismus, ihr Heil. Er war die Religion der Hugonotten Südfrankreichs wie der aufständischen Niederländer sowie die des widerhaarigen österreichischen, böhmischen, ungarischen Adels. Auch die Adligen und Städte Schottlands, die sich gegen die dem Katholizismus ergebenden Stuarts wendeten, waren Calvinisten, ebenso wie die rebellischen

Bürger und Proletarier Englands, die weder vom Katholizismus noch von der anglikanischen Staatskirche etwas wissen wollten.

Der Lutheranismus dagegen war die auf die besonderen Bedürfnisse des deutschen Landesfürstentums zugeschnittene Religion. Er wendete sich gegen die katholische Kirche, die dem Kaiser diente, ebenso wie gegen die Untertanen, die dem Landesherrn gegenüber Selbstständigkeitsgelüste verspürten. Er rechtfertigte die Empörung der Reichsfürsten gegen den Kaiser und den unbedingten Gehorsam der Masse gegenüber dem lokalen Fürsten.

Die Habsburger wurden die Vorkämpfer des Katholizismus, sowohl gegenüber dem Calvinismus in ihren Erblanden und in Ungarn wie gegenüber dem Lutheranismus im Reiche. In den Kämpfen gegen die Calvinisten flegte ihr katholischer Eifer. In den Kämpfen gegen die Lutheraner dagegen half er ihnen nichts.

Die deutschen Lutheraner gewannen einen Bundesgenossen an einer katholischen Macht, Frankreich.

Als Kaiser des Deutschen Reiches gerieten die Habsburger in Konflikt nicht nur mit den deutschen Fürsten, namentlich den Hohenzollern, die auf Kosten der kaiserlichen Gewalt aufkommen wollten, sondern auch mit dem machtvollen königlichen Frankreich, das ein Interesse daran hatte, mit einem schwachen Nachbarn zu tun zu haben, und daher die Zerrissenheit Deutschlands förderte, die Auslehnung der deutschen Fürsten gegen den Kaiser begünstigte.

Weniger wichtig war, daß Frankreich sein Gebiet auf Kosten des Deutschen Reiches und zum Teil direkt auf Kosten der Habsburger, die im Elsaß Besitzungen hatten, zu erweitern suchte.

Eine weitere Quelle steter Konflikte mit Frankreich wurde von den Habsburgern durch ihren Anteil an der spanischen Erbschaft geschaffen. Diese geht auf die erfolgreichsten Zeiten der habsburgischen Heiratspolitik zurück. Der Habsburger Maximilian I. heiratete 1477 Karls des Kühnen Tochter und Erbin und gewann dadurch zu den österreichischen Landen das große und blühende burgundische Reich, dessen wichtigsten Bestandteil die Niederlande bildeten. Sein Sohn Philipp heiratete Johanna, Tochter Ferdinands von Aragonien und Isabellas von Kastilien. Mit ihr erlangten die Habsburger nicht nur Spanien, sondern auch seinen reichen Besitz in Italien und in Amerika und Indien. Sein Sohn Karl, dem alle diese ungeheuren Gebiete zufielen, konnte von sich sagen, daß in seinem Reiche die Sonne nicht untergehe.

Die Interessen der verschiedenen Teile des Riesenreiches waren zu verschieden, als daß sie dauernd von demselben Monarchen gewahrt werden konnten. Die Habsburger teilten daher ihr Land, Karl I. behielt die Niederlande und Spanien mit seinen Besitzungen. Die österreichischen Erblande trat er 1521 seinem Bruder Ferdinand ab, der sich beeilte, sie wieder durch eine kluge Heirat zu vergrößern, indem er Anna heiratete, die Tochter Wladislaws von Böhmen und Ungarn. Im Jahre 1526 fielen dadurch diese beiden Länder den Habsburgern zu.

So wurden in jenen schönen Zeiten Reiche geschaffen. Kein Mensch dachte an die »Selbstbestimmung der Nationen«.

Die spanische Linie der Habsburger starb 1700 aus. Um das Erbe erhob sich nun ein wütender Kampf zwischen den österreichischen Habsburgern und Ludwig XIV. von Frankreich, dem Sohn einer spanischen Prinzessin.

Ludwig beanspruchte den erledigten Thron für seinen zweiten Enkel Philipp, der Kaiser für seinen zweiten Sohn Karl. Gegen das übermächtige Frankreich und für den Kaiser trat England auf, das sich damals schon von dem Gedanken des europäischen Gleichgewichts leiten ließ und daher dem übermächtigen Frankreich entgegenwirkte. Als aber infolge des Todes seines Bruders der den spanischen Thron beanspruchende Habsburger Karl der Herr der österreichischen Länder und deutscher Kaiser wurde, fürchteten die Engländer, die Habsburger könnten durch Vereinigung des spanischen Besitzes mit dem österreichischen die Übermacht in Europa gewinnen, und schlossen daher mit Frankreich Frieden. Der Bourbonne Philipp durfte das spanische Reich behalten unter der Bedingung, daß die spanische und die französische Krone nie vereinigt würden. Osterreich bekam die spanischen Niederlande (Belgien) sowie die spanischen Besitzungen in Italien.

Dieser Gewinn wurde zu einer neuen Quelle steter Reibungen mit Frankreich. Die italienischen Ansprüche der Habsburger entzogen ihnen nun ebenso sehr wie ihre deutschen Aspirationen die Kraft zur Erfüllung jener historischen Aufgabe, an der ihren Untertanen damals am meisten lag, die auch im deutschen Volke ein starkes Interesse an der Größe und Kraft der habsburgischen Monarchie erwecken ließ: **d e m K a m p f g e g e n d i e T ü r k e n .**

2. Osterreich und die Türken.

Die Türken, ein kriegerisches Nomadenvolk aus Zentralasien, drangen im dreizehnten Jahrhundert über Persien nach Kleinasien vor, wo sie einen Staat begründeten, den sie als Kriegerkaste beherrschten und ausschließlich kriegerischen Zwecken dienstbar machten. Bald setzten sie sich auf der Balkanhalbinsel fest, zersplitzten die Reste des byzantinischen Reiches und seiner Kultur, wurden überall, wohin sie gelangten, zur Geißel der Menschheit.

Im Anfang des sechzehnten Jahrhunderts überschritten sie bei Belgrad die Donau, sie wurden zu einer Gefahr für Ungarn, das 1526 in der Schlacht bei Mohacs an sie verloren ging, in derselben Schlacht, in der Ungarns letzter selbständiger König Ludwig II. das Leben verlor, wodurch Ungarn an den mit Ludwigs Schwester Anna vermählten Habsburger Ferdinand kam. Die Habsburger erlangten Ungarn nur, um es an das Türkische Reich zu verlieren, mit dem sie nun um die Beute mit wechselndem Glücke kämpften.

In dieser Abwehr der türkischen Invasion verfolgten sie die Interessen nicht bloß ihrer Erbländer, sondern auch die Deutschlands, das von den Türken bedroht war, sobald es diesen gelang, das habsburgische Bollwerk zu überrennen.

Doch die Habsburger, von deutschen und italienischen Händeln in Anspruch genommen, brachten im allgemeinen nur wenig Kraft für ihre internationale Kulturaufgabe gegenüber dem Osten auf. Nur mit Mühe gelang es, die Türken an der Eroberung Wiens zu hindern, das zweimal von ihnen belagert wurde, 1529 und 1683.

Wenn es schließlich dazu kam, die Türken dauernd zurückzudrängen, so rührte dies nicht daher, daß die Habsburger ihre Kraft nach Osten konzentrierten, sondern daher, daß die Kraft der Türken rasch versiel.

Dieser barbarische Kriegerstaat erzeugte Bedingungen, die eine industrielle wie eine wissenschaftliche Entwicklung unmöglich machten und sogar

dem Handel große Schwierigkeiten bereiteten. Es war gerade das Vordringen der Türken, das den Landweg von Europa nach Indien unterband, die Völker des Westens drängte, neue Wege zur See nach Indien zu suchen, wodurch das Zeitalter der Entdeckungen eingeleitet, die Welt mit einem Schlag enorm erweitert und ihr ökonomischer Schwerpunkt vom Mittelmeer an den Atlantischen Ozean verlegt wurde. Alles das brachte das ökonomische Leben in den türkischen Besitzungen zum Erstarren, während gleichzeitig in Europa ein Zeitalter des größten wissenschaftlichen und industriellen Aufschwunges anhub.

Dieser wachsende Gegensatz zwischen dem rasch aufsteigenden Westen und dem verfallenden Osten äußerte seine Wirkungen auch in den Finanzen und dem Kriegswesen, das ohne Geld, ohne Wissen, ohne Industrie nicht mehr konkurrenzfähig blieb. Der türkische Soldat behielt die Eigenschaften, die ihn zum gefürchtetsten Europas gemacht hatten, seine wilde Todesverachtung und seine zähe Ausdauer, aber diese Eigenschaften allein entschieden nicht mehr die Schlachten. Aus einem Gegenstand des Schreckens wurden seit dem achtzehnten Jahrhundert die Türken bald ein Gegenstand des Mitleids.

Zum letzten Male flößten sie der Christenheit Furcht ein, als sie Wien zum zweiten Male belagerten, 1683. Seitdem sie dort geschlagen waren, erlitten sie rasch Niederlage auf Niederlage. Im Frieden von Karlowitz 1699 wurde bereits ganz Ungarn befreit.

Nach neuerlichem Kriege erlangte Osterreich im Frieden von Passarowitz (1718) sogar über Ungarn hinaus Gebiete, um die es heute wieder kämpft, den Norden Bosniens sowie ein großes Stück Serbiens und der Walachei. Doch in einem späteren Kriege blieb ihm das Glück nicht treu, im Frieden von Belgrad 1739 mußte es die Eroberungen von Passarowitz wieder herausgeben.

Wohl ging der Verfall der Türkei weiter, aber Osterreich kam nicht so bald mehr in die Lage, ihn auszubeuten. Ein Jahr nach dem Belgrader Frieden gelangte Friedrich II. in Preußen gleichzeitig mit Maria Theresia in Osterreich auf den Thron. Nun begann das jahrzehntelange Ringen der beiden, das Osterreichs ganze Kraft in Anspruch nahm. Noch waren seine Wunden nicht verheilt, da brach die französische Revolution aus und rief die Monarchie der Habsburger auf den Plan, sowohl zur Durchsetzung der Gegenrevolution in Frankreich wie zur Behauptung ihrer durch die Ausbreitung der Revolution bedrohten Position in Italien.

Nach dem furchtbaren Ringen der Napoleonischen Kriege kam Ruhe für Europa, aber eine Ruhe sehr äußerlicher Art. Die demokratische Bewegung sprang von Frankreich nach Deutschland und Italien über und nahm hier wie dort einen nationalen Charakter an. Und hier wie dort fühlte sich Osterreich durch sie bedroht. Sein Staatsmann Metternich wurde zur Verkörperung der Reaktion. Nach 1848 konnte dann eine Art Einigung Deutschlands und Italiens durch Kriege gegen Osterreich durchgesetzt werden, 1859 und 1866.

Nun erst, nachdem es definitiv aus Deutschland und Italien herausgeworfen war, konnte es seine ganze Kraft wieder dem nahen Orient zuwenden.

Aber dort hatte sich die Situation gänzlich gewandelt. Die Türkei hatte nicht nur aufgehört, eine Gefahr, sie schien auch aufgehört zu haben, eine

Beute für Österreich zu sein. Die Erhaltung der Türkei wurde jetzt seine Aufgabe. Die große Gefahr von Osten drohte ihm nicht mehr vom Sultan, sondern vom Zaren.

3. Rußland und die Türkei.

Das Moskauer Reich war der Erbe der Tataren, die über zwei Jahrhunderte lang, bis zum Ende des fünfzehnten Jahrhunderts, den größten Teil des eigentlichen Rußland beherrschten und dort ein absolutes Regime aufgerichtet hatten. Die Moskauer Fürsten dehnten zuerst ihre Herrschaft aus mit Hilfe der Tataren, als deren treueste Diener. Als sie aber erstarkt waren und die Tataren ihre Kraft verloren hatten, warfen sie deren Joch ab und wurden Rußlands »Befreier«, das heißt seine unumschränkten Despoten.

Das Selbstherrscherum der Moskauer Zaren hatte manche Züge mit jenem Absolutismus gemein, der sich seit dem fünfzehnten Jahrhundert in Westeuropa unter dem Einfluß des aufstrebenden Kapitalismus entwickelte, andere Züge aber mit dem orientalischen Despotismus, der auf dem Fehlen des Kapitalismus, auf dem agrarischen Dorfkommunismus beruht. Das russische Reich wies in seinen Anfängen nicht geringe Ähnlichkeit mit dem Türkischen auf, entging aber doch der Starrheit und Unfruchtbarkeit, der vollständigen ökonomischen und geistigen Verödung, die das türkische Regime kennzeichnete. Natürlich hat auch der russische Despotismus den ökonomischen und sozialen Aufstiege seines Landes sehr erschwert und langsam genug gemacht. Doch machte er nicht jede Entwicklung unmöglich, wie der Despotismus des Sultans noch im vorigen Jahrhundert.

Eine der Ursachen der größeren Entwicklungsfähigkeit, die der russische vor dem türkischen Staat voraus hatte, sehen wir in der kirchlichen Organisation. Die beiden Staaten waren zu der Zeit, in der sie in Berührung mit Europa kamen, in einem Stadium, in dem die Kirche mehr als die Sprache ein Mittel wird, die Menschen zu vereinigen und zu trennen. Als Bekenner des Islam standen die Türken der europäischen Kultur verständnislos und abweisend gegenüber. Die Russen waren dagegen Christen, gehörten als solche dem europäischen Kulturkreis an. Wohl war ihre Kirche nicht die römisch-katholische, sondern die griechische, die Kirche des ehemaligen byzantinischen Reiches, die ihren Mittelpunkt in Konstantinopel gehabt hatte und die Christen Osteuropas umfaßte. Immerhin war die Absonderung des Ostens vom Westen Europas, die dadurch erzeugt wurde, nicht so tiefgehend wie die zwischen Christenheit und Islam.

Vom Beginn des neu-russischen Reiches an suchten seine Selbstherrscher abendländische Industrie und abendländische Intelligenz in ihren Dienst zu ziehen. Peter der Große war nicht der erste, der in dieser Weise vorging. Er war nur derjenige, der es am intensivsten und konsequentesten betrieb. Die russischen Zaren haben dadurch, im Gegensatz zu den Sultanen der Türkei, ihre Kraft zeitweise gewaltig gesteigert, aber freilich dabei auch die Elemente selbst großgezogen, die ihrer Herrschaft ein gründliches Ende bereiten sollten. Da die russische Intelligenz ebenso wie der russische industrielle Kapitalismus nicht langsam im Lande selbst aus den gegebenen Verhältnissen erwachsen, sondern nach hochentwickelten ausländischen Mustern gebildet wurden, nahmen sie leicht die jüngsten und vollkommensten Formen europäischer Industrie

und europäischen Denkens an. Von primitiver Hausindustrie schritt man in Rußland gleich zu Riesenbetrieben; von beschränktestem Aberglauben und willenloser Ergebenheit gegenüber den Behörden zu den radikalsten und kühnsten Gedanken über Religion, Staat und Gesellschaft. Freilich blieben diese Gedanken zunächst auf eine sehr dünne Oberschicht beschränkt.

Gleich dem türkischen war auch der russische Staat von seinen Anfängen an ein Erobererstaat, von unstillbarem Landhunger besetzt. Dabei hatte aber im Gegensatz zur Türkei das aufstrebende Moskowiterreich seit dem siebzehnten Jahrhundert das Glück, verfallende Staaten zu seinen Nachbarn zu haben und diesen Staaten gegenüber kraftvolle Bundesgenossen zu finden.

Den Weg zur Ostsee versperrte ihm Schweden, ein ökonomisch gesundes Bauernland, das aber das Unglück hatte, daß die kriegerische Kraft seiner Bauernschaft in weltpolitischen Abenteuern seiner herrschenden Klassen von Gustav Adolf an (1611 bis 1632) bis zur Zeit Karls XII. (1697 bis 1718) vergeudet wurde, die das Land erschöpften und widerstandsunfähig machten. Im Kampfe gegen die Schweden fanden die Russen einen Bundesgenossen in den Polen. Aber die polnische Adelsrepublik wurde des schwedischen Staates bloß Meißter, um selbst in ihrem rapiden Verfall eine Beute der Russen zu werden, die dabei an Preußen einen tatkräftigen Bundesgenossen und Teilhaber an der Beute fanden. Zu diesen schwachen Nachbarn gesellte sich das Türkische Reich selbst, das schon im Niedergang begriffen war, als die russischen Zaren sich anschickten, auf seine Kosten nach dem Schwarzen Meer mit Konstantinopel als Endziel vorzudringen. Dabei stießen sie auf Österreich, das in derselben Richtung vorwärtsdrängte. Zeitweise verbündeten sich beide, um die Beute leichter zu erlegen und zu teilen. Zeitweise überwog diese Gegnerschaft im Kampfe um die Beute. War Österreich mit Rußland gegen die Türkei verbündet, dann hatte es regelmäßig das Pech, die Lasten des Krieges mit dem Bundesgenossen zu teilen, aber ohne Gewinne dabei zu erzielen, während Rußland seit seinem ersten Türkenkrieg im Jahre 1687 unter den zahlreichen weiteren Konflikten mit der Pforte kaum einen anders beendete als mit einem Gewinn.

Dabei kam ihm sehr zustatten, daß es im Gegensatz zu Österreich auf der Balkanhalbinsel als Befreier auftrat. Wir haben schon den eigenartigen Charakter der gebildeten Schichten Rußlands angedeutet, unter denen die modernsten und radikalsten Ideen Westeuropas ohne den Ballast mittelalterlicher Traditionen Eingang fanden, die sich unter den Gebildeten Westeuropas zäh erhielten, am zähesten in England, wo der industrielle Kapitalismus zuerst zur Herrschaft kam. Weit mehr als etwa die Beherrscher Österreichs legten die leitenden Kreise Rußlands auf den Beifall der liberalen öffentlichen Meinung Europas Wert und wußten den Vorteil zu würdigen, den ihnen dort die Pose des Befreiers von religiösem oder nationalem Druck verleihe. Sie durften sich diese Pose um so ungestrafter erlauben, als das Moskowiterreich selbst bis weit ins neunzehnte Jahrhundert hinein gegen jede revolutionäre Volksbewegung gefest schien. »Aufklärung, das war im achtzehnten Jahrhundert die Parole des Zarismus in Europa, wie Völkerbefreiung im neunzehnten.« (Fr. Engels, Die auswärtige Politik des russischen Zarentums, Neue Zeit, VIII, S. 150.)

Zunächst traten die Russen als religiöse Befreier auf, denn in den Gebieten, nach denen sie zuerst strebten, spielte das kirchliche Moment noch eine

größere Rolle als das nationale. Dabei hatten sie den Vorteil, daß die Bevölkerung jener Gebiete mit ihnen durch den gleichen Glauben verbunden war.

Den katholischen, von den Jesuiten beherrschten Polen gegenüber gebärdete sich Katharina II., die Freundin der französischen Aufklärer, ebenso wie ihr Verbündeter Friedrich II., der sich auch zu den Gönnern der Aufklärer zählte, als Verfechter der Glaubensfreiheit der Nichtkatholiken, der Angehörigen der griechischen Kirche im Osten, der Protestanten im Westen. Im Namen der religiösen Toleranz wurde Polen aufgeteilt.

Auf der Balkanhalbinsel trat Rußland ebenfalls als Schützer seiner Glaubensgenossen auf, im Gegensatz zu Osterreich, das, sobald es nach Serbien und den Donaufürstentümern (dem heutigen Rumänien) vordrang, auf eine Bevölkerung stieß, die der griechischen Kirche angehörte, indessen es selbst sich als Vormacht des Katholizismus fühlte und betätigte. Dabei schreckte Rußland nicht vor dem Entzünden des Aufruhrs im Hause des Nachbarn als Kriegsmittel gegen ihn zurück, während Osterreich, namentlich seit der französischen Revolution, jedem Aufstand, wo immer er ausbrechen mochte, aufs feindseligste gegenüberstand.

Gerade zur Zeit der ersten Teilung Polens befand sich Katharina mit den Türken im Kriege. Und zur selben Zeit, in der sie die Rechte der Dissidenten in Polen gegenüber den Jesuiten verfocht, rief sie die Griechen in einem Manifest zur Revolution auf. Es gelang ihr tatsächlich, einen griechischen Aufstand zu entzünden, doch noch nicht, den Griechen die volle Unabhängigkeit zu verschaffen. Sie wurde gehindert durch die Eifersucht Osterreichs, das mit Besorgnis den russischen Koloß in seiner Nachbarschaft anwachsen sah. Rußland erreichte 1774 im Frieden von Kutschuk-Kainardschi nur Amnestie für die Griechen und das Recht, für die Interessen der griechisch-christlichen Bevölkerung der Türkei vor dem Sultan zu plädieren, was die russische Regierung später als ein Protektorat über die Christen der Türkei auslegte.

Den nächsten Krieg mit der Pforte begann Rußland am Vorabend der französischen Revolution (1787). Diesmal im Bündnis mit Osterreich. Abermals rief es die Griechen zum Freiheitskampf auf. Wieder erhoben sie sich, ohne die Freiheit zu gewinnen. Der Krieg endete 1792 ohne Gewinn für Osterreich, mit kleinem Gewinn für Rußland. Es war das letzte Mal, daß Osterreich und Rußland der Türkei verbündet gegenüberstanden. Von nun an überwog Osterreichs Besorgnis, Rußland könne auf Kosten der Türkei zu sehr erstarken.

Namentlich nachdem die militärische Kraft Napoleons bei seinem Zuge nach Moskau vor Rußland zerschelt war und der Zar als Schiedsrichter Europas auftrat, gewann bei aller monarchischen Solidarität diese Besorgnis große Bedeutung für die Politik Osterreichs, ja für die Europas überhaupt. Um so mehr fühlte sich Rußland gedrängt, in den Augen Europas nicht mehr als Eroberer, sondern nur noch als Befreier gegenüber den Türken zu erscheinen. Freilich vermochte es dadurch Westeuropa nicht immer zu käufchen, aber dieses mußte der russischen Politik keine andere entgegenzusetzen als die der Erhaltung des Status quo in der Türkei. Das war eine Politik, die bei dem unaufhaltsamen Niedergang des Osmanischen Reiches zum Scheitern verurteilt war. Rußlands Streben ging dahin, die Europäische Türkei,

die es nicht direkt erobern konnte, dadurch von sich abhängig zu machen, daß es sie in eine Anzahl monarchischer Kleinstaaten verwandelte, die, argwöhnisch gegeneinander, ebenso unfähig waren zu politischer Selbständigkeit, ebenso Vasallen eines stärkeren Nachbarn, wie die Staaten des Deutschen Bundes vor 1866. Die Kleinstaaferei auf dem Balkan lag ebenso im Interesse des Zaren wie die deutsche Kleinstaaferei im Interesse der Monarchen Frankreichs.

Wollte Europa das Fortschreiten Rußlands in der Europäischen Türkei hindern, dann durfte es ihm nicht die Idee des Status quo, sondern die der Schaffung eines Großstaats der Balkannationen entgegensetzen, entweder eines Nationalitätenstaats, der freilich nur als Republik eine gedeihliche Entwicklung verhielt, oder doch zum mindesten eines serbisch-bulgarischen Staates zwischen einem freien Rumänien und Griechenland.

In Wirklichkeit ging die Weisheit der europäischen Diplomatie dahin, wenn sie schon nicht hindern konnte, daß einzelne Balkanstaaten durch das Eingreifen Rußlands nach und nach entstanden, doch zu trachten, sie so klein als möglich, das heißt so abhängig als möglich von Rußland zu gestalten, da so kleine Staaten zu schwach waren, sich ohne fremde Hilfe zu behaupten.

Unter Rußlands Hilfe wurden die Griechen befreit, die, von ihm aufgestachelt, sich 1821 erhoben und jahrelang einen verzweifelten Kampf führten, in dem sie fast erlagen, bis schließlich Rußland eingriff, das 1828 den Türken den Krieg erklärte und 1829 den Frieden von Adrianopel erzwang, der Griechenlands Selbständigkeit begründete, den Donaufürstentümern, die stets ihre eigenen Fürsten bewahrt hatten, das Recht der Erwählung ihrer Fürsten brachte und sie trotz der türkischen Oberhoheit unter russischen Schutz stellte.

Auch Serbien gewann durch diesen Frieden eine erhebliche Verstärkung seiner Selbständigkeit. Zuerst hatten sich die Serben 1804 erhoben, unter der Führung Kara Georgs, des »Schwarzen Georg«, und des Brüderpaars Obrenowitsch.

Sie hatten die neue Erhebung unter der Voraussetzung einer Billigung Osterreichs begonnen. Schon Anfang Mai 1804 hatte Kara Georg der österreichischen Regierung eröffnen lassen, Serbien sei bereit, in den Komplex der österreichischen Monarchie zu treten und einen kaiserlichen Prinzen als Statthalter anzunehmen. Osterreich tat nun das Unglaubliche, indem es nicht allein den serbischen Vorschlag ablehnte, sondern ihn an Rußland und die Türkei verrief. Rußland schickte sich sofort an, als Schutzherr der serbischen Christen an Osterreichs Stelle aufzutreten.¹

Das war eine der ersten Erfahrungen mit Osterreich, die die Serben in ihrem Freiheitskampf machten. Kara Georg versuchte noch weiterhin Anknüpfungen mit Osterreich, stets mit dem gleichen Mißerfolg. Der Krieg, den dann Rußland 1806 gegen die Türkei begann, brachte den Serben Hilfe, indes nur vorübergehend, denn Rußland mußte sich 1812, um alle Kräfte gegen Napoleon frei zu haben, mit der Türkei verständigen. Immerhin verblieb der Bukarester Friede von 1812 den Serben Amnestie und Selbstverwaltung. Doch mußten sie später noch hart darum kämpfen, bis sie im Frieden von Adrianopel endgültig anerkannt wurden.

Das Fortschreiten des russischen Einflusses auf dem Balkan war Osterreich sehr unangenehm, zum großen Teil aber durch seine eigene Zauderpolitik verschuldet sowie durch die Überlegenheit der russischen Staatskunst

¹ Hamberg, Geschichte der orientalischen Angelegenheiten, Berlin 1892, S. 385.

herbeigeführt, die faktisch der Hort der Reaktion war, dabei jedoch kein Bedenken trug, die Revolution auszunutzen.

Als Rußland 1828 den Krieg gegen die Türkei eröffnete, geschah es anscheinend zum Schutze der Griechen, deren Sache bei allen Völkern Europas als die der Freiheit ebenso populär war wie später die der aufständischen Polen. Gleichzeitig aber gewann es den König Karl X. von Frankreich für sich, indem es ihm für den Fall eines gemeinsamen Krieges mit Österreich das deutsche Gebiet links vom Rhein in Aussicht stellte. Metternich ließ sich durch die Gegnerschaft Frankreichs einschüchtern, schon deshalb, weil er vom Weltkrieg die Revolution befürchtete. Dazu kam, daß Preußen an Rußland festhielt. So blieb trotz des Gegenjages auf dem Balkan die »Heilige Allianz« bestehen.

Nach der Niederlage der Revolution von 1848 glaubte der Zar Nikolaus, die Zeit sei gekommen, dem türkischen Regime in Europa vollends den Gar aus zu machen. Die Gefahr, Rußland werde sich endgültig in Konstantinopel festsetzen, war so dringend, daß Frankreich und England sich zu energischerem Widerstand genötigt sahen. Auf ihre Seite trat nach einigem Schwanken Österreich. Zur großen Überraschung des Zaren, dessen Hilfe gegen die rebellischen Ungarn eben erst die Herrschaft der Habsburger vor dem Zusammenbruch geredet hatte.

Doch hatte gerade diese Revolution eine neue Gefahr aufgedeckt, mit der von Rußland Österreich ebenso bedroht wurde wie die Türkei, den P a n s l a w i s m u s, die Idee, daß alle slawischen Völker eine innige politische Gemeinschaft zu bilden hätten.

4. Der Panlawismus.

Der Panlawismus ebenso wie der Panlatinismus oder Pangermanismus ist nicht, gleich den Bestrebungen der Nationalitäten nach politischer Selbständigkeit, ein Gebilde, das mit Notwendigkeit aus der modernen Entwicklung hervorgeht. Die nationalen Bestrebungen haben ihre natürliche Wurzel in der Bedeutung der Sprache für die Politik. Sie entspringen dem Bedürfnis, die Volkssprache zur Staatssprache zu machen. Sie müssen, wie schon gezeigt, überall notwendigerweise auftreten, wo sich die moderne Demokratie regt.

Der Panlawismus hat damit nichts zu tun, ebenso wie der Panlatinismus oder Pangermanismus. Er beruht in keiner Weise auf einer Gemeinsamkeit der Sprache. Das zeigte sich schon 1848 drastisch auf dem ersten panlawistischen Kongreß in Prag, auf dem man sich bekanntlich nur deutsch zu verständigen vermochte. Es war die einzige Sprache, die alle anwesenden Slawen verstanden.

Der Panlawismus ist ebenso wie die ihm entsprechenden Panismen des Westens ein künstliches Produkt von Professoren, Philologen und Historikern, die die Verwandtschaftsverhältnisse der Sprachen erforscht haben. Unsinnig ist es, wenn aus der Sprachverwandtschaft auf eine Blutsverwandtschaft geschlossen und in diesem Sinne von einer slawischen »Rasse« gesprochen wird, die natürlich gegen die germanische Rasse den Rassenkampf zu führen hat. Und ebenso unsinnig ist es, wenn aus der Sprachverwandtschaft ohne weiteres auf eine Interessenverwandtschaft geschlossen wird. Da-

mit ist jedoch keineswegs gesagt, daß die Idee des Panlawismus nicht gewissen Interessen entsprechen und dadurch eine Macht werden konnte. Nur waren diese Interessen in anderen Faktoren begründet als in der Sprachenverwandtschaft.

Das gewaltigste Interesse, das hinter dem Panlawismus steckte, war das des Zarismus selbst, des Beherrschers der großen Masse der Slawen. Zur Zeit der letzten Volkszählung in Rußland (1897) lebten dort 92 Millionen Slawen. Die Gesamtzahl der Slawen in der Welt veranschlagte man damals auf 120 Millionen. Die Vereinigung aller Slawen in einer politischen Gemeinschaft konnte nichts anderes bedeuten als ihre Vereinigung unter dem Zaren. Aber das Bedürfnis der Beherrscher Rußlands selbst hätte natürlich nicht ausgereicht, den Panlawismus zu einem ernsthaften politischen Faktor zu erheben, wenn ihm nicht Bedürfnisse in jenen Völkern entgegengekommen wären, nach deren Beherrschung die Zaren verlangten. Diese Bedürfnisse entsprangen aus der unbefriedigenden Lage der Slawen in der Türkei wie in Österreich.

Deren Streben, ihre Lage zu ändern, äußerte sich freilich nicht stets im Panlawismus. Es war sehr zwiespältiger Art. Die Slawen Österreichs, namentlich die Tschechen und die Südslawen, weit weniger die Polen und Ruthenen, fühlten sich stets bedrängt von Deutschen und Ungarn, und jede dieser slawischen Nationen fühlte sich außerstande, aus eigener Kraft mit ihren Bedrängern fertig zu werden. Sie sahen sich nach einer Schutzmacht um und glaubten sie stets in einer Dynastie zu finden. So wirkten sie konterrevolutionär. Jedoch war es nicht immer die gleiche Dynastie, von der sie Schutz erwarteten.

Gebürdeten sich Deutsche und Ungarn rebellisch, dann boten jene Slawen sich der heimischen Dynastie an und wurden deren Schutztruppe gegen die Revolution als die treuesten Patrioten. Ging aber die Dynastie mit Deutschen und Ungarn Hand in Hand, dann verwandelten sich die slawischen Patrioten in Hochverräter und schickten oder pilgerten nach Moskau, um den Schutz des Zaren gegen die eigene Regierung zu erlangen. In solchen Zeiten hegten sie die Idee des Panlawismus.

Die Rolle des Zaren als Beschützer der griechischen Christen brachte ihm die Anhänglichkeit nicht nur der Serben und Bulgaren, sondern auch der Griechen und Rumänen ein. Seine Rolle als Beschützer der Slawen wiederum zog auch die katholischen Tschechen, Slowenen, Kroaten in seinen Bannkreis.

Dem panlawistischen Zaren mußte daher Österreich mit weit größerem Mißtrauen gegenüberstehen als dem Schutzherrn der griechisch-orientalischen Kirche.

5. Die Befreiung der Balkanvölker.

Trotz der bedenklichen Formen, die 1848 der Panlawismus angenommen hatte, konnte die österreichische Regierung sich im Krimkrieg nicht zu einer entschiedenen Haltung Rußland gegenüber aufschwingen, anfangs schien es sogar, als würde sie dieses begünstigen. Zu mehr als einer bewaffneten, für Rußland nicht sehr freundlichen Neutralität brachte sie es nicht.

Am energischsten ging gegen das nach der Türkei greifende Rußland Anfang 1853 Napoleon vor, der als Erbe der Revolution und Parvenu unter den Herrschern deren legitimistische Bedenken nicht zu teilen brauchte und

sein noch ungefestigtes Regime durch den Glanz großer Erfolge befestigen mußte. Er forderte nicht bloß die Rettung der Türkei, sondern plante gleichzeitig eine vollständige Revolutionierung der europäischen Grenzen. Finnland solle an Schweden fallen, Polen an den König von Sachsen, Österreich solle Rumänien und Bessarabien, ja einen Teil Südrußlands bis zur Krim bekommen und so Rußland vom Zugang zur Türkei abgeschnitten werden. Dafür solle Österreich die Lombardei an das Königreich Sardinien, den Keim des späteren Königreichs Italien abgeben. Dabei war vorausgesehen, daß der Verteiler aller dieser ihm nicht gehörenden Schätze auch eine Entschädigung einheimste: mindestens Savoyen, vielleicht auch eine Ausdehnung der französischen Nordgrenze.

Als Friedrich Wilhelm IV. davon erfuhr, war er außer sich: was konnte der Kampf für diese Ziele anderes bedeuten als die Revolution? Er blieb fest bei Rußland. Aber auch Österreich war jedem Kriegsziel feind, das mit einer Entfesselung der Revolution drohte. Napoleon selbst goß bald Wasser in seinen wild gärenden Wein und war zufrieden damit, von den legitimen Monarchen als ihresgleichen behandelt zu werden.

Die christlichen Völkerschaften der Europäischen Türkei selbst, die sich sonst bereit zeigten, auf ein Zeichen Rußlands hin zu rebellieren, verhielten sich in diesem Kriege ruhig.

Die aufrehrerischen Neigungen der Griechen konnten sich der englischen und französischen Flotte gegenüber nicht bekämpfen. Auch Serben und Rumänen konnten gegenüber den gewaltigen Mächten, die vor ihren Augen miteinander rangen, zu keiner entschiedenen Haltung kommen.

Die Sieger machten im Pariser Frieden 1856 einen schüchternen Versuch in der Richtung, Rußland an Stelle der zerfallenden Türkei einen lebensfähigen Staat gegenüberzustellen. Die beiden von der Türkei abhängigen Donaufürstentümer, die Moldau und die Walachei, bekamen das Recht, durch erwählte Volksvertretungen — richtiger gesagt Bojarenvertretungen — ihre Staatsverfassungen festzustellen. Die beiden Fürstentümer vereinigten sich zu einem Staatswesen, Rumänien. Dieses blieb ebenso wie Serbien noch der Pforte tributpflichtig, beide wurden aber gleichzeitig unter den Schutz der Unterzeichner des Pariser Friedens gestellt. Rumänien wie Serbien wußten sich immer unabhängiger zu machen, vor allem durch Einrichtung eines eigenen Heerwesens.

Ihre fortschreitende Unabhängigkeit und Erstarkung bei gleichzeitigem Fortgang des ökonomischen Verfalls der Türkei und der Zunahme der Mißhandlungen der christlichen Bevölkerung ließen bald wieder neue Aufstände aufflammen, die von Rußland nach Kräften gefördert und ausgenutzt wurden. Neben der serbischen Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina, die noch türkisch waren, trat nun ein neues Element der Unruhe auf dem Balkan auf: die Bulgaren. Im Jahre 1875 gewannen die Aufstände in Bosnien und Bulgarien eine solche Ausdehnung und nahm die türkische Gegenwirkung stellenweise so scheußliche Formen an, daß ganz Europa in Aufregung geriet. Serbien glaubte, jetzt sei die Zeit gekommen, das stammverwandte Bosnien mit der Herzegowina seinem Staatswesen einzuverleiben. Zu diesem Zwecke begann es 1876 den Krieg gegen die Türkei. Gleichzeitig proklamierten die Insurgenten Bosniens ihren Anschluß an den serbischen Staat. Die serbische Armee wurde geschlagen, aber nun griff Ruß-

land ein (1877) im Bunde mit Rumänien, das sich für unabhängig erklärte. Österreichs Neutralität erkaufte die russische Diplomatie dadurch, daß sie ihm Bosnien und die Herzegowina verhielt, was freilich vom Standpunkt des Panislamismus und der serbischen Nationalitätsidee unverzeihlich war.

Nachdem die Russen bis vor die Tore Konstantinopels vorgedrungen waren, verstand sich die Pforte zum Frieden von San Stefano. Er schuf ein autonomes, tributzahlendes Fürstentum Bulgarien, das größer war als das heutige. Es erstreckte sich bis an das Ägäische Meer und grenzte an Albanien. Serbien sollte Niisch, das Drinatal und Klein-Zwornik erhalten, für Bosnien und die Herzegowina wurde eine autonome Verwaltung vorgesehen. Von der Besetzung dieser Gebiete durch Österreich war in dem Frieden keine Rede. Die Serben durften sie angesichts des fortschreitenden Verfalls der Türkei als ihr künftiges Erbe betrachten.

Es war sicher unerstreulich, daß dieser Stand der Dinge gerade durch Rußland herbeigeführt wurde. Aber um so schlimmer für die »fortschrittlichen« Mächte Europas, daß sie das Vollziehen des geschichtlich Unvermeidlichen in der Türkei dem russischen Absolutismus überließen. Wieder bestand ihre ganze Weisheit darin, es zu verhindern, daß an Stelle der Türkei größere Staaten gesetzt wurden, die zu einer selbständigen Politik fähig gewesen wären. Die Vermehrung der Kleinstaaterie auf dem Balkan und damit die Fortdauer des russischen Einflusses war das einzige, was sie zu tun wußten.

Der energische Einspruch Englands, das heißt seines Torykabinetts, machte den Friedensvertrag von San Stefano zunichte, zwang Rußland, sich einem europäischen Kongreß zu unterwerfen, und dort, in Berlin, wurde das neue Bulgarien vom Mittelmeer abgedrängt und sein Gebiet geteilt in ein politisch selbständiges unter einem Fürsten stehendes, das nördlich des Balkans lag, und eines südlich von ihm, Rumelien, das unter der Oberhoheit der Türkei blieb, von einem christlichen Gouverneur verwaltet wurde. Frankreich und Italien vertraten Griechenlands Interessen, doch erhielt dies erst 1881 Thessalien und das südliche Epirus. Rußland selbst trug nur ein kleines Stückchen Bessarabien davon, indes Österreich auf sein Verlangen die Besetzung Bosniens und der Herzegowina zugesprochen wurde. Bismarck hatte sich dabei energisch für Österreichs Ansprüche eingesetzt.

Vom Berliner Kongreß 1878 an datiert der engere Zusammenschluß der beiden Häuser Habsburg und Hohenzollern, die einander jahrhundertlang so unveröhnlich gegenübergestanden waren. Schon 1879 kam es zum Bündnis zwischen Deutschland und Österreich, das bis heute gewährt hat. Von da an datiert aber auch die Annäherung Rußlands an Frankreich, die allerdings höchst zögernd vor sich ging, bedeutete sie doch eine Verbindung des starrsten Despotismus mit der demokratischen Republik. Erst 1891 kam es zwischen den beiden Mächten zu einem schriftlichen Abkommen, erkönte am Zarenhof die bis dahin in Rußland streng verpönte Marseillaise.

Aber der für Rußland unbefriedigende Ausgang des Krieges hatte dort nicht bloß auf den Zaren zurückgewirkt.

Bereits durch den Krimkrieg war Rußlands militärische Rückständigkeit als Folge seiner ökonomischen und politischen Rückständigkeit aufgedeckt worden. Der freilich noch dünnen Schicht seiner gebildeten Elemente war es damals schon klar geworden, daß das Reich der Modernisierung dringend

bedurfte. Eine heftige Bewegung war die Folge gewesen, der sich der Zar selbst nicht ganz verschließen konnte. Die Leibeigenschaft wurde aufgehoben, Provinzialvertretungen (Semstwo) eingeführt, Eisenbahnen gebaut, die Industrie gefördert; die Zeitungsliteratur begann sich zu entwickeln. Aber am Absolutismus hielt man fest, so starr wie nur je. Er fand im russischen Reiche während der sechziger Jahre außerhalb Polens noch keine Gegner, die stark genug gewesen wären, im Lande selbst den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Um so größer die Sympathien, ja die Begeisterung der freiheitsdürstigen Intellektuellen Rußlands für die Freiheitskämpfe der ihnen so nahestehenden Südslawen gegen den türkischen Despotismus. Diese Begeisterung mochte sich mitunter panslawistischer Argumente bedienen, entsprang aber im Grunde nur dem gemeinsamen demokratischen Sehnen, wie in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die allgemeine Griechenbegeisterung im liberalen Europa, in den dreißiger Jahren und noch später, bis in die sechziger Jahre hinein, die Polenbegeisterung.

Turgeneff gab diesem Gefühl tiefen Ausdruck in seinem Roman »Am Vorabend« (deutsch auch unter dem Titel »Helene« erschienen) aus dem Jahre 1859. Er zeichnet uns dort einen Typus des revolutionären Kämpfers. Aber es ist kein Russe, sondern ein Bulgare.

Man kann sich denken, wie die Aufstände auf dem Balkan von 1875 auf einen großen Teil der freiheitsdürstigen russischen Jugend wirkten. Die ganze Gesellschaft Rußlands geriet in Erregung, Tausende von Freiwilligen eilten unter die serbischen Fahnen.

Als aber dann die russische Regierung selbst eingriff und die riesenhaften Opfer, die sie dem Volk auferlegte, ein so dürftiges Resultat zeitigten, da verstärkte die Entrüstung darüber gewaltig die bereits früher in Fluß gekommene oppositionelle Bewegung gegen das Regime des Zaren. Noch war der Friede nicht geschlossen, da fand die neue tatkräftige Opposition ihre erste sichtbare Äußerung im Schuß unserer Genossin Wera Sassulitsch, 5. Februar 1878. Diese revolutionäre Bewegung erreichte bald ihren Höhepunkt in der Tötung Alexanders II. 1881. Dann ging sie rasch zurück, da sie in der Gesellschaft keine genügende Stütze fand, und lebte erst wieder auf, als das russische Proletariat genügend erstarkt war, ihr eine dauernde, feste Basis zu geben.

6. Serbien.

Mit Bosnien und der Herzegowina gewann Österreich ein Gebiet von mehr als 50 000 Quadratkilometern und eine Bevölkerung von 1 300 000 Einwohnern. Allerdings hatte es den hartnäckigen Widerstand der türkischen Staatsmänner auf dem Berliner Kongreß nur dadurch überwinden können, daß es feierlich versprach, die Besetzung solle nur eine provisorische sein, und daß es die Fortdauer der Herrscherrechte des Sultans verbürgte. Aber damit war nur die türkische Empfindlichkeit beschwichtigt, das allgemeine Mißtrauen nicht beseitigt.

Als Graf Andrassy, der Minister des Außern, vom Berliner Kongreß nach Wien zurückkehrte, sagte er dem Kaiser Franz Joseph, daß die Tore nach Saloniki nun offenstünden.

So wurde die Okkupation auch außerhalb der Hofburg aufgefaßt. Mit Recht sagte Engels in seinem bereits zitierten Artikel über »Die auswärtige

Politik des russischen Zarentums«, Österreich habe sich »durch die Besetzung von Bosnien zum Mitschuldigen an der Teilung der Türkei und zum notwendigen Gegner aller serbischen Unabhängigkeits- und Einigungsbestrebungen gemacht« (S. 200).

Von nun an stand Österreich in fast ständigem Gegensatz zu Serbien, ja in einem Gegensatz, der sich immer mehr verschärfte.

Allerdings — einen Freund besaß es dort, den König Mila n, einen Lebemann, der mit dem Einkommen nicht langte, das ihm der kleine serbische Staat aussetzte. So wie ein anderer Lebemann auf dem Throne, Karl II. von England, nichts daran fand, Geldunterstützungen von Ludwig XIV. von Frankreich entgegenzunehmen, trug auch Mila n Obrenowitsch, der Serbien von 1868 bis 1889 regierte, kein Bedenken, von Österreich private Vorteile der verschiedensten Art einzuheimsen. Schließlich mußte er von seinem großen Nachbarn gereizt werden. Seine Mißwirtschaft schuf ihm wachsende Opposition, sogar Aufstände im eigenen Lande. Um die Unzufriedenheit abzulenkten, trachtete er, dem nationalen Sehnen Befriedigung zu schaffen auf der Linie des geringsten Widerstandes, die von Österreich und Bosnien weg nach Bulgarien führte. Er hoffte, dort einen Zwischenfall für sich auszunutzen zu können. Rumelien, das durch den Berliner Kongreß vom neugeschaffenen Bulgarien getrennt worden war, riß sich 1885 durch einen Staatsstreich von der Türkei los und vereinigte sich mit Bulgarien. Nun verlangte Serbien »Kompensationen«, und als es die nicht erhielt, erklärte es den Krieg. Hier zeigte sich aber Mila ns Strategie weniger erfolgreich als gegenüber gefälligen Schönen. Die Serben wurden wiederholt geschlagen, und das Vordringen der Bulgaren fand ein Hindernis nur in der Politik Österreichs, das ihnen Halt gebot und es durchsetzte, daß Serbien ohne Verlust davonkam.

In der ganzen Affäre hatte Mila ns Ansehen nicht gewonnen. Sein Regime fand immer mehr Widerstand, wurde immer gewalttätiger, bis er sich schließlich dazu verstand, seine Krone gegen eine Pension abzutreten (1889), die er auf dem feinen Lebensgewohnheiten so sehr entsprechenden Boden von Paris verzehrte. Drei Jahre später verzichtete er um den billigen Preis von zwei Millionen Franken sogar auf seine serbische Staatsangehörigkeit. Die Regierungslast überließ er seinem dreizehnjährigen Sohn Alexander I., mischte sich aber dabei noch immer in die Regierung, erzog den Sohn zu Treubruch, Staatsstreich und Tollheit, bis er 1901 starb. Alexander, der durch eine so feine Schule gegangen war und seinem Vater nachgeriet, machte sich bald ebenso verhaßt und verächtlich wie dieser. Es dauerte nicht lange, so wurde er durch eine Offiziersrevolte aus dem Wege geräumt (1903). Das Parlament, die Skupschtina, wählte einstimmig Peter Karageorgewitsch zum König, einen Enkel des Kara Georg, der 1804 die Fahne der Empörung gegen die Türken erhoben hatte.

Nun begann ein ruhigeres Verfassungsleben in Serbien. Aber um so schwieriger wurde die auswärtige Politik, denn das Verhältnis zu Österreich hatte sich inzwischen immer mehr zugespitzt.

Das nationale Interesse, das durch die Okkupation Bosniens verletzt worden war, hatte keineswegs das ganze serbische Volk ergriffen, sondern nur seine Oberschicht, bestehend aus den Intellektuellen, zu denen man auch das Offizierkorps zählen kann. In ihr spielte der nationale Gedanke eine große Rolle, teils aus wirklich empfundenem nationalen Sehnen, teils aus

bloßem Streben nach Erweiterung des Machtbereichs. Die bäuerliche Volksmasse war noch zu rückständig, um andere als Kirchturmpolitik zu treiben. Aber auch sie konnte nicht außerhalb des Bereichs des kapitalistischen Verkehrslebens bleiben.

Der serbische Staat, seine Bureaucratie, sein Heer brauchten Geld, das der Bauer durch Geldsteuern aufzubringen hatte. Der Bauer selbst wurde mit Erzeugnissen der Industrie bekannt, sie wurden ihm Bedürfnis für Betrieb oder Haushalt. Auch zu ihrer Erwerbung mußte er Geld erwerben. Das erlangte er nur durch Verkauf seiner Produkte. Der landwirtschaftliche Export wurde eine Lebensfrage für Staat und Bauer in Serbien. Bei seiner geographischen Lage, abgeschnitten vom Meere, hatte es jedoch nur einen Weg nach Europa: den über Ungarn. Ungarn war nun ökonomisch in einer ähnlichen Lage wie Serbien, wenn auch schon etwas mehr entwickelt. Auch Ungarn ist auf die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte angewiesen, und seine Kunden sind dieselben, die Serbien suchte. So wurde dieses zum Konkurrenten und damit zum Erbfeind der Agrarier Ungarns. Das ganze Übergewicht der Großmacht gegenüber dem Kleinstaat boten sie auf, um die Handelsverträge seit 1881 wie die Praxis ihrer Handhabung so zu gestalten, daß die serbische Ausfuhr aufs engste eingeschnürt wurde. Schließlich wurde die Ausfuhr lebenden Viehes aus Serbien völlig untersagt, die Ausfuhr geschlachteten Viehes nur in beschränktem Umfang gestattet. Im Handelsvertrag von 1908 wurde die Zahl der geschlachteten Rinder und Schweine, die Serbien ausführen durfte, auf 35 000 Rinder und 70 000 Schweine beschränkt. Auch das war den ungarischen Agrariern zu viel. Der Vertrag wurde annulliert, und in einem neuen von 1911 wurden die Ziffern der gestatteten Ausfuhr reduziert auf 15 000 Rinder und 50 000 Schweine. In dem gleichen Jahre führte Serbien Vieh im Werte von 5 Millionen Mark aus, Ungarn im Werte von 240 Millionen.

7. Die Serben in Österreich.

Bosnien war 1878 nicht annektiert, sondern bloß »okkupiert« worden. Die Lage der bosnischen Bevölkerung wurde durch diese Konzession nicht verbessert, sondern verschlechtert. Wären die Bosnier ein Teil der österreichischen Staatsbürgerschaft geworden, dann hätten sie auch die damit verbundenen politischen Rechte erhalten. Dank der bloßen Okkupation konnte man (mußte man nicht) sie ihnen vorenthalten. Charmaß untersuchte in seinem 1907 erschienenen Buche über »Deutsch-österreichische Politik« die Frage: »Was haben Bosnien und die Herzegowina durch die Okkupation gewonnen?« (S. 388), und er kommt auf Grund eines offiziellen Rechenschaftsberichts zu dem Schlusse, Bosnien habe sein Wesen modernisiert, aber

einem Punkte weicht der Bericht ängstlich aus: den politischen Verhältnissen. Mit gutem Grunde. Der Kaiser von Österreich und König von Ungarn ist Bosnien gegenüber ein absoluter Herrscher. Im Okkupationsgebiet gibt es nicht einmal den Ansatz zu einer Volksvertretung (das wurde 1907 geschrieben). Die breiteren Schichten der Bevölkerung werden kaum zur Lokalverwaltung herangezogen. In den 54 Bezirken des Landes bestehen bloß die aus der Zeit der türkischen Verwaltung stammenden Bezirks-Medzlis; das sind Beiräte, die jeweilig ernannt werden. ... Nun haben wir das Geheimnis der österreichisch-ungarischen Erfolge erkannt.

Während in Serbien und Bulgarien der Radikalismus tobt, in Rumänien der Antisemitismus und Fanatismus auf der einen, der stumpfe Konservatismus auf der anderen Seite störend wirkt und in Mazedonien die Völker um die Freiheit ringen, hat der Habsburgerstaat mit starker Hand den Absolutismus ausgerichtet.

Also in Serbien Radikalismus, in Bosnien Absolutismus. Da bedurfte es wohl keiner großserbischen Propaganda, damit die Bosnier die Bewohner Serbiens beneideten. Das heißt nicht alle Bosnier. Die feudalen Grundherren hatten alle Ursache, mit dem österreichischen Regime zufrieden zu sein. Der bosnische Absolutismus wurde keineswegs weggemacht durch die »Modernisierung« des Landes, die sich fast nur auf Außerlichkeiten erstreckte.

In Bosnien herrschen noch feudale Zustände. Der Aufstand von 1875 war im wesentlichen sozialer Natur gewesen, eine Empörung der christlichen Fronbauern (Kmeten) gegen die mohammedanischen Feudalherren (Spahis). Sie wollten freie Bauern werden, wie im benachbarten Serbien. Aber das österreichische Regime, das im Lande Fuß fassen wollte und sich zu diesem Behuf auf eine kräftige Klasse stützen mußte, betrachtete als solche die Spahis. Seine erste soziale Tat im okkupierten Lande bestand in der Bestimmung, daß alle überkommenen Eigentumsverhältnisse unverändert bleiben sollten. So hatten die christlichen Bauern Bosniens umsonst gekämpft, ja ihre Lage noch verschlechtert. Denn unter der türkischen Herrschaft hatten nur die Mohammedaner Kriegsdienst zu leisten gehabt. Jetzt traf er auch die Christen. Die neuen Geldsteuern endlich belasteten viel mehr den Kmeten als den Spahi.

Zu alledem kam noch der religiöse Gegensatz. Vergessen wir nicht, daß Bosnien zur Zeit seiner Okkupation noch in dem Stadium war, in dem das moderne nationale Bewußtsein eine unbedeutende Rolle spielt, dagegen die Religion die Massen entscheidend beeinflusst. War bis dahin der religiöse Gegensatz in Bosnien der zwischen griechischen Christen und Mohammedanern gewesen, so trat nun ein drittes Element auf: der Katholizismus des Herrscherstaats, dem der Islam ein geringeres Abelschien als die christliche, aber vom Katholizismus getrennte griechisch-orientalische Kirche.

Diese religiösen Differenzen trugen in Bosnien dazu bei, schon vorhandene Gegensätze zu verschärfen und zu vergiften, sie waren nicht erst zu schaffen. In dem benachbarten Kroatien milderte sich gleichzeitig der alte religiöse Gegensatz zwischen den katholischen Kroaten und den griechischen Serben, der lange als unüberwindlich gegolten hatte. Er wurde zurückgedrängt durch einen gemeinsamen Gegensatz beider gegen das herrschende Regime, der in jener Zeit rasch anwuchs.

Der Gegensatz zwischen dem ungarischen Adel und dem kroatischen Bauernvolk ist ein alter. Er hatte dazu geführt, daß im Jahre 1848 die Kroaten die fanatischsten Verfechter des Absolutismus gegenüber der Insurrektion der Ungarn wurden.

Nach 1866 war Österreich in zwei Staaten geteilt worden, in Ungarn (Transleithanien) und den westlichen Teil der Monarchie, der keinen anderen offiziellen Titel führt als den der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder (Cisleithanien).

Die Deutschen hatten sich nach der Trennung Österreichs von Deutschland damit abfinden müssen, die Ungarn neben sich als Staatsnation anzuerken-

nen. Allein konnten die 10 Millionen Deutschen, die damals in der Monarchie lebten, gegen die fast 17 Millionen Slawen nicht aufkommen. Eher schien die Sache möglich, wenn man den Staat und damit die Slawen teilte.

In Cisleithanien blieben etwa 8 Millionen Deutsche, denen 11 Millionen Slawen gegenüberstanden, darunter $2\frac{1}{2}$ Millionen Polen, die zwischen den kämpfenden Nationalitäten nun das Jünglein an der Wage bildeten. In Transleithanien aber kamen nun auf 6 Millionen Magyaren 9 Millionen Nichtmagyaren, darunter 2 Millionen Deutsche.

Dabei wurden Tschechoslowaken und Serbokroaten unter den beiden Reichshälften aufgeteilt. Von 7 Millionen Tschechoslowaken entfielen auf Cisleithanien $4\frac{1}{2}$ Millionen, auf Ungarn $2\frac{1}{2}$ Millionen. Von 3 Millionen Serbokroaten kam eine halbe Million auf Cisleithanien, dem Dalmatien und Istrien zugewiesen wurden. Eine weitere halbe Million wurde direkt dem ungarischen Staate einverleibt, die restlichen 2 Millionen bekamen ein eigenes Gemeinwesen, das Königreich Kroatien, das einen Teil des ungarischen Gesamtstaats bildete, in ihm aber eine Sonderstellung mit eigenem Landtag und eigener Verwaltung erhielt. Dazu wurden nach der Okkupation Bosniens 1 300 000 Serben gesellt, die weder der einen noch der anderen dieser staatlichen Gemeinschaften angehörten.

Vereint hätten die Serbokroaten einen Faktor gebildet, mit dem man rechnen mußte. Zersplittert wurde jeder der einzelnen Splitter ohnmächtig.

Je mehr das moderne Verkehrswesen auch in jene abgelegenen Gegenden eindrang und ihr Denken revolutionierte, desto größer wurde ihr Sehnen nach Vereinigung. Desto energischer aber auch der Widerstand namentlich der ungarischen Herrenklasse. Je gewalttätiger sich dieser Widerstand gestaltete, desto mehr entzündete er wieder die nationale Empörung der Serben und Kroaten, die sich dabei immer näher kamen und schließlich einmütig voringen.

Da sie sich allein zu schwach fühlten, der mächtigen Ungarn Herr zu werden, sahen sie sich nach einem Verbündeten um, und wie ehedem suchten sie ihn in der Wiener Hofburg.

Dort durften sie jedoch lange Zeit nichts erhoffen. Der Kaiser Franz Joseph hatte nach 1866 den Rat befolgt, den ihm Bismarck gegeben, den Schwerpunkt des Reiches von Wien nach Ofen zu verlegen. Mehr noch als die Deutschen waren die Ungarn das Staatsvolk der Monarchie geworden. Er unternahm nichts gegen sie, und es war naheliegend, daß er um so weniger zu einem schroffen Wechsel des Kurses zu veranlassen war, je älter er wurde, je mehr er vor allem wünschte, jedem Konflikt auszuweichen.

Diese Zeit der Ruhe im Staate schien vorüberzugehen, als die russische Revolution auch Österreich aufs tiefste erschütterte. Um dieselbe Zeit begann Erzherzog Franz Ferdinand, seit 1896 Thronfolger, der Staatsleitung näherzutreten. Er galt nicht bloß als eifriger Katholik, sondern auch als tatkräftiger Verfechter der monarchischen Gewalt und als entschiedener Gegner der Ungarn, das heißt nicht der ungarischen Nation, sondern der ungarischen Herrenklasse, die ein tatsächlich parlamentarisches Regime für sich erobert hatte, für ihren Staat nach immer größerer Selbständigkeit trachtete und als die stärkste Einschränkung der monarchischen Gewalt im österreichischen Gesamtstaat erschien. Wie die Christlichsozialen in Wien, wie die Verfechter des Einheitsstaats in Bureaucratie und Armee, so glaubten auch die Kroaten

im Thronfolger den kommenden Mann zu finden, der ihr Sehnen erfüllen werde.

Zwei Formen waren möglich, das zu erreichen, beide bedingten die Aufhebung des Dualismus. Die eine bestand in der Rückverwandlung der beiden getrennten Staaten in einen einzigen Staat, einen Einheitsstaat. Die das verlangten, bezeichnete man als Großösterreicher. Natürlich konnte man sich diesen Staat verschieden organisiert vorstellen, auch sehr demokratisch, und so finden wir sogar Sozialdemokraten unter den Großösterreichern. Aber keiner konnte sich das Großösterreich anders vorstellen wie als monarchischen Staat. Auch den großösterreichischen Sozialdemokraten erschien die Dynastie als das unentbehrliche Band, das Reich zusammenzuhalten, und erschien ebenso das Reich selbst für seine Völker unentbehrlich.

Der eifrige Vorkämpfer des sozialdemokratischen Großösterreichertums war der Genosse Renner.

Unter dem Pseudonym Springer veröffentlichte er im Jahre 1906 ein Buch über »Grundlagen und Entwicklungsziele der österreichisch-ungarischen Monarchie, politische Studien über ... die Reichsidee und ihre Zukunft«, in dem er diese Idee ausführlich entwickelte, die Umwandlung Österreichs in einen Föderativstaat verlangte mit Autonomie der Nationen, auf Grundlage des allgemeinen Wahlrechts und mit dem Bindeglied der Dynastie:

Denn noch lebt in allen Völkern Österreichs und Ungarns die Kaisertradition und die Kaiseridee, bei der das dynastische Moment nur den realen Kern verhilft: eine uneingestandene Ahnung sagt ihnen, daß ihrer tausend Gefahren harren, wenn sie auseinandergerissen, die Beute der Nachbarn und das Opfer ihrer Zwietracht werden, und auch in den Deutschösterreichern ist diese Ahnung mächtig: statt des Vorlandes an der Donau ein hohenzollernsches Hinterland werden, statt des Erstgeborenen im Osten das Stiefkind des Westens — diese Perspektive macht ihnen bangen. ... Wahrlich, eine Kaiseridee liegt in der Luft! Warum soll die Monarchie nicht werden ein einzig Volk von Völkern, das gemeinsame Schutzbund der Kleinen, damit sie neben den Großen bestehen können, jeder in seiner Art, jeder in seinem Kreise frei, alle gleich unter einer vielhundertjährigen, nunmehr auch streng parlamentarischen Dynastie? (S. 236, 237.)

Als wir vor mehr als zehn Jahren diese verzückten Äußerungen lasen, diesen naiven Nationalismus, der die »monarchische Schweiz« will, aber mit Deutschösterreich als »Vorland«; diesen Lokalpatriotismus, dem der Vortrang der Deutschösterreicher in Österreich wichtiger ist als die Gesamtheit der deutschen Nation; und endlich diese Begeisterung für das »Völkerkaiserium«, da belächelten wir das, sahen aber drüber hinweg angesichts des Wissens, des Scharfsinns, der proletarischen und demokratischen Sympathien des Autors. Wir sahen in jenen Äußerungen nur Überbleibsel vorsozialistischer Eierschalen, die der Verfasser mit fortschreitender Annäherung an die internationale Sozialdemokratie ablegen werde. Es scheint, wir haben die Dauerhaftigkeit dieser Eierschalen unterschätzt.

Das Großösterreich, in dem die heute in vier Staatswesen zersplitterten Serbokroaten zu einem einzigen, autonomen, gleichberechtigten Gemeinwesen vereinigt werden sollten, das war die eine Lösung, die die serbischen und kroatischen Patrioten ins Auge faßten. Sie setzte die völlige Aufhebung des heutigen ungarischen Staates voraus.

Weniger radikal war eine andere Lösung: mit Kroatien, das bereits eine Sonderstellung einnahm, sollten Dalmatien, Bosnien und die von Serben

bewohnten Teile Südungarns vereinigt und dem Gesamtstaat als dritter Bestandteil einverleibt werden, mit den gleichen Rechten, wie sie Ungarn und Eisleithanien besaßen. Das war die Idee des sogenannten Trialismus. Sie ließ die Herrschaft der Ungarn über die Rumänen und Slowaken unangefastet. Trotzdem erregte sie die Wut der magyarischen Herrenklasse womöglich noch mehr als die großösterreichische Idee, gerade deshalb, weil sie leichter realisierbar, also eher im Bereich der Möglichkeit war.

8. Die großserbische Idee.

Je mehr diese Versuche auf Widerstand stießen, im Rahmen des Kaiserstaats das nationale Sehnen der in ihm zerplitterten Serbokroaten zu befriedigen, desto mehr wurde der Boden geebnet für eine Idee, die über diesen Rahmen hinausging.

Diejenigen, die daran verzweifelten, Hilfe aus der Wiener Hofburg zu erhalten, begannen ihre Blicke nach dem benachbarten Serbien zu richten, wo ihre Nationsgenossen ein freies Gemeinwesen bewohnten, mit vollster Press- und Vereinsfreiheit, während in Kroatien der Ausnahmezustand, in Bosnien die Militärdiktatur herrschte. Die Idee eines Großserbiens kam auf, die Idee der Vereinigung aller Serbokroaten in einem selbständigen Staate. Vom Königreich Serbien erwartete man dabei, es werde für die serbische Einigung das leisten, was für die Befreiung und Einigung Italiens das kleine Königreich Sardinien geleistet hatte.

Da Wünsche frei sind, kam man, sobald man erst einmal beim Gedanken Großserbiens war, darauf, ihm auch die Slowenen einzuverleiben, deren Sprachgemeinschaft an die serbokroatische grenzt. Die Slowenen sind erst im Begriff, eine Schriftsprache zu entwickeln, und begegnen dabei angesichts der Kleinheit und Rückständigkeit ihres Landes großen Schwierigkeiten. Ihre Sprache ist der serbischen ähnlich und würde sich ihr bei längerer staatlicher Gemeinschaft wohl anpassen. An den sprachlichen Unterschieden braucht also die Einverleibung der Slowenen in den serbischen Nationalstaat nicht zu scheitern.

Die Zahl der Serbokroaten beträgt heute an 10 Millionen, die der Slowenen über eine Million. Das ergäbe schon einen ganz erklecklichen Staat. Kein Wunder, daß die großserbische Idee als Wunsch manchen Serben entzückte, in der Literatur und bei Festreden nationaler Vereine eine Rolle zu spielen begann, wobei als Vorbild die nationalen Bestrebungen der Italiener und Deutschen des vorigen Jahrhunderts vorgeführt wurden, die auch in den Staatsmännern Österreichs ihre größten Gegner gefunden hatten.

Doch waren die Hindernisse so groß, die sich der Idee entgegensetzten, daß ernsthafteste Versuche, ihre Verwirklichung vorzubereiten, nicht zutage traten. Alle Beschuldigungen, die in dieser Beziehung erhoben wurden, haben sich als haltlos erwiesen. Selbst Hasbagen, der mit den Tatsachen sehr frei umspringt und für die österreichische Regierung sehr viel übrig hat, muß darüber mitteilen:

Am 25. März 1909, also noch einige Tage vor Beilegung der Annexionskrise, veröffentlichte der führende deutschösterreichische Historiker Heinrich Friedjung in der »Neuen Freien Presse« einen scharfen Artikel gegen die großserbische Propaganda auf dem Boden der Monarchie. Insbesondere beschuldigt er Abgeordnete des Kroa-

tischen Landtags verdächtiger Beziehungen zur serbischen Regierung. Da Friedjung von kroatischer Seite wegen Beleidigung verklagt und zur Vorlegung seiner Beweise aufgefordert wird, kommt es in Wien zum Prozeß, in dem sich zwei für die Kroaten belastende Dokumente, auf denen Friedjung gefußt hat, als Fälschungen herausstellen. Friedjung zieht darauf am 22. Dezember 1909 seine Behauptungen zurück. Großes Aufsehen erregt nun aber, daß die Dokumente aus dem Ministerium des Außern stammen. Da sie sich teilweise als gefälscht herausstellen, so betrachtet man diesen Ausgang des Friedjungprozesses als »mißglückten Versuch Lehrenthal ... den Nachweis für das Vorhandensein einer großserbischen Propaganda zu liefern«. Damit ist aber die Sache noch nicht erledigt. Einmal wird von Mai bis Oktober in einem Agramer Hochverratsprozeß gegen nicht weniger als 53 Untertanen der Monarchie wegen großserbischer Umtriebe verhandelt. 18 von ihnen müssen wegen mangelnder Beweise sofort freigesprochen werden. Das Urteil gegen die übrigen wird später ebenfalls aufgehoben, weil das Beweismaterial wieder teilweise gefälscht worden ist. (Umriss der Weltpolitik, Leipzig 1916, B. G. Teubner, 2. Band, 1908 bis 1914, S. 40.)

Hasbagen sagt nicht, wieso die gefälschten Dokumente, auf denen die ganzen Beschuldigungen Friedjungs beruhten, ins Ministerium des Außern kamen und wer sie gefälscht hat.

Professor Majaryk hat darüber ausführlicher gehandelt, zuerst in den Delegationen, dann in einer Schrift »Vasic-Forgach-Lehrenthal, einiges Material zur Charakteristik unserer Diplomatie«, Prag 1911. Er erhob dort die schwersten Anklagen gegen den österreichischen Gesandten in Belgrad, den Grafen Forgach.

In seiner Erwiderung ging Lehrenthal auf die Tatsachen nicht ein. Er erwiderte nur, er weise den Angriff gegen den Grafen Forgach entschieden zurück. Graf Forgach sei in Belgrad und speziell bei der serbischen Regierung sehr beliebt. Diese Beliebtheit des Grafen Forgach in Belgrad wurde darauf vom serbischen Minister Milovanovitch bestritten.

Wie dem auch sein möge. Jedenfalls beweisen diese Affären, daß man in österreichischen Regierungskreisen durch die großserbische Propaganda sehr nervös geworden war. Der schon bestehende und tiefgehende Gegensatz zu Serbien wurde nun noch mehr verschärft.

Derselbe Franz Ferdinand aber, zu dem die Serbokroaten vertrauensvoll ausblinden, soweit sie großösterreichischen oder trialistischen Tendenzen huldigten, war naturgemäß der energischste Bekämpfer des Großserbentums. Graf Lehrenthal, der im Oktober 1906 Minister des Außern wurde, galt als Vertrauensmann des Thronfolgers.

9. Mazedonien und Albanien.

Die fortschreitende Verbitterung der Beziehungen zwischen Österreich und Serbien wurde nicht gemildert, als nach der russischen Revolution die Balkanfrage selbst wieder einen akuten Charakter annahm durch die mazedonischen und albanischen Unruhen und die türkische Revolution.

Mazedonien bildete auf dem Balkan das letzte Gebiet, dem es noch nicht gelungen war, das Joch des türkischen Feudalismus abzuwerfen, das um so schwerer lastete, je mehr die Türkei ökonomisch verkam, je auffallender der Unterschied zwischen der Lage der christlichen Bauern in Mazedonien und der in Serbien und Bulgarien war, je tatkräftiger endlich die Ermunterung,

die der mazedonischen Insurrektion aus diesen beiden Staaten zuteil wurde, von denen jeder nach der Beute verlangte. Diese Ermunterung war sicher vorhanden, doch täte man unrecht, die ganze Bewegung als künstliche Mache auswärtiger Hezer zu betrachten. Das ist immer die Darstellung jener, die ein Interesse an dem Fortbestehen der Mißbräuche haben und nicht zugeben wollen, daß diese Mißbräuche vorhanden sind und aufreizend wirken. Wie die Lage der Bauern in Mazedonien war, bezeuge folgendes: Dr. Cleanthes Nicolaides schreibt in seinem Buche über »Mazedonien« (Berlin 1903, Calvary):

Der christliche Landmann in Mazedonien hat folgende Abgaben zu leisten:

	Prozent des Ernteertrags
1. Der Großgrundbesitzer erhält vom Ernteertrag	33 $\frac{1}{2}$ %
2. Die Staatssteuern betragen	16 $\frac{2}{3}$ %
3. Die Schulfsteuer	2
4. Die Gewerbe- und Einkommensteuer	5
5. Die Leistungen für Wegebau	5
6. Die Abgabe für die Kirche	1

Zusammen 63 Prozent.

Rechnet man nun, daß 15 Prozent zur nächstjährigen Aussaat erforderlich sind, so würden dem Bauern für sich und seine Familie noch 22 Prozent von der Ernte verbleiben. (S. 88.)

Aber auch die blieben ihm nicht, er mußte sie mit Räubern teilen — den gefehlichen Räubern, Steuergendarmen und Grundherren, und den ungefehlichen Räubern, Bauern, die aus Verzweiflung oder aus Troß sich gegen die gefehliche Ordnung erhoben, gegen ihre Unterdrücker Front machten, um sich zu behaupten, die aber auch die Bauern besteuerten.

Je entfehlicher die Lage der Bauern, desto größer die Zahl der Räuberbanden. Es hing bloß von der allgemeinen Situation ab, ob sie gewöhnliche Räuber blieben oder zu Freiheitskämpfern wurden — genau wie ein Jahrhundert vorher in Serbien.

Diese mazedonische Insurrektion wollte nicht enden.

Unders liegt die Sache in Albanien. Dort herrschen die gleichen Zustände, doch noch primitiver, die sich bis ins achtzehnte Jahrhundert in Hochschottland erhielten. Walter Scott hat sie in seinen schottischen Romanen so plastisch geschildert. In dem schwer zugänglichen Bergland erhält sich die Gentilverfassung noch in voller Kraft, mit dem ganzen trohigen Freiheitsfinn, der diese Gesellschaftsform kennzeichnet. Die Unzugänglichkeit ihrer Berge schnitt die Albanesen vom Weltverkehr ab und verhinderte ihre militärische Niederwerfung. Die Unwirklichkeit des Berglandes schützte ihre Freiheit auch dadurch, daß sie nur eine äußerst ärmliche Hirtenwirtschaft aufkommen ließ, die niemandes Begehrlichkeit lockte. Diese Armut verwandelt aber auch wieder den Albanesen in einen geborenen Räuber, jedoch ganz anderer Art als den Mazedonier.

Die ökonomischen Verhältnisse, wie sie in Albanien herrschen, begünstigen ungemein die Fruchtbarkeit der Bevölkerung. Adam Smith wies bereits in seinem »Wealth of Nations« auf die außerordentliche Fruchtbarkeit der Bergschotten hin: »Armut scheint die Fruchtbarkeit zu fördern. Ein halbverhungertes Weib aus dem Hochland bringt häufig mehr als zwanzig

Kinder zur Welt.« (1. Band, 8. Kapitel.) Was mit diesem kraftvollen, kampflustigen Menschenzuwachs beginnen? Die primitive Landwirtschaft kann ihn nicht ernähren. Zum Teil geht er zugrunde in den steten inneren Fehden der einzelnen Clans untereinander, die der Blutrache entspringen. Sie müßten jene Stämme längst vernichtet haben, wenn nicht der rasche Nachwuchs bestände. Ein anderes Sicherheitsventil ist der Kriegsdienst außerhalb der Berge. Nie haben die Albanesen eine türkische Armee in ihren Bergen lange geduldet. Aber sie waren stets bereit, sich dem Sultan zu verbinden, und bildeten in Konstantinopel seine zuverlässigste Truppe. So legte Pitt 1756 die Art an »die Wurzel aller Aufstände und Anarchie in den Hochlanden« (Lecky), als er dazu überging, in den schottischen Hochlandclans Anwerbungen für die Armee vorzunehmen.

Aber nicht jeder wollte der Heimat den Rücken kehren und sich der militärischen Disziplin unterwerfen. Der in der Heimat Zurückbleibende sah nur ein Mittel, der Armut seiner Berge abzuhelfen: die Plünderung der Nachbarn.

In alledem bieten die Albanesen genau dasselbe Bild wie die schottischen Hochländer. Aber ihre Lage war keineswegs hier wie dort die gleiche. Die Hochschotten grenzten an ein hochkultiviertes Gemeinwesen, während die Nachbarn der Bergalbanesen selbst arme Teufel in höchst primitiven Verhältnissen waren, einerseits Serben und Griechen, andererseits die Albanesen der Küstenniederung. Das bewirkte aber nur, daß den Albanesen gegenüber die Mittel der Abwehr und schließlich Niederwerfung weit geringer waren als den schottischen Hochländern gegenüber, konnte jedoch keineswegs dahin führen, daß die Raubzüge weniger schmerzlich empfunden wurden.

Die Albanesen blieben eine Geißel ihrer Umgebung, in ständiger Fehde mit ihr.

Dieser ewige Kriegszustand kümmerte Europa lange Zeit höchst wenig. Ein Interesse gewann er dagegen, als in Osterreich die Tendenz für den Vormarsch nach Saloniki aufkam. Der Weg nach Mazedonien führte bei Albanien vorbei, ja zum Teil direkt durch albanesisches Gebiet. Die Gegnerschaft der kriegerischen Albanesen konnte sehr unangenehm, ihre Freundschaft sehr angenehm werden. Und die der Albanesen war billig zu haben — auch hierin den Hochschotten ähnlich.

Bis weit ins achtzehnte Jahrhundert hinein, als die schottischen Niederlande schon längst zu innigster Gemeinschaft mit England gekommen waren, wußten die Könige Frankreichs sich noch einen Anhang unter den Bergschotten zu erkaufen, der England zeitweise höchst unbequem wurde.

Für Osterreich war ein Anknüpfungspunkt darin gegeben, daß in dem Stadium, in dem die Bergstämme Albaniens leben, neben der Gentilverfassung bereits die kirchliche Organisation eine Rolle spielt, wenn auch noch jener Verfassung untergeordnet. Nun gibt es unter ihnen Mohammedaner, griechisch-orthodoxe Christen und Katholiken. Osterreich wurde für die letzteren der Schutzpatron.

Oabel fand es jedoch einen unliebsamen Konkurrenten in den Italienern, das heißt in dem italienischen Imperialismus.

Dieser ist ganz eigener Art. Seine Haupttriebkraft ist nicht das Finanzkapital, sondern die Überproduktion an Intelligenz. Die industrielle Entwick-

lung Italiens ist gering, groß aber die Zahl seiner Intellektuellen, ist es doch ein altes Kulturland mit vielen Universitäten und einem zahlreichen Kleinbürgerum, das einen großen Teil seines Nachwuchses intellektuellen Berufen zuweist. Weder Industrie noch Handel bieten für diese Elemente ausreichende Beschäftigung. Da wird die Versorgung durch den Staat, wird die Zahl der Beamtenstellen im Staat von größter Wichtigkeit für die Intellektuellen.

Der Staat, wie er besteht, reicht nicht aus für sie alle. Das wird ein Moment, das jede Bewegung verstärkt, die den Staat zu ändern oder auszudehnen strebt. Der Kampf um die Unabhängigkeit und Freiheit der Nation wurde so eine Sache nicht bloß der Idealisten, sondern auch nicht weniger Streber. Sobald dies Ziel einigermaßen erreicht war, erhoben die unversorgten Streber den Ruf nach kolonialem Besitz. Bis heute noch ist aber nicht die ganze Nation geeinigt, und so schwankt die öffentliche Meinung Italiens zwischen Nationalismus und Imperialismus hin und her. Einmal überwiegt das eine, ein andermal das andere Moment. Beide Strömungen fanden sich schließlich in dem Gegensatz gegen Österreich, nachdem sie eine Zeitlang einander in dieser Beziehung entgegengewirkt hatten.

Nach 1870, nach der Einverleibung des Kirchenstaats in das Königreich Italien, richteten die Italiener ihre Blicke nach Südtirol, Görz, Triest, die, von Italienern bewohnt, noch »unerlöst« (irredenti) waren. Der Bund der „Irredenta Italia“, des unerlösten Italiens, der sich 1878 bildete, beherrschte jahrelang das öffentliche Leben Italiens. So groß war damals die Erbitterung gegen Österreich, daß Bundesmitglieder den Versuch machten, den Kaiser Franz Joseph zu ermorden, als er 1882 in demonstrativer Absicht zur Feier der fünfshundertjährigen Zugehörigkeit Triests zu dem habsburgischen Besitzstand nach dieser Stadt kam. Das Attentat wurde vereitelt, der eine der Attentäter entkam nach Italien, wo man ihn verhaftete und in Udine vor ein Geschworenengericht stellte, das ihn freisprach. Der andere, der Student Oberdank, wurde in Triest festgenommen und hingerichtet, was in Turin, Bologna, Mailand, Rom stürmische Protestkundgebungen hervorrief. Oberdank wurde als Nationalheiliger verehrt. Zahlreiche Oberdankklubs bildeten sich. Doch war die österreichische Regierung klug genug, daraus keinen Kriegsfall zu machen und der italienischen Regierung kein Ultimatum zu senden.

Immerhin erschien die Politik der Irredenta vielen Politikern Italiens zu gefährvoll, sie suchten für den italienischen Expansionsdrang einen weniger gefährlichen Ausweg in der Politik kolonialer Erwerbung. Eigenartig wie der Imperialismus ist auch die Kolonialpolitik Italiens. Da sie nicht von den Bedürfnissen der Industrie, sondern von denen der Intellektuellen getrieben wird, sah sie sehr wenig auf den ökonomischen Wert der Gebiete, die sie besetzte. Sie hatte das Pech, sich der unfruchtbarsten und ärmsten Landstriche zu bemächtigen, und dabei gerade solcher, die von einer höchst mehrhaften Bevölkerung verteidigt wurden. Das galt zuerst für Abessinien, wo es sich 1885 festsetzte, wie später für Tripolis. Es galt in gleichem Maße für Albanien, das es in seine Einflußsphäre zu verwandeln suchte. Tripolis und Albanien sollten ihm helfen, die Adria und das östliche Mittelmeer in einen italienischen See zu verwandeln. Dabei stieß es auf die Konkurrenz Österreichs, das ebenfalls nach Albanien trachtete.

Eine Zeitlang hatte der Imperialismus Italiens dazu gedient, den aus dem nationalen Sehnen entspringenden Gegensatz gegen Österreich zu überwinden. Im Mittelmeer stieß es zunächst nicht auf Österreich, sondern auf Frankreich als Gegner, das ihm Tunis vor der Nase wegschnappte (1881). Gegensatz gegen Frankreich, Anschluß an Deutschland und Österreich war die erste Folge des italienischen Imperialismus.

Durch Albanien aber wurde nun Österreich für ihn zum Feind, derselbe Staat, der als Gegner der nationalen Bestrebungen erschien. Imperialismus und Nationalismus, deren auswärtige Politik eine Zeitlang gegensätzlich geworden waren, begegneten sich nun, das Resultat war Schwächung des Dreibunds, Annäherung Italiens an Frankreich, Arbeiten gegen Österreich in Albanien.

Bei ihrer Stellung zum Papst konnten sich die Italiener dabei nicht gut des katholischen Klerus bedienen. Der hielt treu zu Österreich. Die Italiener suchten daher Einfluß auf die Albanesen zu gewinnen durch Schulen.

Die Einwirkung von außen diente gerade nicht dazu, die von vornherein zu steter Unruhe geneigten Albanesen zu beruhigen. Albanien und Mazedonien, die beiden letzten großen Gebiete, die die Türkei in Europa noch besaß, wurden immer mehr zu Ausgangspunkten ständiger Rebellionen, die den morschen Staat aufs tiefste erschütterten und der steten Gefahr auswärtiger Interventionen aussetzten.

Die türkische Regierung aber blieb in ihrem alten Schlendrian, tat nichts zur Abwendung der drohenden Gefahr. Der Staat schien zum Untergang verurteilt — da setzte die Revolution ein.

10. Die türkische Revolution.

Die Umwälzung in der Türkei steht sicher im Zusammenhang mit den Siegen, die Japan über Rußland in den Jahren 1904 und 1905 erfocht, wie mit der ihnen folgenden russischen Revolution. Japan zerstörte das Prestige des *Europäers* im Orient, wo er seit dem Versall der Türkei als unbesiegbar gegolten hatte, in der mohammedanischen Welt, in Indien, in China. Die russische Revolution zerstörte im Orient das Prestige des *Abso-lutismus*, der dort als die natürliche Staatsform erschienen war.

Wie für China, Indien, Persien, Ägypten wurde damit auch für die Türkei ein mächtiger Anstoß gegeben. Doch war die Revolution, die er in der Türkei 1908 hervorrief, keine demokratische. Dazu fehlten alle Vorbedingungen. Ohne moderne Industrie, ohne modernes Verkehrs- und Schulwesen, entbehrte es aller Faktoren, die es ermöglicht hätten, größeren Volksmassen Interesse und Verständnis für die Staatspolitik beizubringen. Sie blieb das Privileg einer dünnen Oberschicht, und nur von dieser ging die Revolution aus. Sie war zunächst, wie alle Staatsumwälzungen in diesem Stadium der ökonomischen und politischen Entwicklung, wie die Staatsumwälzungen im alten byzantinischen Reich und im römischen Kaiserreich, wie die früheren Staatsumwälzungen in der Türkei selbst, nur eine Palast- und Soldatenrevolution. Aber sie fand doch in einem ganz anderen Gesamtzustand Europas statt wie ihre Vorgängerinnen.

Wie sehr sich die Beherrscher der Türkei auch gegen die Modernisierung ihres Staates sträuben mochten, sie hatten doch trachten müssen, die

Werkzeuge ihrer äußeren Politik, Diplomatie und Armee einigermaßen denen der anderen Mächte ebenbürtig zu machen. Zu diesem Zwecke waren Offiziere und höhere Bürokraten ins Ausland gesandt worden, um dort zu studieren. Es waren oft nur Außerlichkeiten — und nicht gerade die erhebensten — der abendländischen Zivilisation, deren Kenntnis sie heimbrachten. Immerhin genügten sie, um in den Kreisen der Offiziere und Bürokraten eine Richtung aufkommen zu lassen, die den Staat in europäischem Sinne zu reformieren und zu verjüngen suchte: die Reform- oder Jungtürken. Von ihnen ging 1908 die Revolution aus, und so wurde sie nicht ein bloßer Wechsel der regierenden Personen. Sie verwandelte die Türkei in einen Staat mit modernen Formen, vor allem einem gewählten Parlament.

Freilich fehlte diesen Formen noch der Inhalt. Da in der Türkei noch nicht die Vorbedingungen für eine demokratische Revolution gegeben waren, so auch nicht die für ein parlamentarisches Regime. In den meisten Wahlbezirken konnte die Regierung den Ausfall der Wahlen nach ihrem Gutdünken lenken, und das bißchen Opposition, das trotzdem im Parlament auftauchen mochte, fand keinen Rückhalt in der Bevölkerung. So wichtig der Parlamentarismus dort wird, wo er in Verbindung steht mit starker Teilnahme der Massen an der Staatspolitik, so nichtig ist er dort, wo die Massen zu solcher Teilnahme weder fähig noch gewillt sind.

Trotzdem konnte die türkische Revolution ein Mittel werden, den Staat zu verjüngen, wenn sie dahin wirkte, modernen industriellen Kapitalismus, modernes Verkehrswesen, modernes Schulwesen, die Sicherheit der Person und des Eigentums gegenüber legalen und illegalen Räubern zu schaffen und die unproduktiven Ausgaben des so armen Staates einzuschränken.

Diese Absicht besaßen die Reformer sicher. Aber die ersten Aufgaben, die sie sich zum Teil selbst setzten, teils ihnen durch die Verhältnisse gesetzt wurden, bestanden in der Verstärkung der Armee und in der Vermehrung des Aufwandes für sie, in der Ausdehnung der Militärpflicht, die bis dahin nur für die Mohammedaner gegolten hatte, auf die Christen; in der Beruhigung Mazedoniens, nicht durch Aufhebung der feudalen Ausbeutung, sondern durch rücksichtsloseste Anwendung militärischer Machtmittel, die bald auch gegen die Albanesen in Anwendung gebracht wurden. Dazu kamen vermehrte auswärtige Konflikte, verstärkte Rüstungen und schließlich eine Serie von Kriegen, die mit dem italienischen Einfall in Tripolis 1911 begann. Von da an hat in der Türkei der Kriegszustand praktisch nicht mehr aufgehört. Das waren nicht die Bedingungen, die ökonomische Entwicklung des Landes zu fördern.

11. Die Annexion Bosniens.

Der erste Konflikt, in den das jungtürkische Regime geriet, war der mit Österreich. Ende Juli 1908 war die türkische Revolution ausgebrochen. Schon am 5. Oktober wurde sie von Österreich damit beantwortet, daß es die ihm durch den Berliner Vertrag von 1878 zur bloßen Verwaltung überlassenen Länder Bosnien und Herzegowina für seinen Besitz erklärte.

Dieser unerwartete Schritt rief sofort die lebhaftesten Gegendäuerungen hervor sowohl der Türkei, die sich eines Landes beraubt fühlte, das ihr ge-

hörte, wie Serbiens, das die Hoffnung nicht aufgegeben hatte, es einmal als Erbe der Türkei erlangen zu können. Die größte Erregung bemächtigte sich auch Bosniens selbst sowie Rußlands, das als Serbiens Schützer betrachtet sein wollte.

Schon am 9. Oktober protestierte die Pforte gegen die Annexion Bosniens. Die Türken verhängten den Boykott über österreichische Waren und führten ihn durch.

Gleichzeitig kam es in Belgrad zu lebhaften Demonstrationen gegen Österreich. Ließ sich Rußland dazu hinreißen, der serbischen Entrüstung nachzugeben, dann bekamen wir damals schon den Weltkrieg.

Doch Rußland mahnte zum Frieden. Noch hatte es die furchtbare Niederlage des Japanischen Krieges nicht verwunden. Und es war nie sehr geneigt zu einem Angriffskrieg gegen einen starken Gegner.

Rußland ist strategisch stark in der Verteidigung wegen der Unwegsamkeit und Ausdehnung des Landes. Aber diese Vorteile verwandeln sich in Nachteile, wenn es einen Feind außerhalb des Landes angreifen will.

Nun sind der politische und der strategische Angriffskrieg sicher zwei sehr verschiedene Dinge, sie stehen aber in engem Zusammenhang miteinander.

Ein Staat kann wohl einen politischen Verteidigungskrieg in der Form eines strategischen Angriffskrieges führen. Auch wenn ich den Gegner zu nichts zwingen, nur seinen Zwang abwehren will, kann das am wirksamsten in der Form geschehen, daß ich den Krieg in sein Land trage, diesem die Hauptlast der Kriegsführung aufbürde.

Aber das Umgekehrte ist schwer möglich: einen politischen Angriffskrieg in der Form eines planmäßig gewollten strategischen Verteidigungskrieges zu führen.

Wenn ich von vornherein mir nicht die Kraft vertraue, den Gegner in seinem eigenen Lande zurückzudrängen, wie soll ich da die Kraft erlangen, ihn zur Annahme meiner Forderung zu zwingen?

Rußland hat daher politische Angriffskriege stets nur schwachen Gegnern gegenüber geführt. Gegen starke Gegner zog es die Waffen der Diplomatie vor. So wirkte es auch 1908 in Serbien beschwichtigend, als es sah, daß Österreich eventuell zum Krieg entschlossen sei. Die Türkei und Serbien mußten sich beugen. Im Februar 1909 verzichtete die Türkei gegen eine Entschädigung von 54 Millionen Kronen auf Bosnien. Serbien hatte sich direkt zu demütigen. Am 27. März verzichtete der Kronprinz Georg, der am lautesten den Kriegsruf erhoben hatte, auf die Thronfolge. Und am 31. März verstand sich unter dem Drucke Rußlands und Englands die serbische Regierung zu einer Erklärung an Österreich, in der sie die Annexion anerkannte und sich verpflichtete, die Richtung ihrer Politik gegenüber Österreich zu ändern.

So blieb damals der Weltfriede schließlich erhalten, der nur an einem Haare geblieben hatte. Durch die Diplomaten konnten die Regierungen betäubt werden, nicht aber die Völker. Die, wie wir schon gesehen, bereits große Erregung der Serben und Kroaten wurde nicht nur in Serbien, sondern auch in Österreich durch diese Ereignisse zur Siedehitze gesteigert, wozu sich in Kroatien noch der wachsende Gegensatz zu dem ungarischen Regiment gesellte, das immer mehr zu Gewaltmaßnahmen griff.

Am 3. April 1912 wurde in Kroatien der Banus Cuvaj zum königlichen Kommissar ernannt, die Tätigkeit des Landtags eingestellt, die Präventivzensur und hohe Kauttionen für die Presse eingeführt, das Versammlungsrecht aufgehoben, das ganze Polizeiwesen dem königlichen Kommissar untergeordnet, der mit einem Worte diktatorische Gewalt erhielt.

Ein Jahr später, 3. Mai 1913, folgte die Proklamierung des Ausnahmezustandes in Bosnien.

Das führte in jenen Gebieten, in deren Nachbarschaft noch die Blutrache herrscht und die Traditionen des bewaffneten Freiheitskampfes gegen die Türken lebendig sind, leicht zu bewaffneten Ausbrüchen. Aber es bezeugt die Schwäche der Bewegung, daß sie sich weniger in Massenerhebungen äußerte, obwohl auch solche versucht wurden, als in individuellen Attentaten.

Schon am 15. Juni 1910 versuchte der Serbe Bogdan Jerajitsch in Serajewo den Landeschef von Bosnien, den General Marian Vareschanin, zu töten, dem die blutige Niederwerfung eines lokalen Aufstandes vorgeworfen wurde. Das Attentat mißlang. Der Attentäter soll Anarchist gewesen sein. Immerhin dürfte die allgemeine Aufregung zur Auslösung seiner Tat erheblich beigetragen haben. Die meisten Attentate wurden jedoch nicht in Bosnien verübt, sondern in dem ehemals so loyalen Kroatien; nicht in Serajewo, sondern in Agram.

Am 8. Juni 1912 versuchte Lukas Jukitsch den Banus Cuvaj in Agram zu töten. Dort folgte ihm am 18. August 1913 Stephan Dojtschitsch, der ein Attentat auf Cuvajs Nachfolger, den königlichen Kommissar Baron Skerlec, verübte. Gegen denselben richtete sich auch ein Anschlag, den am 20. Mai 1914 Jakob Schäfer im Agramer Theater versuchte.

12. Die Balkankriege von 1912.

Inzwischen war aber auch die Diplomatie nicht müßig. Die russische suchte die Scharte wieder auszuweihen, die ihr Prestige auf dem Balkan durch das kampflöse Zurückweichen vor Österreich erlitten hatte. Und dies gelang ihr durch die Bildung des Balkanbundes, durch den sich Serbien, Montenegro, Bulgarien und Griechenland über eine gemeinsame Politik gegenüber der Türkei verständigten. Die mazedonische Frage sollte endgültig aus der Welt geschafft werden. Der Krieg, den Italien 1911 gegen die Türkei begonnen hatte, schien diese hinlänglich geschwächt zu haben, daß man das Spiel wagen konnte. Im Oktober 1912 schlugen die Balkanstaaten los.

Die Großmächte sehen die neue Gefährdung des Weltfriedens, die der Brand auf dem Balkan mit sich bringt, wissen aber zunächst nichts anderes zu fordern als die Aufrechterhaltung des Status quo. Doch die Balkanstaaten siegen erstaunlich schnell, und vor dieser Tatsache beugen sich die Diplomaten. Sie erkennen die neue Formel der Balkanstaaten an: der Balkan den Balkanvölkern. Diese Formel sichert den Frieden jedoch nur dann, wenn sie nicht als Aufforderung gedacht ist, sondern als Zugeständnis; nicht als Aufforderung, daß jedes Balkanvolk nun seinen nationalen Staat begründen solle, sondern als Zugeständnis, daß die Diplomatie Europas sich in die Neuordnung auf dem Balkan nicht einmischen, sie ganz den Balkanvölkern überlassen wolle. Also als Zusage der Nichtintervention.

So wurde jedoch die Formel nicht allgemein aufgefaßt. Weder Österreich noch Italien verstanden sich zu dieser Auslegung. Hasbagen stellt Österreichs damalige Haltung in folgender Weise dar:

Poincaré stellt das Ansinnen, daß gegenüber der weiteren Entwicklung der Balkanangelegenheit alle Mächte ihre völlige Uninteressiertheit erklären. Aber Graf Berchtold (der Fortsetzer der Politik des kurz vorher verstorbenen Lehrenthal) geht nicht in das aufgestellte Netz, sondern er zerreißt es. Mitten in einer Periode allgemeiner Versöhnungspolitik erinnert sich Österreich seiner Pflicht gegen sich selbst. Berchtold steht nicht an, im Gegensatz zu der Poincaréschen Formel der Uninteressiertheit das Interesse Österreich-Ungarns an der weiteren Entwicklung der Balkanangelegenheit scharf zu betonen. Das geschieht in einer Note an Deutschland vom 30. Oktober und in einer Rede über die »legitimen Interessen« Österreich-Ungarns vor den Delegationen am 5. November. Außerdem verlangt Berchtold in der Note an Deutschland schon »Befriedigung berechtigter Wünsche Rumäniens« und die Fernhaltung Serbiens von der Adria... Seit dem 12. November entwickelt sich mit der Affäre des von den Serben vergewaltigten österreichisch-ungarischen Konsuls Prochaska ein weiterer peinlicher außerserbischer Streitsfall. (Anrisse der Weltpolitik, II, S. 112, 113.)

Die Tatsachen sind hier richtig wiedergegeben, die Beleuchtung allerdings spezifisch Hasbagenisch. So die Auffassung, die »allgemeine Versöhnungspolitik« und die Bekundung der Uninteressiertheit auf dem Balkan hätten ein »Netz« gebildet, das Österreich zu zerreißen verpflichtet war. Und die Affäre Prochaska bildete allerdings einen sehr »peinlichen außerserbischen Streitsfall«, der aber am peinlichsten wurde dadurch, daß sich hinterdrein der angeblich von den Serben »schwer verstümmelte« Konsul völlig gesund und munter in Österreich einfand und die über ihn erzählten Räuber-geschichten sich als bloße Erfindungen herausstellten.

Daß diese Affäre das Verhältnis zwischen Serbien und Österreich nicht verbesserte, stimmt. Doch weit wichtiger war es, daß Österreich sich dem Begehren Serbiens widersetzte, einen Hafen an der Adria, also Zugang zum Westmeer zu erlangen, was für die serbische Volkswirtschaft mehr als je eine Lebensfrage geworden war. Hier drohte Europa abermals die Gefahr des Weltkriegs — wie nach der Annexion Bosniens.

Hören wir darüber wieder Hasbagen:

Die folgenden Ereignisse zeigen jedoch, daß Österreich-Ungarn trotz der mächtigen Einwirkung Deutschlands und trotz einer bulgarischen Vermittlungsaktion vom 11. November auf dem einmal eingenommenen Standpunkt verbarrt. Gewiß hätte es die Serben an die Adria herankommen und damit den Dreiverband und besonders Rußland befriedigen können. Es hätte dann die damalige Hochspannung, die leicht in den Krieg hätte auslaufen können, durch Nachgiebigkeit aus dem Wege geräumt. Aber da es Serbien und Rußland kennt, läßt es jetzt nicht mehr mit sich paktieren, teilt vielmehr seit Mitte des Monats militärische Vorbereitungen.

Als einzigen Grund für diese Haltung Österreichs führt Hasbagen die Tatsache an, daß es »Serbien und Rußland kennt«. Nicht ganz klar ist es, was er mit dem Satze besagen will: Österreich läßt »nicht mehr« mit sich paktieren. Er teilt nirgends mit, daß es vorher geneigt gewesen wäre, in der Adriafrage mit sich paktieren zu lassen.

Rußland und Serbien geben nach. Auch die Völkerverkonferenz der Großmächte, die seit dem 17. Dezember in London tagt, um eine Verständigung herbeizuführen, akzeptiert Österreichs Forderungen: Fernhaltung Serbiens von der Adria, Serbien und Belgien.

biens von der Adria und die Schaffung eines unabhängigen albanischen Nationalstaats.

Doch noch einmal droht die Gefahr des Weltkriegs. Der Kampf der Balkanmächte gegen die Türken geht während dieser Unterhandlungen weiter, wohl ziehen sich die Serben von der Adria zurück, aber die Montenegriener dringen gegen Skutari vor, das sie für sich verlangen.

Österreich wendet sich nun gegen Montenegro, Rußland tritt für seinen alten Schützling ein, beide Staaten mobilisieren, doch abermals weicht Rußland zurück, und schließlich, im Mai, unterwirft sich auch Montenegro der Kriegsdrohung Österreichs und räumt Skutari.

So kommt Europa noch einmal mit knapper Not um den Weltkrieg herum. Österreich siegt auf der ganzen Linie, und mit ihm Italien, das ihm in dieser Krise zur Seite stand.

Beide fanden sich in der Forderung des albanesischen Nationalstaats. Der Nationalitätenstaat Österreich trat da merkwürdigerweise als Verfechter der Idee des Nationalstaats auf. Unglücklicherweise in einem Falle, in dem die historischen Bedingungen des Nationalstaats fast gänzlich fehlen.

Auf der Grundlage der Gentilgesellschaft, ohne entwickelten Verkehr, ohne einigende Schriftsprache, ohne alle Organe der Staatseinheit läßt sich ein Nationalstaat, läßt sich überhaupt ein moderner Staat nicht schaffen.

Man darf sich fragen, ob die albanesische Nation sich erhalten wird, ob sie nicht zu jenen »Völkerabfällen« gehört, von denen Marx-Engels 1849 schrieben, deren Sprachen zum Aussterben bestimmt sind, ebenso wie die auf gleicher Kulturstufe mit den heutigen Albanesen stehenden Gälten Hochschottlands oder die Basken und Bretonen. (In einem Artikel über »Die Wiederherstellung Serbiens« in Nr. 50 der »Glocke«, 2. Jahrgang, 2. Band, bezeichnet Wendel die Albanesen bereits als »Völkerabfälle« im Sinne der »Neuen Rheinischen Zeitung« von 1849.)

Das Eindringen moderner Produktionsverhältnisse, die Entwicklung des Verkehrs, die Verbreitung des Lesens und Schreibens könnte die Albanesen zu einer modernen Nationalität erheben, aber als Folge jener Faktoren dürfte der Gebrauch der einheimischen Sprache eher durch die Schriftsprachen der höherstehenden Nachbarvölker zurückgedrängt als die albanesische Sprache zu einer Kultursprache erhoben werden. Das Völkchen der Albanesen ist ja klein, dürfte eine Million nicht viel übersteigen — eine Statistik gibt es bei ihnen noch nicht. Ein großer Teil von ihnen spricht heute schon fremde Sprachen, die Albanesen im Süden Griechisch, im Nordosten Serbisch, an der Küste vielfach Italienisch.

Wie immer sich die Zukunft der Albanesen gestalten mag, in der Gegenwart sind sie unfähig, einen Nationalstaat oder überhaupt einen selbständigen modernen Staat zu bilden. Das hat die spätere Pöffe des albanesischen Fürstentums deutlich genug bewiesen.

Damit ist jedoch nicht gesagt, daß man die Albanesen einer Fremdherrschaft unterwerfen müsse. Ihre trotzigsten Bergstämme haben ein glühendes Freiheitsbedürfnis, sie werden jeden Versuch mit aller Kraft abwehren, ihnen eine Herrschaft aufzubürden, sei es die eines Fremden oder eines Einheimischen. Und es ist ein Vorurteil unserer Zeit, als könne ein Gemeinwesen nur in der Form eines modernen Staates mit einer Zentralgewalt, Bureauekratie, einer stehenden Armee oder doch zum mindesten einem Gendarmerie-

korps bestehen. Man überlasse die streitbaren Albanesen sich selbst, sichere sich vor ihren Räubereien und stelle das Weitere den Wirkungen des Verkehrs anheim, der sicher und unaufhaltsam zu ihnen vordringt.

Auch hier kann man die Formel gebrauchen: den Balkan den Balkanvölkern. Auch hier ist jede auswärtige Intervention vom Übel — wenn man bei der Gestaltung des albanesischen Gemeinwesens nur das Wohl der Albanesen selbst im Auge hat.

Darum handelte es sich jedoch zur Zeit des ersten Balkankriegs gar nicht. Serbien wollte albanesisches Gebiet an sich ziehen, um einen Ausgang zum Meere zu gewinnen; Österreich und Italien wollten beide vereint Serbien daran hindern — nur in diesem negativen Ziel einig. Albanien sollte nach ihrem Willen ungeschmälert bleiben, weder Serbien noch Montenegro oder Griechenland sollten ein Stück davon bekommen, damit die volle Erbschaft dem späteren glücklichen Erben zufalle.

Serbien sah sich um sein wichtigstes Kriegsziel betrogen, dasjenige, durch dessen Erreichung es ökonomisch von Österreich unabhängig geworden wäre und sich frei hätte entfalten können. Daß seine gesamte Bevölkerung über diese Enttäuschung von größtem Ingrimm erfaßt wurde, ist begreiflich. Aber die Art und Weise, in der sich Serbien nun auf Kosten Bulgariens schadlos zu halten suchte, kommt nicht auf das Konto seiner gesamten Bevölkerung, sondern bloß seiner herrschenden Klassen.

Die Vereinigung aller Serben in einem Staatswesen und dessen Vordringen ans Meer waren zwei Ziele, die im Einklang standen mit den Bedürfnissen der Gesamtbevölkerung, und die auch vereinbar waren mit den Grundsätzen der Demokratie, ja der Internationalität. Dagegen eine gewaltsame Ausdehnung Serbiens über von Serben bewohntes Gebiet hinaus, das Bulgarien zugefallen war, bedeutete reine Machtpolitik, stand im Widerspruch zur Demokratie und lag einzig im Interesse der Beherrscher und Ausbeuter Serbiens.

In dieser Weise aber suchte Serbien seine »Revanche«. Was es an der Adria verloren, wollte es in Mazedonien gewinnen. Ebenso dachte Griechenland, das vor Italien aus dem südlichen Albanien hatte zurückweichen müssen. Griechenland wie Serbien verlangten von Bulgarien Kompensationen. Und zu ihnen gesellte sich nun Rumänien.

Bulgarien lehnte jede Konzession ab, lehnte es auch ab, den russischen Zaren als Schiedsrichter fungieren zu lassen, wie im Bündnisvertrag bei Streiffällen der Verbündeten vorgesehen war, und so kam es zum zweiten Balkankrieg, dessen Feindseligkeiten begannen, kaum daß der erste zu Ende gegangen war. Am 30. Mai 1913 wurde der Präliminarfriede in London unterzeichnet, und bereits entspannen sich Konflikte zwischen griechischen und bulgarischen Truppen. Am 24. Juni kündigt Serbien den Vertrag mit Bulgarien, am 29. greift ein bulgarisches Heer das serbische an, am 11. Juli beginnen die Rumänen den Krieg, und schließlich erheben sich auch die Türken wieder gegen Bulgarien. Der Überzahl erliegt es rasch. Schon am 30. Juli beginnt die Friedenskonferenz in Bukarest, und am 10. August wird dort Frieden geschlossen.

Wie schnell zog damals noch die Wetterwolke des Krieges vorüber!

Es waren harte Bedingungen, zu denen Bulgarien sich verstehen mußte. Ein Friede der Vergewaltigung, nicht der Verständigung war es, der

Bulgarien auferlegt wurde. Ein Friede, der keine Dauer versprach, der Bulgarien zum unversöhnlichen Feind Serbiens machte, das schon gerade genug mit der Feindschaft Österreichs zu tun hatte. Das sollte sich noch bitter rächen. Serbiens damalige Versündigung gegen den heiligen Geist der Demokratie erwies sich auch realpolitisch als einer jener Fehler, die schlimmer sind als ein Verbrechen.

Zunächst jedoch atmete alle Welt erleichtert auf, daß der Krieg zu Ende gekommen war, ohne größeres Unheil angerichtet zu haben. Alle Welt, mit einer Ausnahme.

Haschagen deutet das mit den geheimnisvollen Worten an:

Die in Aussicht genommene Revision (des Bukarester Friedens) kommt jedoch nicht zustande.

Es war Österreich, das den Friedensvertrag verwarf, weil er Serbien zu sehr begünstigte. Aber sein Protest fand diesmal bei seinen Bundesgenossen keine Unterstützung, weder bei Italien noch bei Deutschland.

13. Das Attentat von Serajewo und das österreichische Ultimatum.

Die Entrüstung über die auf dem Balkan neugeschaffene Situation hielt in den regierenden Kreisen Österreichs an. Serbien hatte seine Grenze bis an die Montenegros vorgeschoben. Beide Staaten bildeten jetzt zusammen eine Barriere, die den Weg nach Saloniki von Bosnien aus verschloß. Diese Situation schien unerträglich zu sein. Daher jener Vorgang, über den Haschagen in folgender Weise Mitteilung macht:

Giolitti hat am 5. Dezember 1914 ein Schreiben San Giulianos an ihn, Giolitti, vom 9. August 1913 mitgeteilt, wonach Österreich-Ungarn seine beiden Bundesgenossen damals vergebens um die Genehmigung einer vorbeugenden Defensivaktion gegen Serbien ersucht hat.

Italien lehnte ab, weil es der »vorbeugenden« Aktion den Charakter der »Defensivaktion« absprach.

Die Reibungen zwischen Österreich und Serbien aber nahmen ihren Fortgang und ebenso die inneren Konflikte in Kroatien und Bosnien. Welchen Höhegrad diese erreichten, bewies die Serie von Attentaten, von denen wir schon berichteten.

Ein Zeichen der tiefgehenden Erregung der leitenden Kreise Österreichs waren die ununterbrochenen Verstärkungen der Armee. Ihre Friedensstärke wurde 1912 von 418 000 auf 516 000 Mann gesteigert, 1913 dann weiter auf 585 000 Mann. Das Marinebudget betrug 1910 84 Millionen Kronen, 1912 bereits 180 Millionen. (Nach den Angaben Leuthners auf dem Wiener Parteitag 1913, Protokoll, S. 199, 201.)

In dieser Atmosphäre erstand der Plan, große Manöver unter dem Thronfolger in Bosnien abzuhalten. Man erhoffte dadurch wohl das Großserbentum zu deprimieren, die loyalen Elemente zu ermuntern. In Wirklichkeit trat ein, was bei einer ähnlichen Gelegenheit 1882 in Triest eingetreten war: ein Attentat auf die Persönlichkeit, die als Verkörperung der österreichischen Politik galt. Aber das Attentat Oberdanks war vereitelt worden, die Tat Principis und Gabrinowitschs gelang nur zu gut.

Und Oberdanks Versuch fiel in eine Periode relativer Ruhe in Österreich, der Mord von Serajewo in eine Zeit stieberhafter Erregtheit. Der Funke, den Oberdank ausblitzen ließ, zündete nicht, er wurde leicht ausgetreten. Der Funke von Serajewo fiel in ein Pulverfaß und brachte den Erdball zur Explosion.

Der Vergleich mit dem Fall Oberdank zeigt, daß diese Wirkung nicht eine notwendige Folge des Attentats überhaupt war, sondern eine Folge der historischen Situation, in der es sich ereignete.

Die Verhandlungen mit Serbien, die auf das Attentat folgten, wurden zum Teil von dem Grafen Forgach geführt, den wir schon als österreichischen Gesandten in Belgrad kennengelernt haben und der es seitdem zum Sektionschef im Ministerium des Außern in Wien gebracht hatte. Wenn der serbische Gesandte in Wien richtig informiert wurde, war Forgach der Verfasser der Anklage gegen Serbien und des Ultimatus, aus dem der Krieg hervorging.

Der Gesandte J. M. Jowanowitsch berichtet an Paschitsch, nachdem er Wien schon verlassen hatte, am 16. August 1914, daß der österreichische Minister des Außern, Graf Berchtold, in den Verhandlungen über die serbische Frage zeitweilig durch den Grafen Forgach vertreten wurde. Es heißt dort:

Der russische Botschafter, der in Abwesenheit des Grafen Berchtold mehrmals mit dem Grafen Forgach über diese Frage sprach, konnte die wahre Bedeutung der österreichisch-ungarischen Absichten nicht herausfinden.

Anderen Gesandten sei es ebenso gegangen, doch habe man sie annehmen lassen, der zu erwartende Schrift Österreichs in Belgrad werde einen veröhnlichen Charakter tragen.

Trotz alledem wurde bekannt, daß im Ministerium des Außern an einer Note gearbeitet werde, in der die Anklagen gegen Serbien und die Forderungen Österreich-Ungarns niedergelegt werden sollten. Diese Arbeit war dem Grafen Forgach, ebemaligem österreichisch-ungarischen Gesandten in Belgrad, anvertraut. Es herrschte allgemein die Überzeugung, daß über diese Frage von allen fremden Vertretern nur der deutsche Botschafter Herr v. Tschirschky auf dem laufenden erhalten wurde, und ich habe Grund zu der Annahme, daß er an der Note auch mitarbeitete. Wegen dieser beiden Faktoren stimmten die Vertreter der uns wohlgeneigten Mächte meiner Auffassung bei, daß diese Note sehr schwere Bedingungen für Serbien, nicht aber, daß sie solche Forderungen enthalten würde, die nicht annehmbar seien. (Serbisches Blaubuch zur Vorgeschichte des Krieges, deutsche Ausgabe, herausgegeben vom Auswärtigen Amt, Nr. 52.)

Die »Militärische Rundschau« in Wien schrieb damals:

Der Augenblick ist uns noch günstig. Wenn wir uns jetzt nicht für den Krieg entscheiden, wird der Krieg, den wir in spätestens zwei oder drei Jahren führen müssen, unter viel weniger günstigen Umständen begonnen werden. Gegenwärtig liegt die Initiative in unserer Hand; Rußland ist nicht bereit; die moralischen Faktoren und das gute Recht sind auf unserer Seite, ebenso die Kraft. Da wir doch eines Tages den Kampf werden annehmen müssen, so wollen wir ihn sogleich herbeiführen. Unser Ansehen, unsere Großmachstellung, unsere Ehre stehen auf dem Spiel. Ja noch mehr, denn wahrscheinlich würde es sich um unsere Existenz, um Sein oder Nichtsein handeln. (Zitiert in dem Bericht des französischen Botschafters in Wien vom 15. Juli 1914, französisches Gelbbuch zur Vorgeschichte des Krieges, deutsche Ausgabe, herausgegeben vom Auswärtigen Amt, Nr. 12.)

Nach weiteren Mitteilungen desselben Gelbbuchs wurde diese Auffassung allerdings nicht allgemein in Österreich geteilt. So heißt es dort unter Nr. 14 (20. Juli 1914):

Hier (in Wien) sowohl wie in Berlin gibt es gewisse Kreise, die sich mit dem Gedanken eines großen Konflikts befreundet haben, mit anderen Worten also mit einem Weltbrand. Der leitende Gedanke ist allem Anschein nach der, daß man loschlagen müsse, bevor Rußland mit der Vervollkommnung seiner Heereseinrichtungen und dem Ausbau seiner Eisenbahnen fertig sei und bevor Frankreich seine militärische Organisation durchgeführt habe. Aber hier besteht in den höheren Kreisen keine einheitliche Meinung darüber. Graf Berchtold und die Diplomaten möchten sich auf eine Operation gegen Serbien beschränken.

In der Tat behauptete auch die österreichische Regierung damals, ihr Konflikt mit Serbien sei eine rein lokale Angelegenheit, die die Welt nichts angehe.

Es würde den Rahmen der vorliegenden Darstellung überschreiten, zu schildern, wie trotzdem der Brand, der nach dem Wiener Programm nur ein lokales Feuerchen zu bleiben hatte, rasch lichterloh aufflammte und schließlich die ganze Welt in Flammen setzte.

14. Die Einigung der serbischen Nation.

Nachdem wir den österreichisch-serbischen Gegensatz in der Vergangenheit kennengelernt, kommen wir zur wichtigsten, entscheidenden Frage: Was nun? Wie den Konflikt lösen, der aus dem Zusammenstoß zwischen österreichischem Imperialismus und serbischem Nationalismus entstanden war? Wie ihn lösen auf dem Wege der Verständigung, in einer Weise, die den sofortigen Friedensschluß ermöglicht und doch einen dauernden Frieden sichert?

Und vor allem: ist eine solche Lösung innerhalb der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung überhaupt erreichbar? Man muß sich von dem Köhlerglauben befreien, als sei es möglich, innerhalb dieser Ordnung alle auftauchenden Fragen befriedigend zu lösen, als bedürfe es dazu nur des nötigen Scharfsinns. Wenn dem so wäre, würde der Sozialismus, das heißt die Überwindung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung überflüssig. Wir sind Sozialisten gerade deshalb, weil wir die wichtigsten Fragen des heutigen politischen und gesellschaftlichen Lebens im Rahmen dieser Ordnung nicht für lösbar halten.

Augenblicklich werden wir schon zufrieden sein müssen, wenn es gelingt, eine Lösung zu finden, die den baldigen Frieden herbeiführt, ohne Verschlechterung des Zustandes vor dem Kriege, in einer Weise, die nicht einen sofortigen Antrieß zu einem neuen Kriege hinterläßt und die den beteiligten Völkern die Freiheit politischer und sozialer Weiterentwicklung über die bestehende Ordnung hinaus bietet. Nur von dieser Entwicklung erwarten wir methodischen, allseitigen, wirklichen Fortschritt. Von der Revolution und nicht vom Kriege.

Aber daraus, daß wir nicht erwarten, schon innerhalb der heutigen Gesellschaft alle unsere Forderungen durchzusetzen, folgt natürlich nicht, daß wir unsere Forderungen nicht jetzt schon zu formulieren haben. Wir müssen das tun, zu praktischen Zwecken, um heute schon so viel davon durchzusetzen, als die bestehenden Machtverhältnisse gestatten, und um unsere praktische

Arbeit zu einer einheitlichen und zielbewußten zu gestalten; dann aber auch zu propagandistischen Zwecken, um der noch nicht für uns gewonnenen Masse der arbeitenden Klassen in greifbarer Weise zu zeigen, wie wir die heutigen Schwierigkeiten beseitigen würden, wenn wir die Macht dazu hätten; um auf diese Weise die Masse und die Macht, die in der Masse liegt, für unsere Ideen zu gewinnen.

Die kießtgehende Triebkraft im serbischen Konflikt ist das Streben des serbischen Volkes nach nationaler Einigung, ein Streben, das auf einer gewissen Kulturstufe, wie wir gesehen haben, mit derselben Notwendigkeit entspringt wie das nach moderner Demokratie. Es bildet im Grunde nur eine der Formen des Strebens nach Demokratie und ist, soweit es damit zusammenhängt, von der internationalen Demokratie zu fördern. Das nationale Streben des serbischen Volkes ist in seinem Wesen nicht verschieden von dem, das seit dem Beginn des neunzehnten Jahrhunderts das deutsche und italienische Volk bewegte, einem Streben, an dem unsere Vorkämpfer, die Marx und Engels, Lassalle, Liebknecht, Bebel mit vollem Herzen Anteil nahmen. Das deutsche Volk hat seit 1866 und 1870 eine wenn auch unvollkommene Lösung dieses Problems erreicht. Die Serben werden von ihm noch völlig beherrscht.

Die klassischste Form, das nationale Sehnen zu befriedigen, bietet der Nationalstaat. Es gibt keine natürlichen Hindernisse, die es erschweren würden, die Völker serbischer Zunge — inbegriffen die ihnen sprachverwandten Slowenen — in einem besonderen Gemeinwesen zu vereinigen. Der Kern ihrer Nation bildet ein geschlossenes Sprachgebiet, das auch ein Verkehrsgebiet darstellen kann, mit gutem Zugang zum Meer, reichlicher Küstenentwicklung. Auch die historischen Trennungslinien zwischen einzelnen Regionen des Sprachgebiets bilden kein Hindernis mehr. Das größte, das der Religion, ist in seiner Bedeutung in raschem Schwinden begriffen, wenn es auch noch stark genug ist, manche Unbequemlichkeiten nach sich zu ziehen, zum Beispiel in Verschiedenheiten des Kalenders, der Schrift usw., die aber zu beseitigen sind.

Wie überall auf dem Balkan oder richtiger gesagt überall dort, wo eine moderne Nation erst im Werden ist, sind die Sprachgrenzen nicht genau zu ziehen. An der Peripherie sind die Sprachgebiete noch stark durcheinandergemischt, es wohnen Serben im Osten und Süden nicht bloß mit Bulgaren zusammen, sondern auch mit Albanesen, Griechen, Rumänen, Türken, im Norden mit Ungarn und Deutschen, im Westen mit Italienern. Aber das beweist nicht, daß eine bestimmte Grenze für den Nationalstaat nicht zu ziehen wäre, sondern nur, daß sie nicht von vornherein auf Grund der Sprachkarte feststeht. Ist das Prinzip einmal angenommen, dann muß, wie das Marx-Engels 1848 schon für Polen verlangten, die Ziehung der Grenze im einzelnen der Verständigung der dabei in Frage kommenden Bevölkerungen überlassen werden, die nicht immer bloß nach sprachlichen Rücksichten, sondern auch nach Bedürfnissen des Verkehrs, nach historischen Überlieferungen und anderen Faktoren urteilen werden. Dabei hätte in allen zweifelhaften Fällen das letzte Wort die Demokratie zu sprechen, die Mehrheit der Bevölkerung des strittigen Gebiets. Es darf über sie nicht ohne ihr Zutun, nicht auf Grundlage des Rechtes der Eroberung, des Rechtes des militärisch Stärkeren verfügt werden.

Der serbische Nationalstaat würde etwa 10 bis 11 Millionen Einwohner umfassen. Daß die Slowenen in ihn einbezogen werden, schüße allerdings für die Völker Österreichs einen schweren Nachteil — sie verlören vollständig den Zugang zum Meere. Die verzweifelte Situation, in der sie bisher Serbien erhielten, würde dann die ihre werden.

Doch brauchen wir uns bei dieser Schwierigkeit nicht weiter aufzuhalten, da nicht die geringste Wahrscheinlichkeit besteht, daß der serbische Gesamtstaat ein Ergebnis des jetzigen Krieges sein wird. Er wäre nur durchzusetzen durch völlige Niederwerfung der österreichischen Monarchie. Das bloße Streben danach würde den Krieg in einer Weise verlängern, die ganz Europa völlig ruinieren müßte. Kein Volk würde dabei mehr leiden als das serbische selbst.

Nun wäre noch ein zweiter Weg denkbar, die serbische Nation zu einigen. Er würde das gerade Gegenteil der Begründung eines serbischen Nationalstaats bilden. Dieser Staat wäre nur zu erreichen durch Losreißung sämtlicher südslawischen Gebiete von Österreich. Man könnte aber auch versuchen, die Serben zu vereinigen innerhalb Österreichs; statt sieben Millionen Südslawen vom Großstaat abzureißen, was eine verzweifelte Operation wäre, könnte man die Kleinstaaten Serbien und Montenegro der Monarchie einverleiben.

Diese Lösung lag in der Richtung der Entwicklung des Kaiserstaats. Wir haben gesehen, daß er im achtzehnten Jahrhundert bereits vorübergehend Serbien annektiert hatte, daß dann die aufständischen Serben im Beginn des neunzehnten Jahrhunderts Österreich hielten, es möge sich ihrer annehmen und sie annektieren. Österreich war damals in Deutschland und Italien zu beschäftigt und zu sehr feind jeder Revolution, als daß es Interesse, Kraft und Mut dazu gewonnen hätte.

Jetzt, nachdem die Bevölkerung des Königreichs Serbien selbst ihre Freiheit in zahlreichen blutigen Kämpfen eines Jahrhunderts erstritten und befestigt hat, und nach all der furchtbaren Erbitterung, die die letzten Jahrzehnte vor dem Krieg und dieser selbst in ihr angehäuft haben müssen, wird sie nicht mehr so begierig wünschen, unter das Zepter Österreichs zu kommen. Und doch ist es nicht ausgeschlossen, daß gerade die unsäglichen Leiden des Krieges die Serben für die Idee eines Anschlusses an Österreich geneigter gemacht haben. Ob sie von einem Karageorgewitsch oder einem Habsburger beherrscht werden, dürfte ihnen gleichgültig sein. Ökonomisch hätten sie eine enorme Verbesserung ihrer geographischen Situation zu erwarten. Sie bekämen sofortigen Zugang zum Meer und völlig zollfreien Zugang zu ihren nächsten und besten Kunden, den Industriegebieten Österreichs, von denen sie bisher gewaltsam abgeschnitten waren. Blieben ihnen ihre bisherigen politischen Rechte erhalten und würden sie dabei mit ihren Nationsgenossen, von denen sie bisher getrennt gewesen, in einem politischen Körper innerhalb eines Bundesstaats vereinigt, dann könnte ihr nationales Sehnen dabei zu seinem Rechte kommen.

Man sollte meinen, wenn die serbische Bevölkerung zustimmte, wäre das eine für beide Teile annehmbare Lösung des serbischen Problems. Abgesehen natürlich von der republikanischen, von der wir noch sprechen werden. Denn wie könnte eine Schwierigkeit von der anderen Seite kommen, von Österreich? Das scheint ausgeschlossen, und doch ist dem so. Die herrschenden Klassen

und Nationen Österreichs kämen durch die Annexion Serbiens in die größte Verlegenheit.

Da haben wir zunächst die Agrarier, vor allem in Ungarn. Jahrzehntelang waren sie aufs eifrigste bemüht, die Produkte der serbischen Landwirtschaft von Österreich fernzuhalten. Sie haben um dieses Zieles willen ihren Staat in schwere Konflikte und Gefahren gestürzt, und nun sollten sie plötzlich den völligen Verzicht auf dieses Ziel zu ihrem Kriegsziel machen? Solange die agrarischen Interessen in Österreich-Ungarn Trumpf sind, ist diese Lösung nicht zu erwarten.

Sie widerspricht aber auch den Bedürfnissen der Nationalisten in den Nationen, die bisher in der Monarchie die Führung hatten, der Deutschen wie der Ungarn. Mit Mühe behaupten sie sich gegenüber den anderen Nationen. In Eisleithanien kamen 1910 auf 10 Millionen Deutsche 18 Millionen Nichtdeutsche, darunter 17 Millionen Slawen. In Ungarn kamen auf 10 Millionen Magyaren 11 Millionen anderer Nationen, davon 6 Millionen Slawen, 3 Millionen Rumänen, 2 Millionen Deutsche. Je mehr die anderen Nationen sich ökonomisch und kulturell entwickeln, desto schwieriger wird es für Deutsche und Ungarn, ihr Übergewicht im Staate aufrechtzuhalten. Und da sollten sie wünschen, die Zahl der Slawen im Reiche noch zu vermehren?

Man erinnere sich der Haltung der Deutschen und eines großen Teiles der Ungarn in Österreich nach dem Berliner Kongreß 1878, der der Monarchie das Recht gab, Bosnien zu okkupieren und zu verwalten. Es war nicht einmal eine Einverleibung, sondern eine bloße Besetzung slawischen Bodens, die aus seinen Bewohnern nur Hörige, keine Wähler machte, und doch ängstigte sie die Deutschen aufs äußerste, während sie von den Slawen Österreichs freudig begrüßt wurde — denselben Slawen, die mit Serbien aufs lebhafteste sympathisierten, dessen Bevölkerung wieder, soweit sie überhaupt politisch dachte, die Okkupation aufs schärfste verurteilte.

Die eigenartigen Verhältnisse Österreichs erzeugen zu leicht derartige widerspruchsvolle Situationen.

Die Okkupation Bosniens war eine dringende Forderung des Kaisers gewesen. Dieser hatte sich persönlich für sie eingesetzt. Und die liberalen Deutschen — die »Verfassungspartei« — besaßen ihre politische Macht nur von der Krone Gnaden. Nicht nur waren die Deutschen an Zahl geringer als die Nichtdeutschen in Österreich, die Deutschen waren obendrein gespalten. Die klerikalen und feudalen Deutschen gingen mit den Slawen. Nur durch ein künstliches Wahlsystem und die Regierungsgunst behaupteten die liberalen Deutschen ihre politische Machtstellung. Troßdem war diesmal bei den meisten unter ihnen ihre nationale Furcht vor der Vermehrung der Slawen im Reiche stärker als ihre Angst vor der kaiserlichen Ungnade. Über dieser Frage spaltete sich die Verfassungspartei. Bei der entscheidenden Abstimmung des Abgeordnetenhauses über den Berliner Vertrag am 27. Januar 1879 wurde er mit 154 Stimmen gegen 112 genehmigt. Für ihn hatten die deutschen Feudalklerikalen und die Slawen gestimmt sowie 42 Deutschliberale, die dem Grundsatz huldigten, den Charnak predigt:

Die Größe des Politikers besteht nicht in der Starrheit, sondern im richtigen Maß von Schmiegsamkeit, und so hätte die liberale Partei sich mit dem Fakt accompli abfinden müssen. (Deutschösterreichische Politik, S. 302.)

Jüngst hat diese Vorgänge wieder erzählt Eduard Sueß, der Führer jener 42 »schmiegsamen« Liberalen, in seinen »Erinnerungen« (S. 287 ff.).

Unter den 112 Abgeordneten, die gegen die Okkupation gestimmt hatten, waren 110 Deutschliberale, geführt von Herbst, der sich damals in einem großen Rededuell mit Sueß maß.

Jene Abstimmung wurde zur Katastrophe der Verfassungspartei, die von da an die Gunst der Krone verlor, aufhörte, regierende Partei zu sein, und dem Regime Taaffe Platz machte. Daher das Bismarcksche Witzwort von den »Herbstzeitlosen«.

Erregte schon die bloße Okkupation Bosniens solchen Widerstand, dann darf man wohl erwarten, daß die Aufnahme neuer 5 Millionen Serben in den Reichsverband noch größeren Schwierigkeiten begegnen würde. Diese 5 Millionen sind zum größten Teil seit Jahrzehnten an ein selbständiges, demokratisches politisches Leben gewöhnt. Sie zu den Bosniern, Kroaten, Dalmatinern und Slowenen hinzugesellt, müßten der Sache der Südslawen in der Monarchie eine unwiderstehliche Stoßkraft verleihen. Der Dualismus würde unhaltbar, und möchte nun an seine Stelle der Trialismus oder ein föderativer Bund der Nationen Österreichs überhaupt treten, Österreich würde zu einem slawischen Staat. Den 12 Millionen Deutschen und 10 Millionen Ungarn ständen dann 30 Millionen Slawen gegenüber. Es ist nicht zu erwarten, daß die führenden Elemente jener beiden Nationen sich für diese Lösung begeistern werden.

Die beiden radikalsten Lösungen des serbischen Problems haben also keine Aussicht, am Ende dieses Krieges zur Verwirklichung zu kommen, es sei denn, daß Österreich eine grundstürzende innere Wandlung durchmacht.

15. Die Wiederherstellung Serbiens.

Zwei andere Lösungen, die vorgeschlagen wurden, scheinen »realpolitisch« leichter erreichbar zu sein, sie fordern aber unseren stärksten Widerspruch heraus.

Die eine wäre die Aufteilung Serbiens zwischen Österreich und Bulgarien, die andere die Wiederherstellung Serbiens, aber nicht als selbständiges Gemeinwesen, sondern als Vasallenstaat Österreichs, an dieses durch eine Militär- und Eisenbahnkonvention und ähnliche Abmachungen gefesselt.

Diese Lösungen sollen rein imperialistischen Zwecken dienen, die Barriere aus dem Wege räumen, die ein selbständiges Serbien dem Vormarsch nach Saloniki oder der strategischen Verbindung Berlin-Bagdad entgegenstellt. Bulgarien soll direkt an Österreich grenzen, nichts die Verbündeten trennen.

Natürlich wäre auch damit keine materielle Garantie für die Imperialisten Österreichs und Deutschlands gegeben, denn die Bündnispolitik eines selbständigen Bulgariens und einer selbständigen Türkei kann wechseln. Sicher aber wäre eines: die wildeste Empörung der Serben aller Klassen und aller Gebiete gegen diese Erwürgung ihrer Nation und ihrer Freiheit. Österreich wie Bulgarien gewannen damit zehn Millionen geschworene Feinde, die stets bereit wären, jede Verlegenheit eines dieser beiden Staaten zu benutzen, um seine Feinde zu unterstützen. Mehr als je würde dadurch der Balkan zu einem Herd ständiger Unruhe und Empörung, der Zustand ver-

schlimmert und noch unerträglicher gemacht, der bis zum Kriege bestand und seinen Ausbruch herbeiführte.

Sicher gibt es kein Kriegsziel, dessen Erreichung den ewigen Frieden sichert. Hier aber hätten wir eines, dessen Erreichung im Friedensschluß den baldigen Wiederausbruch des Krieges unvermeidlich machte.

Es bedarf keiner näheren Darlegung, um zu zeigen, daß für einen internationalen Sozialdemokraten die beiden Lösungen von vornherein unannehmbar sind, da sie im vollsten Widerspruch zu aller Demokratie und Internationalität, zu dem Grundsatz der Selbstbestimmung der Nationen stehen. Aberdies würde das bloße Anstreben dieser Lösungen nicht minder wie das der beiden früher erörterten radikalen eine ungeheure Verlängerung des Krieges bedeuten.

So bleibt nichts anderes übrig als die Rückkehr zu dem Ausgangspunkt des Krieges, Wiederherstellung Serbiens als völlig freier Staat. Wenn Österreich den Krieg an Serbien erklärte, bloß zu dem Zwecke, es mit einer Strafexpedition heimzusuchen, so hat es ihn vollauf erreicht. Nur ist leider daraus eine Strafexpedition für ganz Europa, ja fast für die ganze Welt geworden.

Nimmt man zum Ausgangspunkt der Friedensverhandlungen für Serbien den Status quo, so müßte man doch dabei trachten, diesem die schlimmsten Reibungsflächen zu nehmen, die ihn vor dem Kriege so unerträglich und gefährlich machten: den Gegensatz zu Bulgarien, die Abschließung vom Meer, die unbefriedigende Stellung der Serben in Österreich.

Wir haben Serbiens Sündenfall gegenüber Bulgarien im Balkankrieg schon kennengelernt. Nachdem sich die beiden untereinander und mit Griechenland über die Teilung Mazedoniens verständigt, wurde Bulgarien von seinen Verbündeten daraus verdrängt. Wollte man Serbien mit seinem damals gewonnenen mazedonischen Besitz wiederherstellen, so bedeutete das eine Verlängerung der Feindschaft zwischen Serbien und Bulgarien, eine Vergewaltigung des letzteren. Es dürfte am zweckmäßigsten sein, bei Festsetzung der mazedonischen Grenze von der Verständigung auszugehen, zu der die beiden während des ersten Balkankrieges gelangt waren.

Sich dabei streng an die Sprachgrenze halten zu wollen, wäre verfehlt, da diese, wie schon bemerkt, nicht deutlich festzustellen ist. Wichtig aber ist es, den Zankapfel zwischen beiden Staaten aus dem Wege zu schaffen, ihre Verständigung zu ermöglichen, und das geschieht wohl am besten, wenn man auf die Abmachung von 1912 zurückgreift, die ein Produkt der Verständigung beider Teile war.

Hinsichtlich wurde sie durch den Einspruch, den Österreich gegen Serbiens Zugang zur Adria im Namen der albanesischen Freiheit erhob. Nun ist ein selbständiger albanesischer Nationalstaat, wie wir gesehen haben, nicht lebensfähig. Eine Berücksichtigung der Sprache und der Freiheiten der Albanesen wäre auch im Rahmen des serbischen Staates möglich und geboten, nicht nur im Namen der Demokratie, sondern auch durch das Interesse Serbiens selbst. So wenig ein Volk auf der Kulturstufe der Albanesen imstande ist, einen modernen Nationalstaat zu bilden, so kraftvoll ist es in der Verteidigung seiner alten Freiheit. Die Vasken haben sie lange erfolgreich gegen ganz Spanien, die schottischen Hochländer gegen die Briten verteidigt. Ein jeder Versuch, die Albanesen zu vergewaltigen, würde die Serben teuer zu stehen kommen.

Die albanesische Frage ist das schwierigste der Balkanprobleme. Aus Albanien einen modernen selbständigen Staat zu machen, ist zurzeit unmöglich, die Albanesen einem anderen Staatswesen gewaltsam einzuverleiben, wäre eine für alle Beteiligten höchst verlustreiche und degradierende Operation.

Sollte sich kein Modus finden, den Serben den Zugang zur Adria durch albanesisches Gebiet unter Schonung albanesischer Eigenart und Freiheit zu ermöglichen, dann bliebe noch der Ausweg, Montenegro, das einen Meereshafen besitzt, Antivari, mit Serbien zu einem Gemeinwesen zu verschmelzen. Die beiden Staaten grenzen seit dem Balkankrieg von 1912 aneinander, sind beide von Serben bewohnt. Ihre Vereinigung würde einen großen Fortschritt bedeuten und wahrscheinlich von der Bevölkerung hier wie dort mit Freuden begrüßt werden.

Dem Bau der schon 1908 geplanten Donau-Adria-Bahn stünde dann nichts mehr im Wege. Serbien bekäme die Freiheit seiner ökonomischen Entwicklung, der quälendste und von jedem Bauern des Landes tief empfundene Antrieb des Gegensatzes gegen Österreich wäre aus dem Wege geräumt. Zu Bulgarien wie zu Österreich könnte Serbien nun in ein freundschaftliches Verhältnis treten, das einen dauernden Frieden verhiesse.

Doch der Gegensatz zwischen Österreich und Serbien ist nicht bloß einer zwischen zwei Staaten, er ist auch ein Gegensatz zwischen einem Regierungssystem und einer Nation, die in beiden Staaten ihre Wohnsitze hat. Der österreichisch-serbische Gegensatz wird nicht schwinden, solange es in Österreich ein unerlöstes Serbien gibt.

Die radikalste Lösung dieses Gegensatzes, die Herstellung eines serbischen Nationalstaats, der die gesamte Nation einigt, entweder als unabhängiger Staat oder als Teil eines österreichischen Bundesstaats, ist, wie wir gesehen haben, unter den gegebenen Machtverhältnissen entweder gar nicht oder doch nur unter Opfern erreichbar, die in keinem Verhältnis zu dem möglichen Gewinn stünden.

Eine erhebliche Milderung des Gegensatzes, die ihn unter Umständen schließlich verschwinden lassen könnte, träte ohne jede Veränderung der österreichisch-serbischen Grenze dann ein, wenn den Südslawen in Österreich zum mindesten die gleiche Freiheit zuteil würde, die sie in Serbien besitzen, so daß die Demokratie im serbischen Staate sich durch keine Pflicht der Solidarität mehr gedrängt fühlen würde, ihren Brüdern jenseits der Landesgrenzen helfen zu wollen, und wenn diese keine Ursache hätten, ihre Nationsgenossen im Nationalstaat politisch oder ökonomisch zu beneiden; wenn die Zerreißung der Südslawen Österreichs in vier Gruppen, die vier verschiedenen staatsrechtlichen Gebilden zugewiesen sind, ebenso ein Ende nähme wie die Ausnahmezustände in Kroatien und Bosnien, und wenn ihnen eine demokratische Verfassung und Verwaltung zuteil würde. Dann könnte die serbische Irredenta in Österreich ebenso aufhören, wie es in der Schweiz keine deutsche und französische Irredenta gibt.

16. Die Balkanrepublik.

Doch wären damit noch nicht alle Elemente der Unruhe auf dem Balkan entfernt. Eines bliebe, die Kleinstaaterei. An Stelle des ehemaligen Gebiets der Europäischen Türkei sind getreten Rumänien, das vor dem

Kriege 5 900 000 Einwohner zählte; Bulgarien mit 4 700 000, Griechenland mit 4 800 000, Serbien mit 4 600 000. Daneben noch Montenegro mit 500 000, Albanien mit etwa 800 000, die Europäische Türkei mit 1 800 000 Einwohnern. Wir sehen hier eine weitgehende Zersplitterung des Gebiets in eine Reihe kleiner Staaten, von denen keiner das Übergewicht über die anderen hat, die dabei nicht, wie etwa die skandinavischen Staaten, durch ausgeprägte natürliche Grenzen voneinander geschieden werden, deren Nationalitäten noch im Zustand der Bildung begriffen sind und vielfach keine deutlichen sprachlichen Abgrenzungen aufweisen. So fehlt es unter ihnen nicht an Konflikten und steten Bestrebungen nach Grenzverschiebungen.

Was dem einzelnen Kleinstaat an eigener Kraft fehlt, sucht er durch »Anlehnung« an einen Stärkeren zu erreichen, wobei er dessen Werkzeug wird. Wie unter ähnlichen Umständen in Deutschland und Italien bis 1870 die Kleinstaaterei das Land zu einem Objekt ständiger fremder Einnischung, Frankreichs, Russlands, Österreichs, machte, damit aber auch zu einem Objekt, aus dessen lokalen Konflikten leicht Weltkonflikte erwachsen, so gilt das auch für den Balkan.

Die russische Revolution, die an Stelle des Zaren eine demokratische Republik gesetzt hat, nimmt diesen Zuständen viel von ihrer Gefährlichkeit für den Weltfrieden, vollständig beiseite geräumt können sie nur werden auf dem Wege, den Karl Marx schon 1853 bezeichnete: die Ersetzung der Europäischen Türkei »durch die Errichtung eines griechischen Reiches oder durch eine föderale Republik der slawischen Staaten«. (Gesammelte Schriften von Marx und Engels 1852 bis 1862, I, S. 197.)

Ich nahm diese Idee auf und äußerte sie in meiner Vorrede zur bulgarischen Übersetzung meiner Abhandlung über »Republik und Sozialdemokratie in Frankreich«. Die Vorrede ist abgedruckt im Wiener »Kampf« (1. Dezember 1908).

Ich sagte dort:

Es gibt nur einen Weg, die bulgarische Nation vollständig zu einigen, die Bulgaren Mazedoniens mit ihren Brüdern zu vereinigen, ohne äußere Hilfe für Bulgarien und ohne ewiges Zerwürfnis mit Serben, Griechen, Türken, und das ist die Vereinigung aller Nationen der Balkanhalbinsel in einer Föderativrepublik.

Bilden Bulgaren, Serben, Griechen, Türken zusammen ein einziges Staatswesen, so können deren Nationsgenossen in Mazedonien mit ihren Nationen vereint ein gemeinsames nationales und staatliches Dasein führen, ohne daß eine dieser Nationen auf den Widerstand aller anderen Balkannationen zu stoßen braucht. In einem solchen Bundesstaat vereinigt, werden alle die einzelnen Nationen der Balkanhalbinsel auch erst wirklich unabhängig vom Ausland, während sie bisher die Unabhängigkeit vom Sultan nur dadurch erkaufen, daß sie die Vasallen des Zaren oder Österreichs oder Englands wurden. Sie bilden dann ein gewaltiges Reich, das sich jede Einnischung von außen verbitten kann. Mit der Bildung eines so ausgedehnten inneren Marktes würde auch der ökonomische Aufschwung jener Gegenden gewaltig beschleunigt, vielfach erst möglich werden.

In gleichem Sinne sprach sich die erste sozialdemokratische Balkankonferenz aus, die im Januar 1910 stattfand und an der Vertreter aus Serbien, Bulgarien (die »Engen-), Rumänien, der Türkei, Montenegro, Bosnien, Kroatien, Krain teilnahmen und die auch von griechischen Sozialisten mit einem Zustimmungstelegramm begrüßt wurde. Sie verlangte den Zusammen-

schluß nicht bloß der slawischen Staaten, sondern der Staaten des Balkans überhaupt zu einer föderativen Republik.

Dieses staatliche Gebilde wäre das souveräne Mittel, die Balkanfrage, das heißt die Einmischung der europäischen Großmächte in die Angelegenheiten der Balkanvölker, für immer zu beseitigen. Im Rahmen der Balkanrepublik wäre auch am ehesten und schmerzlosesten die Frage Albaniens zu lösen, dessen Bevölkerung noch nicht fähig ist, einen modernen Staat für sich allein zu bilden, und doch zu kraftvoll und freiheitsdurftig, um sich ohne drückende Gewalt und furchtbares Blutvergießen einem fremden Staate einverleiben zu lassen. Schließlich könnte auch die Frage Konstantinopels durch die Balkanföderation ihre Lösung finden.

Keine der Großmächte gönnt den anderen diese Position, die so viele Straßen zwischen Abendland und Morgenland beherrscht. In den Händen eines schwachen Staatswesens, das seine Selbständigkeit nicht zu wahren weiß, wird dieser Besitz erst recht umstritten und zu einem steten Zankapfel. Sollte nicht die Türkei neugestärkt, entwicklungsfähig und nach allen Seiten selbständig aus dem jetzigen Kriege hervorgehen, dann würde die Balkanrepublik als Besitzer Konstantinopels den Streit der Mächte um den Platz am Bosphorus weit eher zum Schweigen bringen als die geplante Internationalisierung der Meerengen.

Ein Vorbild der neuen Republik böte die Schweiz; eine Balkanschweiz, aber keine monarchische Schweiz.

Monarchien verzichten freiwillig nie auf ihre Souveränität. Wo gleich starke Monarchien nebeneinander bestehen, ist das Auskommen einer über ihnen stehenden Bundesgewalt unmöglich. Das gilt für die geplanten »Vereinigten Staaten von Europa«, es gilt ebenso für die Vereinigten Staaten des Balkans.

Die Erfahrungen in Italien wie in Deutschland bezeugen das. In Italien versuchten zu verschiedenen Malen in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts seine Potentaten sich zu gemeinsamem Vorgehen zusammenzufinden, um die Fremdherrschaft loszuwerden. Alle diese Versuche waren sehr kurzlebig. Auch die deutsche Einigung wurde erst möglich, als den Kleinstaaten nur ein einzelner überwiegender Großstaat, Preußen, gegenüberstand.

Und der Balkan selbst hat die beste Probe aufs Exempel geliefert. Der Balkanbund seiner Fürsten zerfiel, kaum daß er recht in Kraft getreten war, und endigte in einem blutigen Kriege der Bundesbrüder untereinander.

Wir können nicht damit rechnen, daß im Laufe dieses Krieges schon die Vorbedingungen jenes großen Staatswesens auf dem Balkan geschaffen werden.

Ebenso wie das Ausmaß an Freiheit, das Österreich seinen Südslawen gewährt, hängt die Verwirklichung der Balkanrepublik vor allem von inneren Kämpfen ab, die der Friedensschluß nicht beendet, sondern für die er vielmehr erst recht Raum schafft. Zwei der wirksamsten, vielleicht die wirksamsten »materiellen Garantien« für die Dauer des Friedens auf dem Balkan können nicht durch Grenzveränderungen geschaffen werden, sondern nur durch die Stärkung der demokratischen Elemente unter den Balkanvölkern. Je mehr die Art des Abschlusses des Krieges diese Elemente kräftigt und ihre Gegner schwächt, um so gesicherter wird der Friede sein. Darin besteht

die wahrhafte »materielle Garantie«, die der internationale Sozialismus anzustreben hat — und nicht auf dem Balkan allein.

Nichts irriger, als in dem Frieden einen Abschluß zu sehen, der die Lösung aller Probleme bringt, die der Krieg aufgeworfen hat; einen Abschluß, zu dem wir uns daher erst dann verstehen dürfen, wenn die Kriegslage eine Form angenommen hat, die jene allgemeine Lösung herbeiführt. Diese Auffassung bedeutet nichts als die Verlängerung der grauenhaften Verwüstung und Verschwendung, eine Verlängerung des entsetzlichen Mordens, die bei der Gleichheit der Kräfte auf beiden Seiten eine endlose und aussichtslose zu werden droht und überdies ganz zwecklos ist, denn solange die augenblicklichen sozialen und politischen Verhältnisse fortbestehen, ist eine allseitige und befriedigende Lösung der nationalen und internationalen Probleme gar nicht möglich. Oder will man die Parole ausgeben: Fortsetzung des Krieges bis zur sozialen Revolution? Das hieße Fortsetzung des Prozesses der Vernichtung des Kapitals und der Arbeiter, bis der ganze Kapitalismus zugrunde gerichtet ist, mit ihm aber auch seine Erben und deren Erbschaft zum Teufel gegangen sind. Eine sichere Methode, den Kapitalismus zu vernichten, aber auch den Sozialismus unmöglich zu machen.

Kein Zweifel, ein Friede, der alles bringt, was wir zurzeit ersehnen und brauchen, ist nicht zu erwarten. Das heißt nicht, daß wir einen solchen Frieden verwerfen; es bedeutet nur, daß das, was der Friede bringt und bringen kann, nicht einen Abschluß herbeiführen wird, sondern einen Beginn, die Eröffnung einer neuen Ara großer, entscheidender Kämpfe um Staat und Gesellschaft. Was wir vom Frieden erwarten und verlangen, ist nur, daß er einen Boden bietet, der es dem Proletariat ermöglicht, kraftvoller in die kommenden Kämpfe einzugreifen, als dies im Kriege möglich ist, als es vor dem Kriege möglich war.

Um Proletariat wird es dann liegen, dem Status quo radikal ein Ende zu machen und jene Staatsformen und Staatsgrenzen zu schaffen, in denen die Völker dauernd befreit und ihre Gegensätze dauernd überwunden sind.

Belgien.

1. Das mittelalterliche Belgien.

Der eine der Ausgangspunkte des Krieges war Serbien. Den zweiten bildete Belgien. Haben wir in Serbien ein Volk kennengelernt, das erst auf dem Wege ist, eine moderne Nationalität zu werden, deren Umfang und Abgrenzung noch keineswegs feststeht, das erfüllt wird von dem Streben nach Sprengung des Rahmens der Staaten, denen es bisher zugeteilt war, nach Zusammenfassung in einem Nationalstaat, so finden wir in Belgien ein staatliches Gebilde, das zwei Nationalitäten umfaßt, die seit einem Jahrtausend scharf voneinander getrennt sind, ohne daß ihre Sprachgrenze sich irgendwie erheblich verschob, zwei Nationalitäten, von denen jede ein starkes nationales Leben hat, jede in Sprachgemeinschaft mit einer Nation jenseits der Staatsgrenze verbunden ist — im Süden der französischen, im Norden der holländisch-friesischen, und die doch fest zusammenhalten und bisher den Anschluß hüben wie drüben abgelehnt haben.

Eine eigenartige Erscheinung, die der Tendenz der modernen Demokratie zum Nationalstaat auffallend widerspricht. Dadurch wird aber keineswegs bewiesen, daß jene Tendenz nicht notwendig aus den Bedingungen der modernen Produktionsweise entspringt, sondern nur, daß es nicht die einzige Tendenz ist, die in ihr wirksam ist.

Um Belgiens Eigenart zu verstehen, ist es notwendig, einen Blick auf seine Geschichte zu werfen, die wieder durch die geographische Lage des Landes bedingt wird.

Wie das kleine Palästina ist auch das kleine Belgien wichtig geworden als Durchgangsland. Wie Palästina seine Bedeutung dadurch bekam, daß es den Durchgang von dem reichen und hochentwickelten Ägypten nach dem nicht minder reichen und entwickelten Syrien und Mesopotamien bildete, so erhielt sie Belgien dadurch, daß die Straßen von Frankreich nach dem unteren Rhein ebenso wie die kürzeste Verbindung von Südengland, der Mündung der Themse nach Deutschland durch belgisches Gebiet zogen. Von hier wie dort geistig und ökonomisch aufs stärkste angeregt und befruchtet, entwickelte das Land frühzeitig eine starke Kaufmannschaft und ein kraftvolles Handwerk, gehörte es zu den blühendsten des mittelalterlichen Europa. Namentlich die Tuchweberei gedieh, gefördert durch die Wolleinfuhr aus England. Gent soll schon um das Jahr 1200 an 20 000 Weber gezählt haben.

»Die belgischen Provinzen«, sagt Servinus, »waren im Mittelalter in allgemein zivilisatorischer Bedeutung allen europäischen Ländern, selbst Italien, zuvorgeeilt, als sie seit dem Beginn der Kreuzzüge die Vermittler zwischen Asien und Europa wie zwischen dem Norden und Süden unseres Weltteils waren, als Brügge den Mittelpunkt des Welthandels bildete und die kleinen Fürsten dieser Gebiete Je-

rusalem und Konstantinopel, Böhmen und dem römischen Reiche Kaiser und Könige gaben.«

Diese glänzende Laufbahn, fährt er fort, war auf die südlichen Niederlande beschränkt.

Die abgelegenen nördlichen Provinzen hatten daran so gut wie keinen Anteil gehabt. (Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts, 1865, VII, S. 543.)

Diese Medaille hatte natürlich auch ihre Kehrseite. Als Durchgangsland und reiches, begehrtes Gebiet war Belgien seit jeher — darin ebenfalls Palästina ähnlich — ein vielumstrittenes Land. Schon im vierzehnten Jahrhundert trat England für die flandrischen Städte ein, deren Freiheit von Frankreich bedroht wurde. Im fünfzehnten Jahrhundert schüttelten die Herzöge von Burgund die Oberhoheit Frankreichs von sich ab, erwarben Flandern, dann Hennegau, Brabant, Namur, also im wesentlichen das heutige Belgien.

In allen diesen Kämpfen wußten aber die Belgier ihre alten Volksfreiheiten kräftig zu wahren. Damals beschränkte sich noch nicht der Besitz und Gebrauch der Waffen auf den Adel und die staatlichen Soldner. Die städtischen Handwerker waren ein waffenfrohes Geschlecht. Nachdem Philipp IV. von Frankreich 1300 Flandern überfallen und an sich gerissen hatte, erhob sich die Bevölkerung zur Abwehr der Eroberung. In Brügge wurden von den empörten Handwerkern über 3000 Franzosen erschlagen. Philipp entsandte ein starkes Ritterheer nach Flandern, die Rebellen zu bestrafen, aber die Handwerker mit ihren langen Spießen bereiteten dem Heer eine elende Niederlage bei Kortryk (11. Juli 1302), in der »Sporenschlacht«, so genannt von den 700 erbeuteten goldenen Sporen, deren jeder einem Ritter angehört hatte. Aus dieser militärischen Kraft erwuchs ein trotziges Freiheitsgefühl aller Klassen, auch der unteren.

Empfänglich für alles, was den Unfrieden wecken und nähren kann, trotzig auf Wohlstand, Zahl und Kraft, immer bereit zur Gewalttat, leicht in Zorn gesetzt und in diesem blind wütend geben die Fläminger das Gegenbild zu den unbändigsten Bürgerchaften Italiens, und ihre Demagogen gehören zu den aufs schärfste ausgeprägten Gestaltungen des Bürgertums im Mittelalter. (W. Wachsmut, Europäische Sittengeschichte, IV, S. 378, 379.)

Noch schärfer drückt das Ohwald aus. Er sagt vom belgischen Mittelalter:

Es ist eine Zeit fortwährender Kämpfe und Streitigkeiten. Aus all dem kriegerischen Wirrwarr, den blutigen Fehden, den Intrigen voll List und Mord sehen wir nur das eine deutlich: unabhängig von jeder tatsächlichen Obergewalt wollen diese Gebiete bleiben. Sie erkennen eine Oberhoheit der umliegenden Mächte nur dem Namen nach an. Ihre Politik ist schwankend, perfid, treulos, sie hat nur ein Ziel: die Unabhängigkeit. ... Das Gefühl der Freiheit, das vollste demokratische Gefühl, sehen wir hier wie sonst nirgends bis zum äußersten getrieben. (Ohwald, Belgien. Leipzig 1915, Teubner, S. 37.)

Diesen Grundzug ihres Wesens haben die Belgier bis in unsere Tage bewahrt, bis zu der Zeit, wo sie die ersten wurden, den Massenstreik erfolgreich als politische Waffe anzuwenden.

Neben dem Rebelleninn entwickelten die Belgier noch einen zweiten Charakterzug: die Freude am Lebensgenuss.

Ihre Industrie wurde gewaltig in einer Zeit des vollsten Feudalismus, als noch nicht kapitalistisches Denken die Menschen erfüllte, als man Mehr-

produkte noch nicht zu dem Zweck produzierte, um Kapital zu akkumulieren, sondern um zu genießen, als man den Reichtum noch nicht in Geldschränken und Banken versteckte, sondern prunkend zur Schau trug. Das Handwerk hatte damals noch goldenen Boden. So entwickelte sich in der Masse der Bevölkerung neben unbändigem Freiheitsdrang auch eine nicht minder unbändige Lebenslust und Freude an Pracht, an Kunst, am Schönen. Auch dieser Zug hat sich bis heute erhalten.

Gerade das zähe Festhalten an überlieferten Gesinnungen und Gewohnheiten bezeugt uns ein drittes Merkmal des Belgiers, seinen Partikularismus und seinen konservativen Sinn, der erklärlich ist in einer Bevölkerung, die so große und schöne Erinnerungen und nach der Periode der ökonomischen und künstlerischen Größe einen so langen Zeitraum der Stagnation aufzuweisen hatte. Dieser Konservatismus, der wohl vereinbar ist mit großer Freiheitsliebe, wenn sie das Festhalten an Altem, überlieferten Freiheiten bedeutet, steht in enger Wechselwirkung mit der großen Macht der katholischen Kirche, welche Macht auch mit dem frühen Reichtum des belgischen Gebiets zusammenhing. Dieser Reichtum entwickelte sich zu einer Zeit, wo die Kirche noch stark war. So nahm sie ausgiebig Anteil an ihm und erhielt sich ihn für spätere Zeiten. Nicht weniger als den fünften Teil des heutigen Belgien (105 Quadratmeilen von 535) nahm der Bischof des Bistums Lüttich ein, das ihn bis zur französischen Revolution behauptete.

Unter den Herzögen von Burgund erreichte die erste industrielle Blüte des heutigen belgischen Gebiets, Flandern, Brabant usw. ihren Höhepunkt. Als der letzte Herzog von Burgund, Karl der Kühne, 1477 fiel, richtete Ludwig XI. von Frankreich seine verlangenden Blicke auf diese reiche Erbe. Um ihre Freiheiten vor dem französischen Absolutismus zu schützen, der ihnen der gefährlichste, weil kräftigste zu sein schien, drängten die Niederländer Karls des Kühnen Tochter Maria, den Sohn des Schattenkaisers des Deutschen Reiches zu heiraten, dessen Macht sie weniger fürchteten. So fielen die ganzen Niederlande vom Hennegau bis Friesland an den Habsburger Maximilian.

Der neue Herr bekam binnen kurzem zu spüren, was belgischer Freiheitsdrang bedeute.

Er geriet bald mit den ganz republikanischen Bewohnern seiner neuen Staaten um so mehr in Zwiespalt, als er die überspannten, den Habsburgern bis auf den heutigen Tag eigenen Begriffe seines Vaters vom göttlichen Fürstenrecht mitbrachte. (Schlosser, Weltgeschichte. Frankfurt a. M. 1849, X, S. 299.)

Dabei kam es schließlich dahin, daß seine getreuen Unterthanen von Brügge, als er im Februar 1488 bei ihnen weilte, sich gegen ihn erhoben, seinen Palast stürmten, ihn gefangen setzten und erst am 16. Mai frei ließen, nachdem er ihnen mit den heiligsten Eiden alles beschworen, was sie von ihm verlangt hatten.

Sein Nachfolger und Enkel Karl V., der neben den habsburgischen und burgundischen Erblanden auch noch das ganze spanische Reich erbte, kam mit den Niederländern besser aus als mit einem anderen Teil seiner ausgedehnten Unterthanenschaft, denn in den Niederlanden geboren (1500), wurde er dort auch erzogen, und er trug ihrer Eigenart volle Rechnung. Er hatte gute Gründe dazu. Aus den Niederlanden zog er seine größten Einnahmen.

Das Gebiet, das er beherrschte, war jedoch zu ungeheuer und die Interessen seiner einzelnen Teile zu verschiedenartig, ja gegensätzlich, als daß es unter den Verhältnissen jener Zeit möglich gewesen wäre, es auf die Dauer zusammenzubehalten. Er überließ den deutschen Besitz der Habsburger seinem Bruder Ferdinand, der auch deutscher Kaiser wurde. Der burgundische Besitz, darunter die Niederlande, fiel mit dem spanischen seinem Sohne Philipp zu (1555). Allein auch dieses verkleinerte Erbe war noch zu gegensätzlicher Natur. Die Interessen der Niederländer, die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, unter denen sie lebten, standen in schroffem Widerspruch zu denen der Spanier. Das hatte schon Karl selbst erfahren müssen. Seine Begünstigung der Niederländer zog ihm einen Aufstand der Spanier zu.

Das brauchte Philipp nicht zu befürchten. Dieser war durch und durch Spanier. Nirgends hatte der Absolutismus so alle Schranken niedergeworfen wie in Spanien, wo er auch die Kirche mit ihrer Inquisition zu seinem blinden Werkzeug gemacht hatte. Und Philipp war entschlossen, diese schrankenlose Macht ausschließlich im spanischen Interesse auszuüben, vor allem dem Adel, dem Handel, der Industrie Spaniens die ungeheuren Gewinne allein vorzubehalten, die damals die Kolonialpolitik seines Reiches abwarf, und den übrigen von ihm regierten Staaten keinen Anteil daran zukommen zu lassen. Die italienischen Besitzungen Spaniens (Neapel, Sizilien, Sardinien, Mailand) ließen sich das gefallen, nicht aber die Niederländer. Sie wurden immer unboheimischer, und als Philipp, um sie zur Ruhe zu bringen, ihnen den Blutmenschen Alba schickte (1567), damit er mit Foltern und Hinrichtungen die Niederländer zur Vernunft bringe, erhoben sie sich zu bewaffnetem Aufstand, zuerst in Holland und Seeland. Es kam zu einem greuelvollen Kriege, der viele Jahrzehnte lang währte. Sein wichtigstes Ergebnis war die dauernde Trennung der nördlichen Niederlande, des heutigen Holland, von den südlichen, dem heutigen Belgien, die bis heute währt und nicht bloß eine äußerliche ist. Damals vollzog sich die Loslösung der Flämen von ihren nördlichen Sprachgenossen.

2. Die Trennung der nördlichen von den südlichen Niederlanden.

Die Grundursache der Trennung dürfte in den geographischen Bedingungen liegen, die für die nördlichen Niederlande ganz andere sind als für die südlichen.

Die ganze Meeresküste der südlichen Niederlande von Dünkirchen bis zur Scheldemündung entbehrt natürlicher großer Häfen für tiefgehende Schiffe. Was an Häfen vorhanden war, so zum Beispiel der Hafen für Brügge, versandete seit dem fünfzehnten Jahrhundert. Die Schiffe aber wurden immer größer und tiefergehend gebaut, je mehr sich die Technik entwickelte und die Kolonialpolitik seit dem sechzehnten Jahrhundert dahin führte, daß die Seereisen immer weiter gingen und länger dauerten.

Dagegen sind die nördlichen Niederlande von der Scheldemündung an ausgezeichnet durch eine Reihe vortrefflicher und großer Häfen.

Bis heute ist die belgische Schifffahrt geringfügig geblieben, indes die holländische eine sehr ansehnliche Rolle im Weltverkehr spielt. Kolb (Sand-

buch der vergleichenden Statistik, 1875) gibt für 1857 bzw. 1858 die Tonnenzahl der belgischen Handelsmarine auf 42 400, die der niederländischen auf 587 000 an. Seitdem hat sich allerdings der Unterschied vermindert, da die holländische zeitweise zurückging. Neumann Spallart gibt für 1882 den Stand der belgischen Handelsmarine auf 66 000, den der niederländischen auf 335 000 Tonnen an. Für 1912 wird die belgische auf 182 000, für 1911 die niederländische auf 565 000 angegeben.

Früh wagten sich die Holländer auf die hohe See hinaus, schon im dreizehnten Jahrhundert gehörte der Heringsfang zu einer ihrer wichtigsten Erwerbquellen. Als im sechzehnten Jahrhundert die überseeischen Entdeckungen Quellen märchenhaften Reichtums in Ostindien und Südamerika für jede Seemacht erschlossen, beeilten sich auch die Seefahrer der nördlichen Niederlande, daran teilzunehmen. Dabei aber stießen sie auf das Hindernis der monopolistischen Verbote Spaniens. Das gab einer so seegewaltigen Bevölkerung wie der der nördlichen Niederlande den gewaltigsten Antrieb, das spanische Joch abzuwerfen, die spanische Seeherrschaft niederzukämpfen.

Ein so starker Antrieb fehlte den südlichen Niederlanden. Dort wollte das Volk bloß die traditionellen Freiheiten gegen den Absolutismus der Fremdherrschaft sichern.

Dabei waren die südlichen Niederlande ökonomisch weiter entwickelt als die nördlichen. Im fünfzehnten Jahrhundert kamen sie schon an die Schwelle des Kapitalismus, hatten sie ein zahlreiches Proletariat aufzuweisen. Wollten die herrschenden Klassen, der Adel und das städtische Patriziat, den Kampf gegen den Absolutismus mit voller Kraft führen, dann mußten sie das Proletariat kampffähig machen. Dazu fehlte ihnen der Mut. Überdies hatte die katholische Kirche im reichen Süden viel größeren Besitz angehäuft und damit viel größeren Einfluß erworben als im ärmeren Norden. Dieser Einfluß kam naturgemäß den spanischen Habsburgern, den Vorkämpfern der katholischen Kirche, zugute.

Endlich wurden die nördlichen Niederlande bei ihrem militärischen Widerstand durch die Natur ihres Landes mehr begünstigt als die südlichen. Die letzteren boten ein sehr günstiges Terrain für kriegerische Operationen. Dies zusammen mit der Lage Belgiens als Durchgangsland zwischen großen Reichen hat es bewirkt, daß kaum irgendwo so viele Schlachten geschlagen worden sind wie in dem kleinen Belgien.

Die nördlichen Niederlande sind dagegen zum Teil erst künstlich vom Menschen dem Meere abgerungen, ein Terrain, auf Schritt und Triß von Kanälen durchschnitten, mit zahlreichen Niederungen, die durch einen bloßen Dammburchstich unter Wasser gesetzt werden können. Ein großer Teil der Bevölkerung lebte auf Inseln. Da kamen die spanischen Armeen nur schwer vorwärts. Es war eine fast insulare Lage, die Seeland, Holland, Friesland schützte.

Zu Wasser aber erwiesen sich die Holländer den Spaniern überlegen. Und der Seekrieg war damals ein Mittel der Bereicherung für die stärkere Seemacht, während der Landkrieg in jenen Zeiten schon, wenn auch noch nicht in demselben Maße wie heute, nicht nur dem Besiegten, sondern auch dem Sieger die schwersten Wunden schlug.

Im Seekrieg wurden in jenen Tagen die feindlichen Schiffe, auf die man traf und die man niederkämpfte, nur zum geringsten Teil zerstört. In der

Regel wurden sie gekapert, als gute Prise mit ihrem Inhalt angeeignet und in die Heimat gebracht. Ein erfolgreicher Seekrieg vermehrte so die Reichtümer des eigenen Landes. Dieses konnte dabei gedeihen und Kapitalien akkumulieren.

Dies galt für England, es galt gleichzeitig für die nördlichen Niederlande, solange sie die See beherrschten. Daher ihre unglaubliche Zähigkeit im Kampfe gegen die Spanier. Ihre Seebeute gab ihnen nicht nur die Mittel, wie zur See, so auch zu Lande den Krieg erfolgreicher zu führen, sondern dabei noch Industrie und Handel zu entwickeln.

Fast hundert Jahre lang führten sie den Krieg um ihre Unabhängigkeit, von 1568 bis 1648. Als ein armes, unbedeutendes Ländchen waren sie in ihn eingetreten. Als eine Großmacht, als reichstes Land Europas beendeten sie ihn.

So lange hielten es die südlichen Niederlande nicht aus. Später als die nördlichen traten sie in den Freiheitskampf ein. Frühzeitig wendeten sie sich von ihm ab. Durch Zusicherung der herkömmlichen Rechte gelang es Spanien, einen großen Teil von ihnen wiederzugewinnen. Andere wurden durch Feuer und Schwert »bekehrt«. Schon 1579 kam es zur Spaltung zwischen Nord und Süd. Die Provinzen Artois, Hennegau und Flandern schlossen damals ein Bündnis zur Erhaltung der katholischen Religion. Ihnen gegenüber vereinigten sich die Provinzen Holland, Seeland, Geldern, Utrecht und Friesland zur Utrechter Union, die 1587 ihre Unabhängigkeit erklärte und der Keim der Republik der Vereinigten Staaten der Niederlande wurde. Einer Republik mit dem Großherzog an der Spitze. Sie stand unter erblichen »Statthaltern« aus dem Hause Oranien. Doch kam sie zeitweise auch ohne Statthalter ganz gut aus.

Wenn auch die südlichen Niederlande bald danach trachteten, ihren Frieden mit Spanien zu machen, und dieses schließlich einsehen mußte, daß es der nördlichen Niederlande nicht mehr Herr werden könne, deren Selbständigkeit Philipp II. selbst noch vor seinem Tode (1598) indirekt anerkannte, so ging der Krieg doch noch lange fort. In seinem Verlauf gestaltete sich das Schicksal des Südens in jeder Weise gegensätzlich zu dem des Nordens. War dieser, wie schon bemerkt, als armes, ökonomisch zurückgebliebenes Gebiet in ihn eingetreten, als reichster und ökonomisch fortgeschrittenster Staat Europas aus ihm hervorgegangen, so hatte der Süden bei seinem Beginn eines der reichsten und höchstentwickelten Gebiete Europas gebildet. Der Friede mit dem Absolutismus besiegelte seine völlige Stagnation, in der es zwei Jahrhunderte lang blieb.

Der Krieg und die Unterwerfung unter den Absolutismus hatte den ökonomischen Niedergang freilich nicht geschaffen, sondern nur schon vorhandene Tendenzen rascher und stärker zur Wirkung gebracht. Mit dem Zeitalter der Entdeckungen beginnt auch das des überseeischen Welthandels. In dem eine Rolle zu spielen, dazu waren die südlichen Niederlande bei ihrem Mangel an Häfen schlecht geeignet. Der lokale Durchgangshandel verlief aber keine ökonomische Bedeutung mehr. Belgiens Nachbarn, die nördlichen Niederlande, Frankreich, England waren durch ihre natürlichen Bedingungen weit besser befähigt, den Welthandel an sich zu ziehen, damit aber auch ihre Großindustrie — damals noch vornehmlich Textilindustrie — zu entwickeln und die benachbarte Konkurrenz zurückzudrängen. So verloren die spanischen

Niederlande ihren Vorrang auch auf dem Gebiet der Industrie. In Bpern zum Beispiel gab es 1517 noch 600 Webstühle, 1554 nur noch 100. Gent, das um das Jahr 1200 20 000 Weber gezählt haben soll, hatte 1543 gar nur noch 25 Webstühle im Betrieb. Ein Rückgang wäre auf jeden Fall eingetreten. Doch wurde er unzweifelhaft verstärkt durch die spanische Politik, die sich überall als eine der Industrie feindliche erwiesen hat, überall die tüchtigsten und selbständigsten Arbeiter vertrieb. Der Gegensatz zwischen Nord und Süd der Niederlande äußerte sich nicht bloß als Gegensatz zwischen Absolutismus und Republik, zwischen Stagnation und stürmischem Aufschwung, sondern auch als Gegensatz in der Religion zwischen Katholizismus und Calvinismus, zwischen Inquisition und Toleranz.

Wie wir schon wiederholt bemerkt haben, war der Calvinismus die Religion rebellischer Adligen und Städte. Ihn akzeptierten auch die Mehrzahl der rebellischen Niederländer. Mit dem spanischen Regime blieb dagegen der Katholizismus im Süden siegreich. Die ökonomische Stagnation frug dazu bei, nicht nur seine Macht, sondern auch sein Ansehen bei der Bevölkerung zu heben. Sie war ökonomisch schon so weit gekommen, ein zahlreiches Proletariat zu entwickeln. Die Stagnation raubte diesem immer mehr seine industrielle Beschäftigung. Es wurde abhängig von der öffentlichen Wohlfähigkeit und damit von der Kirche, deren großer Reichtum ihr gestattete, den Arbeitslosen und den verhungern den Heimarbeitern mit Almosen zu Hilfe zu kommen. Seitdem beherrschte sie einen großen Teil des belgischen Proletariats.

Natürlich duldete der Staat in den spanischen Niederlanden nur die katholische Kirche. Die Republik der Vereinigten Niederlande wurde dagegen das erste europäische Gemeinwesen, das noch während der Religionskriege den Grundsatz der religiösen Toleranz verkündete, in seiner kalvinistischen Mitte Katholiken, Juden, Mennoniten usw. duldete, allerdings nicht ohne gelegentliche Rücksälle in Glaubenskampf.

Wenn in dem spanisch gebliebenen Teil der Niederlande der Absolutismus siegte, so ist das nicht so zu verstehen, daß ihnen ihre alten Freiheiten sämtlich genommen wurden. Deren Anerkennung war vielmehr unerläßlich gewesen, den Aufstand zu dämpfen. Aber nur die lokalen, provinziellen und städtischen Rechte und Freiheiten wurden auf diese Weise gewahrt. Das politische Leben der Gesamtheit hörte völlig auf. Das Organ der Gesamtheit der Provinzen, die Generalstaaten, wurden 1600 zum letzten Male versammelt. Auf die Politik des spanischen Staates, dem sie angehörten, hatte nicht einmal der Adel der spanischen Niederlande den mindesten Einfluß. In beschränkter und tasloser Kleinstäderei und Provinzerei verkam das ganze politische und geistige Leben. Das wurde nicht besser dadurch, daß der ganze spanische Staat versiel, der sich in dem Streben erschöpfte, gleichzeitig die stärkste Land- und Seemacht der Welt zu sein und zu bleiben.

Ein schreienderer Gegensatz ist kaum denkbar als der zwischen den nördlichen und den südlichen Niederlanden seit ihrer Trennung im Freiheitskampf. Unter dem Regime der siegreichen Revolution frisch pulsierendes Leben, rastlose Bewegung, glänzender ökonomischer und geistiger Aufschwung. In dem Gebiet der mißlungenen Revolution dagegen Stumpfheit, Trägheit, Versumpfung und Beschränktheit auf allen Gebieten, der Pflanzenschlaf des Philisteriums.

3. Beschäftigung der Niederlande durch England.

Diese Zeit des Niederganges der spanischen Niederlande im besonderen und des spanischen Gesamtstaats im allgemeinen mußte der aufstrebende Absolutismus Ludwigs XIV. wohl zu nutzen. Ein Stück nach dem anderen riß er von dem niederländischen Besitz der Spanier ab, und er hätte ihn wohl ganz an sich gezogen, wenn nicht England das verhinderte.

Gerade zur Zeit Ludwigs XIV. bildeten sich die Grundlagen, auf denen bis heute die äußere Politik Englands ruhte.

Die Dynastie der Stuarts, die von 1603 bis 1688 mit einer Unterbrechung (1649 bis 1660) England regierte, kannte wie jede andere Dynastie damals kein anderes Streben als das, ihre absolute Macht fest zu begründen. Jedoch begann England zu ihrem Unglück in jener Zeit seine militärische Kraft zur See zu entwickeln. Seine Landmacht verlor demgegenüber an Bedeutung. Die Hauptwaffe des Absolutismus war aber eine starke Armee, die jeden Widerstand des Volkes niederwarf und dem Kriegsherrn willenlos gehorchte.

In ihrem Hauptland, England, fanden die Stuarts keine Stütze, außer in einem großen Teil des Landadels. Sie suchten ihre Macht zu befestigen durch Faktoren, die außerhalb Englands waren, die Bergschotten, die katholischen Irländer und die Geldmittel des katholischen Königs von Frankreich. So erschienen die Könige Englands verbündet mit den Feinden der Reichseinheit und dem Landesfeind.

Als solcher galt Frankreich damals den bürgerlichen Klassen Englands, unter denen das Kaufmanns- und Bankkapital noch das Industriekapital überwog. Die Ausdehnung der Kolonien, die Beherrschung der Meere war für diese Klassen in jenen Zeiten die wichtigste Quelle der Bereicherung, und dabei fanden sie keinen gefährlicheren Gegner und Konkurrenten als Frankreich. Ehedem war für sie der »Erbfeind« Spanien gewesen, das über eine furchtbare Seemacht und die stärkste Landmacht in Europa gebot. Der Kampf gegen Spanien hatte damals das ganze aufstrebende bürgerliche England erfüllt, hatte den Kampf gegen den Katholizismus, die Reformation und das Regime Heinrichs VIII. und seiner Tochter Elisabeth populär gemacht.

Nun war durch die vereinten Anstrengungen Englands und der rebellischen Niederlande Spaniens Seemacht niedergerungen, und sein ökonomischer Verfall war auch von dem seiner Landmacht begleitet.

Da trat an Stelle Spaniens eine andere Macht mit den gleichen Ansprüchen und der gleichen Gefährlichkeit, Frankreich, ebenfalls eine katholische Macht. Aber diesmal erwiesen sich die Könige Englands nicht als Führer im Kampfe gegen den Katholizismus und den Landesfeind, sondern als seine geheimen Verbündeten.

Das stieß dem Fasse den Boden aus und wurde für die bürgerlichen Klassen zum stärksten Antrieb, der Herrschaft der Dynastie der Stuarts ein Ende zu machen.

Zwei Revolutionen haben sich über die Stuarts entladen. In der ersten, die 1642 begann und 1660 endete, ging die Bourgeoise Hand in Hand mit den arbeitenden Klassen. Dabei aber gewannen diese weit mehr Einfluß, als ihr lieb war, sie wendete sich daher bald von dieser Revolution ab und vertiet sie schließlich.

Das zweite Mal war sie vorsichtiger. Um Jakob II. zu verjagen, rief sie nicht mehr die arbeitenden Klassen auf. Sie verband sich vielmehr mit einem Teil des hohen Adels. Das wurde ihr erleichtert dadurch, daß an diesem die erste Revolution auch nicht spurlos vorübergegangen war und er gesehen hatte, welche Gefahr er lief, wenn er den Absolutismus stützte.

So kam es zur zweiten Revolution, 1688, von der Bourgeoisie die »glorreiche« genannt, weil das Volk nichts mit ihr zu tun hatte.

Von da an kam der mit dem Kaufmanns- und Bankkapital verbündete Teil des hohen Adels, die Whigs, zur Herrschaft. Ihr König war Wilhelm von Oranien, den sie sich aus Holland holten, dessen Erbstatthalter er war.

Wilhelm und die Whigs stellten damals die wichtigsten Grundsätze auf, die seitdem die auswärtige Politik Englands geleitet haben.

England verzichtete seit jener Zeit, im Gegensatz zu den übrigen großen Mächten, vollständig und für immer darauf, eine Vergrößerung auf dem Festland Europas zu suchen. Seine ganze Kraft wendet es auf die Ausbreitung seines überseeischen Besitzes. Es steht anscheinend im Widerspruch dazu, daß, als Wilhelm und seine Schwägerin und Nachfolgerin Anna kinderlos gestorben waren, der Kurfürst von Hannover, der Welfe Georg, König von England wurde (1714), so daß die englischen Könige seitdem auch ein deutsches Land besaßen. Über dies wurde stets nur als der persönliche Besitz der englischen Könige, nie als ein Bestandteil des englischen Reiches betrachtet. Da für Hannover eine andere Thronfolgeordnung galt als für England, so trennten sich beide Staaten 1837. In England kam Viktoria zur Regierung, den Hannoveranern war ein weiblicher Regent versagt, sie bekamen Ernst August zum König. Diese Trennung vollzog sich für beide Teile gleich schmerzlos, ein Zeichen, wie wenig sie miteinander zusammengehangen hatten.

Sonst hat England seit der »glorreichen« Revolution nur noch eine Erwerbung auf dem Festland Europas vollzogen, die Gibraltars, das fast eine Insel ist. Diese Eroberung fällt fast noch ins siebzehnte Jahrhundert (1704).

Seit zwei Jahrhunderten hat England kein Stück europäischen Festlandes erworben. Calais, das es 1347 eroberte, hat es schon 1558 verloren. Unter Cromwell gewann es Dünkirchen, 1658, das aber schon 1662 vom geldbedürftigen Karl II. um ein Trinkgeld von 4 Millionen Livres an Frankreich verkauft wurde.

Seit dem Wiener Kongreß, 1815, hat England auch keine europäischen Inseln mehr erworben, wohl aber solche freiwillig aufgegeben, so die Ionischen Inseln, die für den Besitz des Adriatischen Meeres so wichtig sind, an Griechenland (1863), das die Nordsee beherrschende Helgoland an Deutschland (1890).

Englands Interesse an den Kontinentalverhältnissen bestand darin, zu hindern, daß in Europa eine Macht aufkomme, die als stärkste Landmacht auch sich anschicken könne, zur stärksten Seemacht zu werden, und damit nicht nur Englands Machtstellung, sondern auch seine Unabhängigkeit zu bedrohen. Dies Streben, das nach Erhaltung des »europäischen Gleichgewichts«, ist heute noch der Kompaß der europäischen Politik Englands.

Dazu gefellte sich ein zweites Interesse: zu hindern, daß eine starke Macht das Gebiet besetze, das der verwundbarsten Stelle Englands gegenüberliegt, der Themsemündung, an der die Reichshauptstadt erwachsen ist. Wer Belgien

besitzt, der kann stets in einem unbewachten Moment einen Handstreich vollziehen, der ein Stoß ins Herz Englands wäre. So betrachteten wenigstens die Engländer bisher die Sache, und daher wachten sie eifersüchtig darüber, daß keine starke Kriegsmacht sich dort festsetze.

Seit der »glorreichen Revolution« haben sie blutige Kriege geführt, um Frankreich von den spanischen Niederlanden fernzubalten. Sie suchten diese aber noch in anderer Weise zu schützen. Schon im Jahre 1697 vereinbarte Wilhelm mit der spanischen Regierung, die nicht mehr imstande war, ihren Besitz selbst zu behaupten, daß sieben belgische Festungen an der französischen Grenze von holländischen Truppen besetzt würden. Dieser eigenartige Vertrag, der »Barrierevertrag«, der wiederholt erneuert wurde, war der Vorläufer der späteren Neutralisierung Belgiens.

Österreich übernahm den Vertrag 1714. Nach dem Aussterben der spanischen Linie der Habsburger (1700) war es zum Krieg um das spanische Erbe zwischen Frankreich und Österreich gekommen. Sein Abschluß 1714 brachte den österreichischen Habsburgern den bis dahin spanischen Besitz in Italien und in den Niederlanden.

4. Die österreichischen Niederlande.

Das neue Regime war weit kräftiger als das rapid verkommene spanische, dennoch vermochte auch der österreichische Absolutismus seinen niederländischen Gebieten nicht neues Leben einzusüßen. Daß aber bei aller Stagnation und allem politischen Stumpfsinn der alte belgische Unabhängigkeits Sinn nicht erloschen war, mußten die österreichischen Bürokraten gleich bei Beginn ihrer Herrschaft erfahren. Selbstherrlich versuchte der Verwalter der Niederlande, der Marquis v. Prié als Stellvertreter des Statthalters Prinz Eugen von Savoyen, die Rechte der Brüsseler Jünste zu beschneiden. Dagegen wehrten sich diese in so gewaltigem Aufruhr, daß die Regierung künftighin Beachtung der alten Rechte versprach (1717). Das Weitere erzählt der bekannte flämische Patriot Conscience in seiner populären Geschichte Belgiens¹ (1845) in folgender Weise:

Der Landvogt suchte dennoch durch Aufschub und List der Ausführung seines Versprechens wenigstens zum Teil überhoben zu werden. Das steigerte die Wut und die Widersehlichkeit der Gilden auf das höchste. Die Bürger liefen auf den Märkten zusammen und heßten sich gegenseitig zur Rache auf. Gleich darauf brach das Unwetter los, der Pöbel plünderte und verwüstete die Wohnungen der Staatsbeamten und Magistratspersonen.

Mittlerweile hatte der Landvogt deutsche Truppen entboten, um die Brüsseler Gilden zu bezwingen. Da diese geringe Macht, ohne irgend Widerstand zu finden, in die aufrührerische Stadt eingerückt war, so ließ der Marquis v. Prié eine Anzahl Aufrührer und fünf Vorsteher der Gilden gefangennehmen und vor Gericht stellen. Vier von den Vorstehern wurden auf ewig aus dem Lande verbannt, der fünfte aber zum Tode verurteilt. Das unglückliche Opfer des Aufruhrs war ein siebzigjähriger Greis namens Franz Agneessens, seinem Handwerk nach ein Stuhl-

¹ J. Conscience, Geschichte von Belgien, aus dem Flämischen von Wolff. Leipzig 1863. Wissenschaftlich hat das Buch keine Bedeutung. Doch ist es das Werk eines der Begründer der flämischen Literatur und Nationalbewegung und gibt die geschichtliche Auffassung der flämischen Nationalkreise der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts gut wieder.

macher und zur niedrigsten Klasse gehörig. Nach seiner Überzeugung hatte er das gekränkte Recht der Bürger verteidigt, und als er sein Urteil verkündigen hörte, verließ ihn seine heldenmütige Standhaftigkeit keineswegs; er lud die Richter vor Gottes höheren Richterstuhl und legte am 19. September 1720 sein Haupt furchtlos und ruhig auf den Block. Das Volk von Brüssel beweinte seinen Tod mit bitteren Tränen und betrachtete ihn als einen ruhmwürdigen Märtyrer der Freiheit.

Damals schon erwies sich das Proletariat als die stärkste Kraft in den Freiheitskämpfen Belgiens — und nicht Belgiens allein.

Des Aufstandes war die österreichische Regierung Herr geworden, aber er hatte ihr genügenden Respekt eingeflößt, so daß weder Karl VI. noch seine Tochter Maria Theresia einen Versuch machten, an den alten Freiheiten der Belgier zu rühren.

Erst Josef II. ging ihnen wieder zu Leibe. Er hatte es schwer zu büßen. Sein allgemeines Ziel für den Gesamtstaat war die strammste Zentralisation, der schrankenloseste Absolutismus. Da er seine Hindernisse hauptsächlich im katholischen Klerus und im Adel fand, den einzigen Institutionen, die damals neben der monarchischen Gewalt in seinem Staat noch etwas bedeuteten, und er daher vor allem mit ihnen sich herumzuschlagen hatte, wurde er der Abgott der Liberalen Österreichs. Seine Ziele erreichte er in den deutschen und slawischen Landen. Er scheiterte am Widerstand Ungarns und Belgiens.

Kein Zweifel, die Zustände Belgiens schrien nach einer Umwandlung. Seine Freiheiten waren zum großen Teil nichts als Versteinerungen alter Privilegien aus der Feudalzeit, Privilegien des Adels und der Zünfte. Der wirtschaftliche Verfall und die Armut waren erschreckend.

Am liebsten wäre Josef das Land losgeworden, das schon durch seine geographische Lage die Einfügung in sein Zentralisationssystem erschwerte und wenig Gewinn brachte. Als 1777 die bayerische Linie der Wittelsbacher ausstarb und sich ein Streit um die Nachfolge entspann, trachtete Josef danach, Bayern oder doch einen Teil davon an Österreich zu ziehen. Dafür war er bereit, dem Anwärter auf den bayerischen Thron, Karl Theodor von der Pfalz, die Niederlande abzutreten. Aber Friedrich von Preußen durchkreuzte diesen Plan, der eine erhebliche Stärkung Österreichs in Deutschland bedeutet hätte. Es kam nicht zu dem beabsichtigten Tauschhandel in Landeskindern. So ging Josef daran, sie stärker an sich zu fesseln.

Zunächst legte er die Art an die Selbständigkeit der katholischen Kirche. Da bekam er es zu verspüren, welche Kraft sie in Belgien noch besaß.

Schlosser hat diese Kraft sehr gut gezeichnet:

Die Verschmelzung des Kirchlichen und der Politik oder mit anderen Worten die unerlöschliche Anhänglichkeit an die alte Religion, an den überlieferten Aberglauben und an die herkömmlichen kirchlichen Festlichkeiten und Gebräuche war von jeher ein Hauptcharakterzug des belgischen Volkes. Auf ihm beruhte auch der große Einfluß der Geistlichkeit und ihre unbedingte Gewalt über das ganze abergläubische und bigotte Volk. Doch stützte sich die Macht derselben auch darauf, daß der größte Teil des Grundbesitzes sich im Besitz der Kirche befand und daß die vielen Abteien, Bistümer und geistlichen Pfründen zur Versorgung der jüngeren Söhne des Adels dienten, daß also das Interesse des Klerus mit dem der weltlichen Aristokratie innig verbunden war. Die Zahl der Geistlichen war in Belgien größer als in den meisten anderen Ländern. Es gab, abgesehen von den vielen Mönchen und Pfarrgeistlichen, nicht nur außer dem in Mecheln residierenden Erzbischof noch

sieben andere Bischöfe, sondern auch nicht weniger als 107 Äbte, von denen manche ein jährliches Einkommen von 300 000 Gulden hatten. Der Einfluß des Klerus erstreckte sich sogar auf diejenige Klasse des Volkes, welche weder zum Adel noch zum bigotten großen Haufen gehörte, weil alle Schulen, sogar die Landesuniversität Löwen unter der alleinigen Leitung der Geistlichkeit standen und diese folglich auch allen Justiz- und Verwaltungsbeamten ihre Bildung und Richtung gab. (Weltgeschichte, XVII, S. 34.)

Schlosser erklärt den Einfluß der Kirche auf den »großen Haufen« bloß aus dessen »Bigotterie«. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß angesichts des Massenelends auch die Wohlthätigkeit der reichen Kirche ein kräftiges Mittel zur Beherrschung des »großen Haufens« geworden war.

Die Schlossersche Darstellung ist dabei noch insofern einseitig, als er nur die reaktionären Kräfte sieht, die sich Josef widersetzten. Es gab aber neben ihnen noch andere, revolutionäre. So sehr auch Belgiens Entwicklung stagnierte, so entwickelte es doch vorwärtstrebende bürgerliche Elemente, Intellektuelle und Kapitalisten. Nicht umsonst bildete es das Durchzugsland, das den drei Staaten benachbart war, die im Laufe des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts nacheinander mit rascher kapitalistischer Entwicklung die revolutionärsten Ideen geboren hatten, Holland, England, Frankreich. Namentlich die Ideen der französischen Aufklärer hatten in Belgien Einfluß gewonnen, naturgemäß am ehesten unter den Städtern der Französisch sprechenden Landesteile. Vor der französischen Revolution schon bildete sich jene Teilung aus, die später große Bedeutung gewinnen sollte, daß das Freidenkertum in den wallonischen, die Kirchlichkeit in den flämischen Landesteilen vorherrschte, so daß der Kampf der beiden Richtungen zeitweise auch einen nationalen Charakter annahm.

Aber die Anhänger der Aufklärung in Belgien waren keine österreichischen Liberalen, sondern von demselben Drang nach Selbstverwaltung besesselt wie ihre kirchlich gesinnten Landsleute. Sie wollten der Kirche und dem Adel, dem Junktwesen, kurz der ganzen Feudalität zu Leibe gehen, aber durch eine Volksbewegung, nicht durch die Erlasse einer dem Lande fremden Bürokratie. So nahmen, trotz der großen inneren Gegensätze, Wallonen und Flämen, Freidenker und Klerikale mit gleichem Ungestüm an dem Kampfe gegen die Josefinitische Reform teil, obwohl dieser ein fortschrittlicher Zug unleugbar innewohnte.

Ein österreichischer Geschichtsschreiber sagt von diesen Reformen:

Dieselben Tendenzen zur Einheit und Allmacht der Staatskraft, wie sie Josef in Österreich teilweise ausgeführt hatte, sind hier erkennbar. Der Feudalismus wird ein für allemal abgetan, der Föderalismus in den Provinzen gebrochen und eine einfache Verwaltung eingeführt. . . . Die belgische Nation hat sich nach vielen leidensvollen Jahren, nach dem Sturz ihrer Verfassung und einer drückenden Fremdherrschaft eine Verwaltung nach denselben Grundsätzen und in derselben Form wie bei der Josefinitischen Institution gegeben. Aber die Belgier waren an ein Selbstgovernment gewöhnt; die ganze gesellschaftliche Ordnung beruhte auf Privilegien, »Jebermann lebt von seinem Anteil daran«. Die Josefinitischen Reformen dagegen erschienen durchaus absolutistisch, als Verletzung der Verfassung, als ein Umsturz aller Einrichtungen. (H. Wolf, Österreich unter Maria Theresia, Josef II. und Leopold II. Berlin 1884, S. 282, 283.)

Schon 1782 begann Josef seine Eingriffe in das belgische Kirchenwesen, 1787 stärkte er durch seine Edikte die ganze Verfassung seiner niederländi-

schen Provinzen um. Da wurde die Unzufriedenheit allgemein und machte sich nach belgischer Art bald energisch Luft. Schon vor der französischen Revolution kam es zur Rebellion in Belgien. Bereits am 20. September 1787 gab es in Brüssel große Demonstrationen, Barrikaden wurden gebaut, und die Haltung der Bevölkerung nahm einen so drohenden Charakter an, daß der Militärkommandant von Belgien Graf Murray mit den Rebellen unterhandelte und Zugeständnisse machte. Josef erkannte diese nicht an, ließ seine Truppen einschleichen, in Brüssel, Mecheln, Antwerpen kam es zu Blutvergießen, und zunächst siegte die Regierung. Ein Schreckenregiment begann.

Aber mit dem Ausbruch der französischen Revolution wendete sich das Blattchen. Der Aufstand erhob von neuem sein Haupt. Am 26. Oktober 1789 erleiden die österreichischen Truppen eine Niederlage in dem Straßenkampf von Turnhout. Nun wird die Rebellion unaufhaltbar. Am 7. Januar 1790 konstituieren die Abgeordneten der belgischen Provinzen mit Ausnahme Luxemburgs die Republik der »Vereinigten Belgischen Staaten«. Die Nachricht soll der Todesstoß für Josef gewesen sein, der am 20. Februar starb.

Aber die Rebellen hatten nur zusammengehalten, solange es den Kampf gegen die Fremdherrschaft galt. Kaum war sie abgeworfen, brach der innere politische Gegensatz durch. Die Reaktionäre, geführt von van der Noot, die auf Preußens Unterstützung rechneten, wendeten sich gegen die Revolutionäre, die Vonck führte, der den Standpunkt vertrat, das belgische Volk dürfe auf keinen fremden Monarchen, sondern nur auf sich selbst vertrauen. Die Vonckisten erwiesen sich als die Schwächeren. Schon am 16. März 1790 wurden ihre Wohnungen in Brüssel von der wütenden Bevölkerung geplündert, bald darauf ihre Führer verhaftet oder zur Flucht ins Ausland gezwungen. So wurde die Erhebung ihrer besten revolutionären Kräfte beraubt. Die Revolutionäre Frankreichs hatten kein Interesse mehr an ihr. Niemand half den Belgiern, als Josefs II. Nachfolger Leopold 1791 ein Heer in Belgien einrücken ließ, dem es gelang, das österreichische Regiment wiederherzustellen.

Doch war es ihm nicht beschieden, sich lange seines Sieges zu freuen. Schon ein Jahr später kam es zum Kriege des revolutionären Frankreich gegen das monarchische Europa, zunächst gegen Österreich und Preußen. Dabei eroberten die Franzosen bereits im November 1792 Belgien, verloren es im nächsten Jahre, um es im Jahre 1794 abermals zu gewinnen. Im Frieden von Campo Formio 1797 trat Franz II. die österreichischen Niederlande an Frankreich ab, dem auch das Fürstbistum Lüttich sowie das ganze linke Rheinufer (außer den preussischen Besitzungen) einverleibt wurde. Diese Gebiete bildeten fortan einen Teil des französischen Staates. Ihre Trennung von den nördlichen Niederlanden blieb weiter bestehen. Diese waren von den französischen Siegern, die sie 1795 besetzt hatten, in die »Batavische Republik« verwandelt worden.

5. Belgien französisch.

Was England so lange verhindert und Ludwig XIV. vergeblich erstrebt hatte, das gelang der Republik: die Einverleibung Belgiens in Frankreich. Aber es gelang ihr noch mehr. Der spanische und der österreichische Absolu-

tismus hatten über dreihundert Jahre lang, von Maximilian I. bis zu Josef II., vergebens gesucht, die lokalen Sonderrechte ihrer niederländischen Untertanen aufzuheben oder doch zu beschränken. Vor der Revolution verschwanden diese Sonderrechte mit einem Schlage. An Stelle der historisch überlieferten niederländischen Provinzen trafen neue Departements. Alle Sonderrechte der Provinzen, des Adels, der Zünfte hörten auf, alle Belgier waren unterschiedslos Franzosen, für alle galt das gleiche Recht. Sie alle wurden in der gleichen Sprache verwaltet, der französischen, die allein im Staatsleben galt.

Am wunderbarsten aber ist folgendes, und es bezeugt die große werbende Kraft, die von einer von der Volksmasse getragenen, ihren Bedürfnissen dienenden Revolution ausgeht: die Belgier, die bisher so unheimlich jedem fremden Regiment gegenübergestanden hatten, sie fügten sich willig dem französischen Regime, ja es gewann sogar ihre Anhänglichkeit. Selbst unter den Flämen, unter denen der Gebrauch der französischen Sprache, wenigstens in den Städten, nun rasche Fortschritte machte.

Wir finden da unter den flämischen Belgiern dieselbe Erscheinung wie unter den Deutsch sprechenden Elsäßern und Rheinländern. Als die letzteren 1815 an Preußen kamen, waren unter ihnen die französischen Sympathien noch ungemein stark. Diese erloschen erst in dem Zeitraum von 1848 bis 1870. Diese Erscheinung ist nicht zu verstehen, wenn man den nationalen Drang, das Bedürfnis, mit den Sprachgenossen politisch vereint und von allen Sprachfremden politisch getrennt zu sein, als eine Naturerscheinung betrachtet, die unter allen sozialen und politischen Verhältnissen wirkt. Sie ist nur zu verstehen, wenn wir diesen Drang als eine Erscheinungsform des Bedürfnisses der Volksmassen nach Demokratie im modernen Staate erkennen. Sie empfinden den nationalen Drang nur unter Verhältnissen, in denen er die Demokratie, die Selbstbestimmung des Volkes fördert. Wo die Demokratie durch das Nationalitätenprogramm beeinträchtigt würde, haben sie wenig dafür übrig.

Die französischen Sympathien unter den Belgiern wurden indes nicht bloß durch politische Erwägungen gefördert. Außer nach Freiheit verlangen die Menschen auch nach Wohlfahrt. Dadurch, daß der Alp des Feudalismus von den Belgiern genommen und der große französische Markt ihnen ohne alle Schranken eröffnet wurde, begann die wirtschaftliche Stagnation endlich wieder von ihnen zu weichen, unter der sie jahrhundertlang gelitten. Eine Ara raschesten kapitalistischen Aufschwungs begann für sie.

Dieser wurde allerdings nicht wenig gefördert durch einen Umstand, der nicht der französischen Revolution zu danken ist. Fast gleichzeitig mit ihr beginnt das Zeitalter der Maschine, die das Handwerk und die auf Handgeschicklichkeit beruhende Manufaktur verdrängt, und beginnt die Anwendung des Dampfes als Triebkraft der Maschine. Neben der Massenproduktion und dem Massenverkehr kommen aber jetzt auch die Massenheere auf, wird unter den Industriezweigen die Waffenindustrie immer wichtiger. Alles das bewirkt, daß von nun an Eisen und Kohle an Bedeutung im Produktionsprozeß stetig zunehmen, der Besitz von Eisen und Kohle den industriellen Kapitalismus enorm fördert. Kein Land in Europa außer England produziert im Verhältnis zu seiner Bevölkerung so viel Kohle wie Belgien. Eine Zeitlang förderte es sogar absolut mehr Kohle als jeder andere Staat auf

dem europäischen Festland. Noch 1845 betrug seine jährliche Förderung 5 Millionen Tonnen, dagegen die Deutschlands nur 3,5 Millionen, die Frankreichs (1851) nur 3,4 Millionen. Die Englands hatte freilich schon 1800 10 Millionen erreicht, 1845 45 Millionen. Belgien verfügt aber auch über Eisenerze. Schon im Mittelalter blühte in Lüttich die Metallverarbeitung. Nun wurde Belgien durch den Aufschwung seiner Kohlen- und Metallindustrie aus einem Aschenbrödel wieder zu einer glänzenden Erscheinung unter den Völkern Europas.

Doch zeigten sich in dem Zeitraum, in dem Belgien französisch war, nur die Ansätze zum Regime der Dampfmaschine in der Industrie. Erst Dampfschiff und Lokomotive ebneten ihrem raschen Siegeszug die Wege. Beide erhielten praktische Anwendung gerade zur Zeit, als Belgien von Frankreich losgelöst wurde (1815), die Lokomotive zunächst in England. Die erste Eisenbahn in Belgien und auf dem Festland Europas überhaupt, mit Ausnahme der kleinen Strecke Lyon—St-Etienne (1832) wurde im Mai 1835 eröffnet.

Bis heute ist Belgien das an Eisenbahnen reichste Land der Welt. Auf 100 Quadratkilometer zählt es 29,3 Kilometer Eisenbahnen, Großbritannien nur 12, Deutschland 11,6 Kilometer.

Diesem glänzenden industriellen Entwicklungsgang wurde der Weg gebahnt durch die französische Revolution. Er wäre unmöglich gewesen auf der politischen und sozialen Grundlage, die in Belgien bis zur Revolution bestand.

6. Belgien holländisch.

Ganz anders wie auf die südlichen wirkte die französische Revolution auf die nördlichen Niederlande. Die Trennung der beiden, die seit dem Abfall von Spanien begonnen hatte, blieb auch jetzt noch bestehen, nicht bloß innerlich, sondern auch äußerlich. Die nördlichen Niederlande fuhren fort, ein gesondertes Gemeinwesen zu bilden, auch nachdem in Frankreich an Stelle der Republik das Kaiserreich Napoleons getreten war. Aus der von Frankreich abhängigen Batavischen Republik machte er ein abhängiges Königreich, das er seinem Bruder Louis verlieh (1806).

Ob Republik, ob Monarchie, die nördlichen Niederlande wurden nicht wie Belgien ein Teil des großen französischen Staates, teilhaftig aller Vorteile, die dieser seinen Bürgern bot, sondern ein abhängiger Vasallenstaat, der eine französische Armee ständig zu garnisonieren und zu erhalten hatte. Diese heuchlerische Art, die Abhängigkeit unter dem Anschein der Selbstständigkeit zu verbergen, wirkt womöglich noch erbitternder als offene Knechtschaft.

Die Anforderungen des französischen Militarismus wurden schließlich derartige, daß Louis Napoleon selbst sich dagegen auflehnte, sie zu befriedigen. Er dankte 1810 ab. Nun wurde sein Königreich mit Frankreich vereinigt. Diese Vereinigung kam jedoch zu spät, um auf die Holländer dieselbe Wirkung üben zu können wie früher auf die Belgier. Sie erfolgte zu einer Zeit, wo das Napoleonische Kaiserreich den letzten Rest seiner revolutionären Traditionen und Funktionen verloren hatte und nichts mehr repräsentierte als einen nackten Militarismus. In dieser Form wirkte es nicht mehr anziehend, sondern nur noch abstoßend.

Dazu kam, daß die ökonomische Lage in Holland ganz anders war als in Belgien. Wie im sechzehnten Jahrhundert das Spanien Philipps II. und im siebzehnten das Frankreich Ludwigs XIV. hatten sich im achtzehnten Jahrhundert die Vereinigten Staaten der Niederlande in dem Streben erschöpft, gleichzeitig die See zu beherrschen und eine starke Landmacht zu bilden. Diese Doppelaufgabe hat schließlich jeden dieser Staaten ruiniert. Er brachte auch für die Niederlande nach glänzendem Aufstieg völlige wirtschaftliche Stagnation. Das Zeitalter Napoleons vermehrte sie noch, indem es die nördlichen Niederlande den völligen Verlust ihrer wichtigsten Reichtumsquellen erleiden ließ. Da sie mit Napoleon verbündet waren, standen sie im Kriege mit England. Das kostete sie ihre Kolonien und ruinierte ihren überseeischen Handel.

So wirkte die Zeit der französischen Herrschaft auf die Holländer ganz anders als auf die Belgier. Nach der Schlacht bei Leipzig erhoben sich mit den Deutschen die Holländer im Aufstand gegen das französische Joch, während die Belgier keinen Finger rührten, von Frankreich loszukommen. Dies wurde ohne ihr Zutun durch die Großmächte bewirkt, die Napoleon niedergeschlagen hatten, vor allem durch England.

Wir haben gesehen, daß die französische Revolution vermocht hatte, was vor ihr keiner der mächtigen Dynastien Spaniens und Österreichs gelungen war: die Belgier widerstandslos, ja freudig einem großen Staate einzuverleiben. Der französischen Revolution war aber auch gelungen, woran der nach der Beherrschung Europas trachtende Ludwig XIV. gescheitert war, sich ganz Belgiens zu bemächtigen, ohne durch England daran gehindert zu werden.

Indes bestand Englands alte Politik noch fort, jede starke Militärmacht als ihren Todfeind anzusehen, die, Belgien benachbart, sich dieser Basis zum Stoß ins Herz Britanniens bemächtigte. Im Winter 1792/93 war Belgien französisch geworden, in demselben Winter gesellte sich England der Koalition gegen Frankreich bei, und wenn es von da an den Krieg gegen die Republik und das ihr folgende Kaiserreich zäher und mit geringeren Unterbrechungen als ein anderer Staat Europas bis zum Sturze Napoleons führte, so trug dazu nicht zum wenigsten die Tatsache bei, daß Belgien französisch war.

Nach Napoleons Fall war eine der ersten Sorgen der englischen Staatsmänner die, Belgien von Frankreich abzutrennen. Die Völker wurden damals bei derartigen Prozeduren nicht gefragt. Belgien wurde nicht selbstständig gemacht — man mißtraute ihm wohl zu sehr wegen seiner starken französischen Sympathien —, sondern Holland zugeteilt, mit dem es zusammen das Königreich der Vereinigten Niederlande bilden sollte. In dieser Verbindung hoffte man es vor allen französischen Vergrößerungsgelüsten sicherzustellen. Zum König des neuen Reiches wurde Wilhelm von Oranien bestimmt, der Sohn des letzten Statthalters der Republik, ein Schützling Englands.

Vom Standpunkt des Nationalitätenprinzips hätten die Flämen über diese Gestalt ungünstig sein müssen. Sie wurden getrennt von Frankreich, in dem sie eine hoffnungslose Minderheit gebildet hatten. Sie wurden mit ihren nördlichen Sprachgenossen vereinigt und bildeten mit ihnen die große Mehrheit im Staate, denn 1½ Millionen Wallonen standen nun 5 Millionen Angehörige der flämisch-holländischen Sprachgemeinschaft gegen-

über. Aber auch jetzt erwies es sich wieder, daß das moderne nationale Streben kein »natürliches«, »ewiges«, sondern ein von bestimmten sozialen und politischen Bedingungen abhängiges ist, daß es vor allem aus dem Drange nach demokratischer Selbstbestimmung des Volkes im modernen Staate erwächst.

Diese Selbstbestimmung fehlte den Belgiern im niederländischen Staate, den Flämen nicht minder als den Wallonen. So sehr hatten sich die Mächte daran gewöhnt, Belgien als unselbständigen Teil eines anderen Staates anzusehen, daß sie 1814 nicht von einer Vereinigung Belgiens mit Holland sprachen, sondern ersteres dem letzteren als »Gebietszuwachs« zuwiesen. Als erobertes Land wurde es von den regierenden Klassen Hollands betrachtet und behandelt, und diese Behandlung lähmte alle Gefühle der Zusammengehörigkeit, die etwa aus der Sprachgemeinschaft hervorgehen konnten. Obwohl Belgien über $3\frac{1}{2}$ Millionen Einwohner zählte, Holland nur $2\frac{1}{2}$ Millionen, entsandte es doch nicht mehr Abgeordnete als dieses in das Parlament (die Generalstaaten). Aber noch wichtiger als das Schaffenparlament in jener Zeit der Reaktion war die Staatsverwaltung. Sie blieb vollständig in den Händen der Holländer. Im Jahre 1830 war von 7 Ministern nur einer ein Belgier, von 117 Beamten im Ministerium des Innern waren nur 11 belgische, von 1967 Offizieren der Armee nur 288 belgische.

Entscheidend war damals die königliche Macht im Staate, und Wilhelm fühlte sich ausschließlich als Holländer.

Was die Belgier an Freiheiten noch aus der Franzosenzeit her besaßen, wurde ihnen genommen, so die Geschworenengerichte. Statt von belgischen Landsleuten wurden sie hinfert von holländischen Berufsrichtern gerichtet. Die Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens wurde beseitigt.

Die Pressefreiheit war in dem Grundgesetz (Art. 227) gewährt; tatsächlich aber war sie, unter dem Vorwand der Gefahr der Napoleonischen Invasion, durch eine übermäßig strenge Verordnung vom 20. April 1815 konfisziert worden, die zur Kognition aller Vergehen einer aufregenden Natur, durch Schrift, Rede oder Tat ein außerordentliches Tribunal bestellte und in den Strafbestimmungen bis zur Ausstellung am Pranger, Brandmarken, Gefängnis bis zu sechs Jahren und 10 000 Franken Buße vorging. (Gervinus, Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts, S. 554.)

Das waren die richtigen Methoden, eine sprachverwandte, aber anders gewöhnte Bevölkerung von sich abzustößen.

Zu politischer Unterdrückung gesellte sich ökonomischer Gegensatz. Holland hatte in den vielen Jahren, in denen es als selbständiger Staat Krieg geführt, eine ansehnliche Staatsschuld angesammelt — zwei Milliarden. Die Belgiens war winzig — 30 Millionen. Nun wurden beide Staatsschulden zur gemeinsamen Schuld des ganzen Staates.

Belgien war in der Franzosenzeit ein aufstrebender Industriestaat geworden, in Holland dominierten die Interessen der Agrarier und der Handelsleute. Holland verlangte nach freier Einfuhr von Industrieprodukten, Belgien nach Zollschutz für sie.

Zu alledem gesellte sich endlich der religiöse Gegensatz zwischen Katholizismus und Calvinismus. Er regte besonders die Flämen gegen die Holländer auf, denn in der flämischen Bevölkerung lebte ein weit stärkerer katholischer Fanatismus als in der wallonischen, die, mehr industriell und mehr von der französischen Literatur beeinflusst, religiöser Indifferenz und Freidenkererei eher zugänglich war.

Alle diese Faktoren wirkten zusammen, um die gesamte belgische Bevölkerung, Wallonen und Flämen, Freimaurer und Klerikale, Republikaner und Monarchisten, in wachsendem Haß gegen das holländische Regime zu vereinigen. Die belgische Opposition nahm immer schärfere Formen an.

Der König glaubte durch die Macht seiner Persönlichkeit auf die Belgier Eindruck machen zu können, unternahm eine Reise durch Belgien 1829, um sich seinen dortigen Untertanen zu zeigen. Und er erreichte es in der Tat, daß er von den Neugierigen angehocht wurde, die gekommen waren, ihn zu sehen. Wie das anderen schon passiert ist, nahm auch er das für den Ausdruck der wahren Volksstimmung, und als in Lüttich, das wegen seiner revolutionären Gesinnung schwarz angeschrieben war, ihn besonders lauter Jubel empfing, sagte er zum Stadtrat:

Ich sehe jetzt, was ich von den angeblichen Beschwerden zu halten habe, die so lärmend erhoben werden. Jetzt weiß ich, daß das Ganze weiter nichts ist als das Werk einiger Menschen, die ihre Sonderinteressen für das allgemeine Bedürfnis ausgeben. Das ist ein schändliches, ein ehrloses Betragen.

Der Erfolg zeigte, daß wenn schon ein gewöhnlicher Tourist die Denkwaise der Bevölkerung eines Landes schwer kennenlernt und leicht durch zufällige Außerlichkeiten zu falschen Urteilen verleitet wird, ein gekrönter Tourist dabei noch leichter irrt. Seine Irrtümer können aber in bewegten Zeiten sehr folgenschwer werden. Wilhelms Brandmarkung der belgischen Opposition als ehrlos sollte ihn bald teuer genug zu stehen kommen.

Wie einst die holländischen Schiffer den Namen der Geusen, mit dem man sie beschimpfen wollte, zu einem Ehrennamen für sich gemacht hatten, so nannten sich jetzt die Belgier Ehrlose. Man prägte Denkmünzen der Ehrlosen, die an einem Bande getragen wurden und auf der einen Seite die Verfassungsurkunde, auf der anderen Seite das niederländische Pfeilbündel und die Namen berühmter Redner oder Schriftsteller mit der Umschrift: Treu bis zur Ehrlosigkeit! darstellten. Die Regierung antwortete mit einem strengen Pressegesetz, das sie den Abgeordneten am 11. Dezember 1829 vorlegte. (S. Conscience, Geschichte von Belgien.)

Ein verschärftes Pressegesetz, das war der erste Erfolg der Königstreife. Immer härter wurde die Verfolgung der belgischen Opposition. Sie wurde nicht besänftigt dadurch, daß die Regierung zur Unterdrückung auch noch die Korruption gesellte. Um die industriellen Kreise Belgiens zu gewinnen, hatte sie »zur Unterstützung der nationalen Industrie« einen Jahresfonds von 1 300 000 Gulden ausgesetzt. Aber die Unterstützung der nationalen Industrie entpuppte sich als Unterstützung von Industrierittern, deren Nationalität Nebensache war, wenn sie nur dem König dienten.

Das Regierungsorgan in Brüssel, der »National«, wurde von einem Italiener Libri-Bagnano redigiert, der in Frankreich schon wegen Fälschung auf die Galeeren gekommen war. Er stand im Vorkampf gegen die Belgier. Sein Wort aus dem »National«: »Man muß den Belgiern einen Maulkorb anlegen wie Hund« machte die Runde durch ganz Belgien. Nun, zur Zeit der Beratung des verschärften Pressegesetzes, wurde es bekannt, daß von 1827 bis 1829 drei königliche Beschlüsse diesem sauberen Patron 85 000 Gulden aus dem Fonds »zur Unterstützung der nationalen Industrie« zugewiesen hatten.

Das Maß war voll, es fehlte nur ein Tropfen, es zum Überlaufen zu bringen. In diese Stimmung fiel die Julirevolution in Frankreich. Einen Monat später war ganz Belgien in Flammen.

Die belgische Bourgeoisie erwies sich da als schwankend, ja doppelzüngig. Sie wollte die Unabhängigkeit, fürchtete aber den Sieg der Revolutionäre. In den entscheidenden Kämpfen jener Tage hielt sich die Bourgeoisie abseits. Es war das Proletariat, das seine Haut zu Markte trug und den Sieg errang. So wurden in den entscheidenden Straßenschlachten in Brüssel vom 21. bis 27. September 1830 auf Seite des Volkes nach einer Zählung Leon Desuissieur 456 Mann getötet, darunter nur 17 Bourgeois, 1226 verwundet, davon 41 Bourgeois (Camille Huysmans, *La Révolution de 1830 et le Mouvement Politique*, Gent 1905, S. 29).

Das Proletariat hatte die Schlacht gewonnen. Der Sieger war die Bourgeoisie. Am 4. Oktober dekretierte die provisorische Regierung in Brüssel die Unabhängigkeit Belgiens. Der darauf einberufene Kongreß wurde nach einem hohen Zensus (je nach der Gegend von 13 bis 150 Gulden schwankend) von nur 44 000 Wählern gewählt. Er beschloß mit 174 Stimmen gegen 13 Republikaner, Belgien solle eine parlamentarische Monarchie sein.

7. Die flämische Bewegung.

Der belgische Staat wurde eine Monarchie, aber trotzdem blieb er das Ergebnis einer revolutionären Erhebung, ein Nachhall der großen französischen Revolution. Dabei freilich das Werk einer Bevölkerung mit tiefgewurzelten Traditionen, starkem Konservatismus, deren Gemüter in hohem Maße von der katholischen Kirche beherrscht wurden. Er war das Ergebnis einer nationalen Erhebung gegen eine Fremdherrschaft, und doch sprach die Mehrheit der belgischen Nation die Sprache der Fremdherrschaft und verstand nicht die des eigenen, durch Selbstbestimmung der Nation begründeten Staates.

Infolge des revolutionären Ursprungs des Staates war die Regierungsgewalt dem Volke gegenüber nicht sehr stark. »Alle Gewalten gehen von der Nation aus,« heißt es in der belgischen Verfassung. Das Volk bekam eine Bewegungsfreiheit in der Presse, in Versammlungen und Vereinen, wie sie in dem reaktionären, absolutistischen, vom Polizeigeist erfüllten kontinentalen Europa jener Zeit ganz unerhört war. Sie wurde weniger beschränkt als in der französischen Julimonarchie, die doch auch das Produkt einer Revolution war. Als Karl Marx infolge des Drängens der preussischen Regierung aus Frankreich ausgewiesen wurde, fand er eine Freistadt in Belgien (1845). Ihm folgte dorthin der 1847 aus Frankreich ausgewiesene Bakunin. Bis 1848 lebte Marx in Brüssel im Verein mit Engels. Dort arbeiteten sie die Grundlagen ihrer neuen Lehre aus, dort schufen sie das kommunistische Manifest. Soweit man ein einzelnes Land das Ursprungsland des Marxismus nennen will, darf Belgien auf diese Bezeichnung Anspruch erheben. Als Durchzugsland, in dem deutsche, französische, englische Einflüsse und Ideen sich treffen, bot es den richtigen Boden für eine internationale Lehre, die deutsche Philosophie, englische Ökonomie, französischen Revolutionsgeist zu einer höheren Einheit vereinigte.

Die glänzende Medaille der belgischen Freiheit hatte indes ihre dunkle Kehrseite. Diese Freiheit war auch die schrankenloseste Freiheit der Ausbeutung für das industrielle Kapital.

Mächtig wuchs dieses in Belgien an, verhältnismäßig fast ebenso gewaltig wie in England, viel rascher als in Holland, jener vulgären Anschauung

zum Trotz, die in einem großen Kolonialbesitz die unentbehrliche Vorbedingung für das industrielle Gedeihen der modernen Völker sieht.

Über lange fehlte das Gegengewicht, eine machtvolle Bewegung des Proletariats. Beherrscht von der katholischen Kirche, kam es spät dazu, selbständige Regungen zu entwickeln.

Wir haben gesehen, welche Macht die katholische Kirche seit dem Mittelalter in den südlichen Niederlanden besaß. Der Umsturz von 1830 schwächte sie in keiner Weise. Sie wurde durch ihn vielmehr gestärkt; die Erhebung gegen die Holländer bedeutete ja die Abwerfung der Herrschaft einer protestantischen Staatsgewalt. Belgien wurde merkwürdigerweise das Idealland nicht nur der liberalen Kapitalisten, sondern auch der schwärzesten Klerikalen. Es war das Land, das wie dem Kapital, so auch der Kirche vollste Freiheit ließ — und zwar nicht eine Freiheit wie in den Vereinigten Staaten, wo der Staat sich um die Kirche nicht kümmert, sie nicht bedröndet, aber auch nicht schützt. »Die Kirche wurde vom Staate getrennt, ... aber die Kirche behielt die Privilegien, die ihr der Staat vor der Trennung zuerkannte.« (Seignobos, *Politische Geschichte des modernen Europa*, Leipzig 1910, S. 210.) In Belgien hat der Staat nichts in die Kirche dreinzureden, diese aber sehr viel in den Staat. Sie gehört zu den ihn beherrschenden Mächten. Mehr noch als andere dieser Mächte ist die katholische Kirche an der Unwissenheit ihrer Gläubigen interessiert, denn das moderne Wissen ist zu unvereinbar mit den von ihr gepredigten Anschauungen. Die Industriellen und Kaufleute brauchen intelligente Arbeiter, der moderne Militarismus intelligente Soldaten, aber die Kirche hat kein Bedürfnis nach einer intelligenten Volksmasse.

Dank ihrem Einfluß ist heute noch die Volksbildung in Belgien aufs äußerste vernachlässigt. Erst 1914 wurde in Belgien der Schulzwang eingeführt, noch 1866 konnte die Hälfte der Bevölkerung nicht lesen und schreiben; 1880 betrug die Zahl der Analphabeten noch 30 Prozent, 1910 13 Prozent.

Zu dieser Unwissenheit gesellte sich die Abhängigkeit weiter Schichten der proletarischen Bevölkerung von der kirchlichen Wohltätigkeit sowie die starke Wirkung bäuerlicher und kleinbürgerlicher Traditionen. So dauerte es lange, ehe eine proletarische Klassenbewegung im modernen Sinne einsetzte. Lange beschränkten sich die proletarischen Gegenwirkungen gegen den Kapitalismus auf gelegentliche gewalttätige Verzeigungsausbrüche, die brutal niedergeschlagen wurden, und auf kleinbürgerlich-proudhonistische Experimente. Sehr spät erst kam eine politische und gewerkschaftliche Klassenbewegung auf, und sie fand in höchst eigenartiger Weise ihren Ausgangspunkt und ihre Grundlage in einem starken Konsumvereinswesen.

In der ersten Internationale war Belgien wohl schon vertreten, doch schwankte es zwischen Marx und Bakunin. Die sozialdemokratische »Arbeiterpartei« Belgiens datiert vom Jahre 1885.

Lange blieben die Kapitalisten Belgiens völlig ungehört im Besitz ihrer politischen Macht, die sie sich durch einen hohen Wahlzensus sicherten, den erst 1894 der proletarische Massenansturm beseitigte.

Fast ebensolange dauerte es, bis Belgien auch nur die dürftigsten Ansätze eines Arbeiterschutzes zuteil wurden. Den Anfang machte eine Verordnung im Jahre 1884, die in den Bergwerken die Beschäftigung von Knaben unter

12 Jahren und Mädchen unter 14 Jahren verbot: welch scheußliche Zustände deckt diese Schutzbestimmung auf, und welch scheußliche Zustände ließ sie bestehen!

In seinem »Kapital« konnte Marx von Belgien noch 1867 sagen, daß »das Paradies des kontinentalen Liberalismus keine Spur dieser Bewegung (nach Arbeiterschutz) zeigt. Selbst in seinen Kohlengruben und Metallminen werden Arbeiter beider Geschlechter und von jeder Altersstufe mit vollkommener »Freiheit« für jede Zeitdauer und Zeitperiode konsumiert« (Volksausgabe, S. 247).

Erst in den letzten Jahrzehnten ist das unter dem Drucke der Arbeiterbewegung etwas besser geworden.

Die erste Opposition, die das herrschende Regime fand, war nicht eine soziale, sondern eine nationale Bewegung. Die der Flamen setzte früher ein als die der Proletarier.

Nur von dieser nationalen Bewegung wollen wir hier handeln. Wer sich über die sozialistische unterrichten will, den verweisen wir auf das Ergänzungsheft Nr. 9 zur Neuen Zeit (März 1911) von L. de Brouckère und J. de Man über »Die Arbeiterbewegung in Belgien«. Unter den belgischen Fragen, die der Krieg in den Vordergrund gedrängt hat, spielt die sozialistische Bewegung keine Rolle, wohl aber die flämische.

Die französische Herrschaft hatte Belgien eine Staatsprache gebracht: naturgemäß die französische. Doch schon vorher war diese die Sprache der Gebildeten auch in den flämischen Teilen, namentlich in den großen Städten geworden.

Im Mittelalter, als das flämische Belgien der ökonomisch fortgeschrittenste Teil Nordeuropas war, erlangte es auch in der Kunst und Literatur eine führende Rolle, wurde seine Sprache als Kultursprache anerkannt. Mit seiner wirtschaftlichen Kraft ging auch seine geistige Bedeutung zurück und damit die seiner Sprache. Diese wurde nur noch von unwissenden Bauern und Kleinbürgern angewendet und verlor jede Fähigkeit, Begriffe und Ideen auszudrücken, die über deren engen Gesichtskreis hinausgingen. Das traf gerade in der Zeit ein, in der das Lateinische aufhörte, die Sprache der Wissenschaften zu sein, indes diese gleichzeitig mächtig anwuchsen, Welt- und Technik sowie soziale und politische Umwälzungen den geistigen Horizont Europas gewaltig erweiterten und die Nationen, die an diesem Prozeß tatkräftig teilnahmen, Schriftsprachen entwickelten, die tauglich waren, die Flut neuer Ideen in Worte zu fassen, zu bemeistern, zu verbreiten.

Die flämische Sprache blieb von dieser Umwälzung völlig unberührt. Die andere der beiden Sprachen Belgiens dagegen, die französische, war die Sprache jenes Staates, der im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert in Europa politisch, ökonomisch und auch intellektuell am mächtigsten wurde, die Sprache, die von der Aristokratie und der internationalen Politik ganz Europas angenommen wurde. Kein Wunder, daß je mehr die flämischen Dialekte zur Sprache der Bauern wurden, desto mehr zum Französischen alle Belgier griffen, die über das bäuerliche oder kleinbürgerliche Dasein hinaus wollten.

Während im dreizehnten Jahrhundert die Flamen für Deutschland in der Kultur und Literatur tonangebend waren und »Flaeminc« einen »feingebildeten Mann« bezeichnete, änderte es seine Bedeutung, nachdem Adel und Patriziertum in Flan-

dern französiert waren und nur noch der Bauer und Kleinbürger flämisch rebete. Man bedeutete »Flaeminc« sogar in Flandern selbst soviel wie Bauer oder Tölpel, und als solcher war er eine stehende Figur in den Schauspielen bis ins neunzehnte Jahrhundert. (F. Jostes, Die Flamen im Kampf um ihre Sprache und ihr Volkstum. Kriegsvorträge der Universität Münster, Heft 15/16. Münster 1915. S. 7.)

Als Belgien holländisch wurde, setzte das neue Regime an die Stelle des Französischen die niederländische Schriftsprache als Staatsprache. Diese berührte aber sogar die Flamen selbst vielfach als fremde Sprache, da sie in ihrer Unwissenheit nur ihre provinziellen Mundarten kannten. Das Französische hatte dagegen so feste Wurzeln auch in den flämischen Provinzen gehabt, daß das holländische Regime dem Rechnung fragen mußte.

Die offiziellen Dokumente wurden in den wallonischen Provinzen französisch, in den flämischen holländisch und französisch abgefaßt. Im Jahre 1822 führte die Regierung das Holländische als Gerichtssprache für die flämischen Teile ein, stieß aber dabei auf den erbitterten Widerstand der Advokaten, die auch in jenen Gebieten französisch sprachen. Sie erreichten schließlich, daß ihnen gestattet wurde, französisch zu plädieren, wenn ihre Klienten damit einverstanden waren.

Nach der Trennung von Holland wurde das Französische wieder vollständig die Sprache der Behörden, der Armee, der Gerichte, der höheren Schulen. Allerdings stand nach dem Gesetz jedermann der Gebrauch des Flämischen frei. Aber was nützte es ihm, wenn die Offiziere, die Richter, die Behörden ihn nicht verstanden und ihm französisch antworteten, alle offiziellen Dokumente französisch lauteten!

Diesen Zustand konnten die Flamen nur ertragen, solange sie in ihrer Rückständigkeit keinen Anteil am Staatsleben nahmen. Aber so sehr auch ihr Unterricht vernachlässigt war, so wenig ihre Dörfer und kleinen Städte von der industriellen Umwälzung berührt wurden, die hauptsächlich den wallonischen Teil und die französierten größeren Städte traf, sie blieben doch vom modernen Verkehr und von dem Drang nach Volksbildung nicht völlig unberührt, und mit deren Vordringen erwacht auch das Interesse am Staatsleben, an der modernen Demokratie. Seit den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ersteht nicht nur eine belletristische, sondern auch eine politische Literatur in flämischer Sprache, und rasch erstarkt eine Bewegung für die Gleichberechtigung der flämischen Sprache im Staate. Ursprünglich war sie radikal demokratisch, aber bald erkannten die Klerikalen, wie wertvoll ihnen diese wesentlich kleinbürgerlich-bäuerlich-partikularistische Bewegung werden konnte, die ihre Kraft aus der Verherrlichung der Vergangenheit zu ziehen suchte, und sie bemächtigten sich ihrer.

Die Wandlung des Vorkämpfers der flämischen Bewegung, Conscience, bezeugt diesen Vorgang in anschaulicher Weise.

Im Jahre 1837 schrieb S. Conscience seinen Roman: »Im Wunderjahr 1566«, den »ersten großen Roman, der eine neue flämische Literatur nach einem Stillstand von mehr als zweihundert Jahren einleitete. . . In leidenschaftlicher Sprache schilderte er den Freiheitskampf gegen spanische Herrschaft und römisch-katholische Inquisition und erweckte zuerst in seinem Volke das Gefühl von Stolz auf die Taten früherer Geschlechter.« (P. Döwals, »Der Nationalitätenkampf der Flamen und Wallonen«, Preußische Jahrbücher, Mai 1914, S. 223.)

Über man begründet nicht ungestraft eine demokratische Bewegung auf dem Sehnen nach einer großen Vergangenheit statt auf dem nach einer größeren Zukunft.

Seine Schwärmerei für das Mittelalter machte Conscience reif für die katholische Sache:

Die klerikale Partei sah sich durch die neue flämische Bewegung in ihrem eigenen Lager bedroht. Mit großem Geschick wußte sie sich an die Spitze dieser Bewegung zu bringen, um sie in ihrem Sinne zu lenken, die liberalen Regungen im Flämenlande zu unterdrücken und doch zugleich die ganze Bewegung als Kampfmittel gegenüber der herrschenden wallonischen Rasse zu haben. Die Zahl der Anhänger der neuen flämischen Bewegung war noch nicht groß. Glücklich es, die Führer zu gewinnen, so war das Ziel erreicht. Und tatsächlich gelang es, Conscience in den Schoß der klerikalen Partei zurückzuführen, so daß er in der zweiten Ausgabe seines Romans »Im Wunderjahr 1566« alle Stellen ausmerzte, die sich gegen die Inquisition und die Herrschaft der römischen Kirche gerichtet hatten. In dieser Form ist der Roman dann fast in alle europäischen Sprachen übersetzt worden. Andere Werke von sich stellte Conscience direkt unter die geistliche Zensur. (Djwald, a. a. D., S. 224.)

Dafür widerfuhr ihm die Ehre, daß es der Fürstbischof von Breslau selbst war, der 1846 seinen kastrierten Roman ins Deutsche übersetzte, daß ihm ein preußischer, ein bayerischer, ein holländischer Orden zuteil wurden.

Das verlieh dem Dichter frischen Mut und dem flämischen Volke Selbstbewußtsein. (Jostes, a. a. D., S. 13.)

Auf solche Grundlagen wurde bald die flämische Bewegung gestellt. Sie entwickelte sich zur Hauptstütze des klerikalen Kampfes gegen den Liberalismus, der den Flämen direkt als »die Partei Frankreichs« denunziert wurde. Dabei blieb jedoch die flämische Bewegung ein Ausdruck demokratischer Bedürfnisse politisch aufstrebender Volksmassen, ein Ausdruck von Bedürfnissen, die mit der Entwicklung des Kapitalismus und seines Verkehrs unaufhaltsam wuchsen, aber auch an Kraft zunahmen. So vermochte der Klerikalismus Belgiens, ganz im Gegensatz zu dem Frankreichs, durch seine Beherrschung des Flämenfums zugleich mit diesem zu erstarken. Beide haben sich gegenseitig gehoben. Die letzten Jahrzehnte sind für Belgien eine Zeit dauernder Herrschaft des Klerikalismus, aber auch wachsender Gleichberechtigung der flämischen Sprache.

In der Zeit von 1830 bis 1846 finden wir in Belgien 15 Jahre lang liberal-klerikale Koalitionsministerien und 1840 ein liberales Ministerium. Von 1846 bis 1884 treten dort drei klerikale Ministerien auf, die zusammen 11 Jahre im Amte sind, und drei liberale, die sich zusammen 27 Jahre lang behaupten. Da überwiegen also die Liberalen. Seitdem finden wir dagegen ein ununterbrochenes klerikales Regime.

In den wallonischen Gebieten wurde der Liberalismus zurückgedrängt durch die Sozialdemokratie, die gleich jenem in den Französisch Sprechenden Teilen der Bevölkerung ihren Schwerpunkt findet. In der Sozialdemokratie erstand aber dem Streben der Flämen nach Gleichberechtigung ihrer Sprache ein neuer Helfer, da die internationalen und demokratischen Grundsätze des Sozialismus von vornherein diese Gleichberechtigung erheischen.

So machte die flämische Sache ununterbrochene Fortschritte. Das erste Sprachengesetz wurde 1873 erlassen. Es läßt für die flämischen Provinzen

das Flämische als Gerichtssprache in dem Falle zu, daß der Angeklagte kein Französisch versteht. Unaufhaltsam folgten weitere Fortschritte der Gleichberechtigung in den Ämtern und in der Armee. Im Jahre 1898 kam das erste Gesetz, das eine Doppelsprachigkeit für ganz Belgien festsetzt. Alle Gesetze und Verordnungen müssen seitdem französisch und niederländisch erscheinen. Noch unmittelbar vor dem Kriege, 1913, wurde ein Sprachengesetz angenommen, das für alle Offiziere und Unteroffiziere in der Armee die Kenntnis der beiden Landessprachen obligatorisch macht.

Nicht so rasch wie in der Gesetzgebung sind die Fortschritte der Gleichberechtigung in der Verwaltung. Aber auch hier unverkennbar.

Wohl haben bei alledem die Flämen noch nicht die völlige Gleichheit erlangt. So sind sie zum Beispiel im Schulwesen noch benachteiligt. Im Jahre 1913 besaß Belgien 7590 Elementarschulen — staatliche, kommunale, freie. In 4224 von ihnen ist das Französische, in 3261 das Flämische, in dem Rest das Hochdeutsche Unterrichtssprache. Als zweite Sprache wird das Französische in 2985 Schulen getrieben, in 472 das Flämische. (Jostes, a. a. D., S. 36.)

Darin liegt sicher eine starke Benachteiligung der Flämen, die die Mehrheit im Lande ausmachen, aber man würde sehr irren, wollte man darin ein Zeichen staatlicher Vergewaltigung sehen.

Im Reichstag hat sich schon Haase in der Sitzung vom 30. März 1917 darüber geäußert. Er sagte:

Auch andere Handlungen der Regierung aus letzter Zeit haben uns nicht dem Frieden nähergebracht, sondern haben die auswärtige Situation verschärft. Es war der Admiral Tirpitz, der in einem Neujahrsgruß an den Direktor Otto Händler in Koblenz schrieb: für 1917 sei Flandern das Lösungswort. Auch dieses Lösungswort des Herrn Tirpitz ist zur Parole des Reichskanzlers geworden. Der Rat der Flämen ist von ihm empfangen worden. Der Rat der Flämen — eine merkwürdige Gesellschaft — ohne jedes Ansehen im eigenen Lande und wahrscheinlich schon vergessen, bevor der Krieg zu Ende ist.

Man spricht so viel davon, daß wir die Flämen, die unterdrückte Nation, befreien müßten. Ist denn das wahr? (Zuruf.) Ja, Herr Kollege, widerlegen Sie mich. Wie liegen denn die Verhältnisse? Waren nicht die Flämen im belgischen Parlament in der Mehrheit? Und sollte die flämische Mehrheit im Parlament die Unterdrückung der eigenen Stammesangehörigen beschlossen haben? Wer glaubt denn das? Die Gleichberechtigung beider Sprachen galt auf allen Gebieten, und wenn die Flämen noch nicht die Universität haben, die sie jederzeit haben konnten, so aus einem sehr einfachen Grunde, nämlich deshalb nicht, weil die flämische Bourgeoisie von jeher Französisch sprach und gar kein Interesse nach einer flämischen Universität bekundete.

Erst als die Intelligenz im flämischen Volke sich regte, also Sprößlinge aus dem flämischen Bauernvolk in die Intelligenz verpflanzt wurden, wurde die Forderung nach einer Universität laut, und sie stand kurz vor Kriegsausbruch vor ihrer Verwirklichung.

Meine Herren, wir gerade sollten berufen sein, unterdrückte Nationen zu befreien? Man fange mit der Befreiung doch zunächst im eigenen Hause an. Wenn Sie das, was Sie den Flämen versprechen, ja nur das, was die Flämen schon längst hatten, den Polen, den Dänen, den Elsaß-Lothringern geben würden, deren Klagen wären mit einem Schlage beseitigt.

Dies Haases Ausführungen. Dem wurde entgegnet, daß wohl eine flämische Mehrheit im belgischen Parlament rein wahlkreisgeometrisch heraus-

gerechnet werden« könne, daß aber »Begriffe wie flämische Mehrheit oder wallonische Mehrheit im belgischen Parlament überhaupt keine Begriffe sind, weil die Nationalitätsfragen den parteipolitischen Programmen bis jetzt immer untergeordnet waren«.

Das heißt aber doch nichts anderes, als daß den Flämen selbst ihre nationalen Schmerzen bisher weniger wichtig erscheinen als die allgemeine Politik, sonst würden sie sie doch dieser nicht unterordnen. Diese Bemerkung widerlegt nicht Haases Ausführungen, sie bekräftigt sie.

Wir haben im belgischen Parlament die Tatsache zu verzeichnen, daß es dort trotz vorkommender nationaler Kämpfe keine nationalen Parteien gibt. Die wallonischen und flämischen Klerikalen bilden zusammen eine Partei, ebenso wie die wallonischen und flämischen Liberalen, von den Sozialisten nicht zu reden. Man ist dort nicht zu den unglückseligen Zuständen gelangt, wie sie zum Beispiel in Böhmen zu finden sind, wo nicht bloß deutsche und tschechische Liberale, deutsche und tschechische Agrarier einander unversöhnlich gegenüberstehen, sondern auch die deutschen und die tschechischen Sozialdemokraten gesonderte und mitunter sogar gegensätzliche Parteien bilden.

Woher sollte denn die staatliche Unterdrückung der Flämen kommen? Bilden sie doch die Mehrheit im Lande, liefern sie doch tatsächlich die Mehrzahl der Wähler. Und sie sind nicht bloß die Mehrheit, sie werden noch immer zahlreicher, dank ihrer größeren Fruchtbarkeit. In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts vermehrten sich allerdings noch die Wallonen rascher als die Flämen. J. E. Horn gibt in seinen »Bevölkerungswissenschaftlichen Studien aus Belgien« (Leipzig 1854) für 1846 noch die Zahl der Geburten auf je 1000 Einwohner in den flämischen Provinzen auf 30, in den wallonischen auf 31, in den wallonisch-flämischen allerdings auf 33, für den ganzen Staat auf 31 an. Aber seitdem hat wie im benachbarten Frankreich, so auch im benachbarten Belgien der »Geburtenstreik« eingesetzt. Die relative Zahl der Geburten erreichte ihren Höhepunkt im Jahrzehnt 1861 bis 1870 mit 31,6 pro 1000 Einwohner. Seitdem nimmt sie rapid ab. Sie betrug 1866 32,7, 1880 31,1, 1900 29,0, 1910 23,7, 1911 22,9, 1912 22,6. Dieser Rückgang ist jedoch keineswegs ein gleichmäßiger im ganzen Lande.

»Der wallonische Teil hat dieses französische Beispiel viel weitergehend nachgeahmt als der flämische.« (Oshwald, Belgien, S. 27.)

So nimmt die Zahl der Flämen jetzt rascher zu als die der Wallonen. Es sprachen in Belgien:

	Nur flämisch	Nur Französisch	flämischer Überschuß
1900	2 822 000	2 575 000	247 000
1910	3 221 000	2 833 000	388 000
Zunahme	399 000	258 000	

In Prozentzahlen der Gesamtbevölkerung (ohne die Kinder, die noch nicht sprechen können):²

	Nur flämisch	Nur Französisch
1900	44,5 Proz.	40,6 Proz.
1910	45,4	39,9

² In den Zählungen vor 1900 wurden diese Kinder zu der Sprachgruppe gezählt, zu der der Haushalt gehörte, in dem sie lebten. Seit 1900 werden sie gesondert aufgeführt. Daher sind die früheren Zahlen mit den späteren nicht vergleichbar.

In Wirklichkeit ist der Überschuß der Flämen noch größer. Man zählte 1910 neben den hier angegebenen noch 871 300 Belgier, die flämisch und französisch, 8700, die flämisch und deutsch, und 52 500, die alle drei Sprachen zu sprechen vermochten. Man darf sie überwältigend den Flämen zurechnen.

Von der doppelsprachigen Bevölkerung wohnen sechs Siebentel in den flämischen Provinzen und nur ein Siebentel im wallonischen Gebiet. . . . Die Wallonen lernen nur in ganz seltenen Fällen die Sprache des anderen Landesteils. (Oshwald, Belgien, S. 15.)

Es ist anzunehmen, daß heute von den mehr als 7 Millionen der Bevölkerung (ohne die Kinder unter zwei Jahren) über 4 Millionen Flämen und 3 Millionen Wallonen sind.

Je demokratischer Belgien wird, desto mehr haben die Flämen den Staat in der Hand. Und sie sollten uns als niedergedrückte Opfer des »wallonischen Imperialismus«, wie man sich ausdrückte, aufs tiefste erschüttern?

Wenn die Flämen im Schulwesen noch nicht so weit sind, wie viele von ihnen es wünschen, so verdanken sie es weit weniger der Unterdrückung durch »franko-wallonischen Imperialismus« als Kräften, die aus ihren eigenen Reihen stammen.

Sie bilden die kräftigste Stütze des Klerikalismus, der kein Interesse daran hat, seine getreuesten Schäflein durch Verbreitung von Schulbildung mit dem Gift des modernen Wissens zu infizieren.

Im Februar 1914, unmittelbar vor dem Kriege, wurde ein Gesetz angenommen, das zum ersten Male für Belgien die allgemeine Schulpflicht festsetzte. Der Antrag, in den flämischen Provinzen das flämische als Unterrichtssprache obligatorisch zu machen, wurde mit 114 gegen 56 Stimmen abgelehnt. Unter den 56 befanden sich 7 Wallonen, unter den 114 nicht weniger als 42 flämische Klerikale (P. Oshwald, Der Nationalitätenkampf der Flämen, S. 230).

Es waren also Flämen selbst, die jene Bestimmung zu Fall brachten.

Natürlich wird in Belgien die französische Sprache unter allen Umständen ein gewisses Übergewicht bewahren, auch wenn in staatlicher Gesetzgebung und Verwaltung beide Sprachen völlig gleichgestellt sind. Die französische Sprache als alte Weltsprache erschließt eben einen viel gewaltigeren Kulturinhalt und ein viel ausgedehnteres Verkehrsgebiet als das flämische Provinzialidiot.

Deshalb wenden sich viele Flämen dem Gebrauch des Französischen zu, die sogenannten »Franskiljons«, Französlinge, und ihnen, nicht einer staatlichen Unterdrückung gilt vor allem der Kampf der flämischen Nationalisten, der »Flaminganten«. Er ist insofern ein Kampf innerhalb des Flämentums.

Als der hervorragendste der »Franskiljons« erscheint der Fläme Maeterlinck, der nur Französisch spricht und schreibt. Im Pariser »Figaro« äußerte er über die Flaminganten:

Die Partei der Flaminganten setzt sich zusammen aus einer Handvoll Agitatoren, denen ihre niedere Herkunft von Bauern und ein unvollständiger Unterricht die Möglichkeit genommen hat, Französisch zu lernen. Ihre Unwissenheit hat sich in Haß verwandelt, und während sie eine Sprache verabscheuen, bei deren mündlichem oder schriftlichem Gebrauch sie sich lächerlich machen, haben sie aus verschiedenen Volksdialekten eine Art künstlichen Jargon geschaffen, gespreizt, verschoben,

ohne Entwicklungsfähigkeit, der nicht einmal von denen verstanden wird, denen sie ihn als Muttersprache aufhalsen, und den die wirklichen flämischen Dichter — es gibt deren einige — und die Holländer mit heißendem Spott überschütten. . . . Beschäftigt werden sie vom flämischen Alerus, dem unwissendsten der Welt. Dank dem unergründlichen Kauderwelsch, das er anpreist, hält er mehr als zwei Millionen Bauern unter seiner Herrschaft, zu denen kein Lichtstrahl von auswärts zu dringen vermag.

Das ist reichlich grob, sicher auch nicht gerecht. Aber die Qualitäten der flämischen Sprache vermag ich freilich kein Urteil zu fällen. Aber wie falsch oder doch übertrieben Maeterlinck über das Flämische als Kunstmittel urteilen mag, daß die Beschränkung auf das Flämische den Geist beengt, geben Flaminganten selbst zu.

Joffes zitiert eine Schilderung der Sprachverhältnisse Flanderns aus der Feder eines hervorragenden Flaminganten, des Dr. Hugo Verriest. Wir entnehmen ihr folgendes Geständnis:

Unser ganzes höheres Leben ist französisch! Ich bin beschämt, wenn ich mich selbst prüfe, und ich sage dann leise: ich sollte am besten schweigen, denn ich bin auch ein halber Franzose. . . . Und ihr seid halbe Franzosen. Unsere Wissenschaft und Gelehrsamkeit ist französisch, unsere Kunst war französisch; unser Anstand und unsere Höflichkeit ist französisch, das öffentliche Leben ist französisch, das eure, das meine, das unsrige. . . . Unsere Wissenschaft und unsere Gelehrsamkeit ist französisch. Darin und darüber denken wir französisch, sprechen wir französisch und würden wir flämisch nicht sprechen können. Das wissenschaftliche flämische Wort liegt nicht in unserem Kopfe, es erwacht nicht auf Zunge und Lippen. Es ist bei uns nicht vorhanden. — Französisch!

Ja, ich weiß noch so gut, wie ich Wasser und Blut schwitzte, da ich als Professor der Poesie zu meiner ersten flämischen Unterrichtsstunde in flämischer Sprache ging! Das ist allerdings jetzt anders geworden, und das Flämische fließt und plätschert viel freier von den Lippen als das Französische, aber nur in diesem Maße. Nicht in der Mathematik, nicht in der Mesikunde, nicht in der Naturwissenschaft, nicht in hundert anderen Dingen. Sie liegen in meinem Kopfe auf französisch in der Ecke. (Joffes, a. a. D., S. 30, 31.)

Also auch für den Flaminganten ist das Französische unerläßlich, wenn er sich nicht auf die Gegenstände des Alltags beschränken will.

Und das gilt nicht bloß für die Wissenschaft. Joffes, selbst ein begeisterter Verfechter der flämischen Sprache, sagt von ihrer Presse:

Die flämischen Zeitungen sind zahlreich: von 1860 bis 1890 war die Zahl von 90 auf 296 gestiegen und seitdem entsprechend weiter, aber sie sind im ganzen minderwertig, und mit wenigen Ausnahmen sind die politischen Zeitungen sogenannte Käseblätter. (A. a. D., S. 49.)

Demgegenüber stützten sich die französischen Blätter Belgiens auf die große Pariser Presse, die auch direkt rasch dort eindrang. Diese Konkurrenz war für die flämische Presse sicher sehr unangenehm. Aber eine Methode staatlicher Unterdrückung bedeutete sie keineswegs.

Der Kampf der Flaminganten selbst ist zwiespältiger Natur, halb fortschrittlich, halb reaktionär. Auf der einen Seite bedeutet er eine Bewegung zur kulturellen Hebung der arbeitenden Massen des flämischen Volkes, die in ihren elenden sozialen Verhältnissen nicht die Möglichkeit besitzen, zur Beherrschung einer zweiten Sprache zu gelangen. Der Flamingantismus strebt danach, die Muttersprache der Massen, die einzige Sprache, die sie

verstehen, zu einem tauglichen Werkzeug der Vermittlung höherer Kultur zu gestalten, die Literatur, die Schulen dieser Sprache zu vermehren und zu vervollkommen. Das ist die demokratische, dem internationalen Sozialisten sympathische Seite des Flamingantentums. Aber auf der anderen Seite sucht es flämische Elemente, denen die Möglichkeit geboten ist, sich einer zweiten Sprache zu bemächtigen, die einen unendlich weiteren Gesichtskreis, einen unendlich größeren Kulturinhalt vermittelt als die flämische, daran zu hindern, diese Sprache zu ihrer Verkehrssprache zu machen. Es brandmarkt den »Franskiljon« als Verräter an seinem Volke. Es predigt die nationale Abschließung der Flämen, fördert provinziellen Partikularismus und bäuerliche Borniertheit. Insofern wirkt es reaktionär, hemmt es den Aufschwung der heute flämisch sprechenden Massen. Diese Seite des Flamingantentums entspringt nicht aus den Bedürfnissen der arbeitenden Klassen des flämischen Volkes, sondern bloß aus denen seiner Intellektuellen, namentlich seiner Schulmeister und Journalisten, aller jener, die in dem flämisch sprechenden Teil der Bevölkerung den Absatzmarkt für ihre Arbeiten und deren Ergebnisse suchen. Es ist eine Bewegung zum »Schutze der nationalen Arbeit«, ähnlichen Motiven entspringend wie die Schutzzollbewegung der Fabrikanten. Diese Seite muß die internationale Sozialdemokratie im Flamingantentum wie in jeder anderen nationalen Bewegung ablehnen.

Die Gegensätze zwischen Franskiljons und Flaminganten, zwischen Flämen und Wallonen haben zeitweise starke Reibungen hervorgerufen, aber bei alledem haben sich die Flämen nie als Nation gebärdet, die der Befreiung von außen bedarf. Staatlich sind sie in keiner Weise unterdrückt, beherrscht doch in Belgien das Parlament den Staat und bilden sie wie in der Bevölkerung so im Parlament die Mehrheit. Dem flämischen Übergewicht an Zahl wirkt freilich auf wallonischer Seite das Übergewicht höherer industrieller Entwicklung und das Übergewicht einer Welfsprache gegenüber einem Provinzialdialekt entgegen. So halten sich die beiden Sprachgemeinschaften nahezu die Wage. Man kann auf keinen Fall von einer flämischen Irredenta, einer im Staate rechtlosen Minderheit sprechen.

8. Die belgische Neutralität.

Wir haben gesehen, wie eigenartig sich in Belgien das Nationalitätenproblem und damit die innere Politik gestaltet.

Nicht minder eigenartig wurde seine äußere Politik durch seine dauernde, garantierte Neutralisierung bestimmt.

So tapfer die belgischen Proletarier 1830 gefochten hatten, sie wären nicht imstande gewesen, die Unabhängigkeit ihres kleinen Ländchens zu behaupten ohne Hilfe von außen. Die Ostmächte, Preußen, Österreich, Rußland standen der Revolution feindselig gegenüber. Hilfe kam zunächst von Frankreich. Die Macht des neugebackenen Königs Louis Philipp war noch zu abhängig von den revolutionären Schichten, als daß er es hätte wagen können, eine Revolution an der Grenze Frankreichs widerstandslos niederzuschlagen zu lassen. Er ließ die Polen im Stich, die sich noch im gleichen Jahre für ihre Unabhängigkeit erhoben. Aber die Belgier standen den Franzosen zu nahe.

Wohlgar hatte Louis Philipp noch einen anderen Grund, für die Belgier einzutreten. Es war nicht lange her, daß Belgien französisch gewesen. Er hoffte, die Unruhen würden es abermals Frankreich zuführen. Eine starke Partei unter den Belgiern war dazu geneigt, den Anschluß direkt oder wenigstens indirekt zu vollziehen durch Erwählung des Herzogs von Nemours, des Sohnes Louis Philipps, zu ihrem König. Bei der Königswahl im Kongress erhielt er die meisten Stimmen, 97. Weitere 74 fielen auf den Herzog von Leuchtenberg, der als Sohn des Eugen Beauharnais, des Stiefsohns Napoleons, ebenfalls französischer Abstammung war. Endlich erhielt der österreichische Erzherzog Karl 21 Stimmen.

Doch durfte Louis Philipp nicht wagen, für sich oder seinen Sohn die Hand nach dem belgischen Besitz auszustrecken, denn ihm stand England entgegen, das nach wie vor eifersüchtig darüber wachte, daß keine große Landmacht, die England gefährlich werden konnte, sich Belgiens bemächtige. Palmerston drohte mit Krieg, wenn der Herzog von Nemours die Wahl annahm. Dieser mußte auf die Krone verzichten.

Es war vor allem Englands Werk, daß Belgien ein selbständiger Staat wurde unter einem König, der aus keiner der großen Dynastien stammte, unter Leopold von Koburg. Preußen war dabei auf Seite Englands gestanden.

Wie aber die Selbständigkeit des kleinen Staates für die Zukunft sichern? Es war ein Preuze, der hierfür die Lösung vorschlug:

Preußens Vertreter in London v. Bülow war es, der die Lösung der Frage, wie die Selbständigkeit Belgiens sich mit den allgemeinen Interessen vereinigen lasse, durch den Vorschlag fand, daraus einen neutralen Staat gleich der Schweiz zu machen. Dadurch wurde ein Ersatz für das ehemalige Barriersystem geschaffen. (Flahe, Das Zeitalter der Restauration und Revolution, Berlin 1883, S. 264.)

Die »Höfe von Großbritannien, Österreich, Frankreich, Preußen und Rußland« garantierten in dem Vertrag vom 15. November 1831 dem König der Belgier die »ständige (perpetuelle) Neutralität sowie die Integrität und Unverletzlichkeit seines Gebiets« (Artikel IX).

Der Vertrag wurde erneuert und bekräftigt im Jahre 1839, als Holland die Unabhängigkeit Belgiens anerkannte.

Die Eigenart dieser Neutralität besteht einmal darin, daß sie eine dauernde, keine gelegentliche ist. Jeder Staat kann bei einem Konflikt zwischen anderen Mächten sich neutral erklären, das schließt nicht aus, daß er bei einer anderen Gelegenheit oder auch später in demselben Konflikt Partei ergreift. So waren Amerika und Rumänien im jetzigen Weltkrieg eine Zeitlang neutral, dann griffen sie in ihn ein. Griechenland, das diesmal neutral blieb, hatte kurz vorher an einem Angriffskrieg gegen die Türkei teilgenommen. Belgien dagegen wurde eine dauernde Neutralität auferlegt und garantiert.

In dem Auserlegen und Garantieren liegt die zweite Eigenart der belgischen Neutralität. Die gewöhnliche Neutralität eines Staates ist eine freiwillige und von keiner Macht gewährleistet. Es steht in seinem Belieben, soweit die Machtverhältnisse es ihm gestatten, in einem Konflikt neutral zu bleiben oder Partei zu ergreifen, und keine andere Macht besitzt einen Rechtsanspruch darauf, daß er neutral bleibt. Keine andere Macht gewährleistet aber auch einem solchen Staate von Rechts wegen unter allen Um-

ständen die Achtung, ja den Schutz seiner Neutralität. Die Art der belgischen Neutralität dagegen verpflichtete Belgien zur strengsten Neutralität in jedem Falle, verpflichtete dabei die Garantiemächte, die Neutralität zu achten, gab jeder von ihnen das Recht, sie zu schützen.

So eigenartig die belgische Neutralität erschien, sie hatte ihren Vorgänger. Wir haben schon auf ihn hingewiesen: die Schweiz, die bereits 1815 auf dem Wiener Kongress in ähnlicher Weise neutralisiert worden war. Hier wie dort ergab sich der Zweck des Abkommens aus der eigenartigen geographischen Lage des Landes: ein kleines Durchgangsland, zwischen Großmächten gelegen, drohte es für die Welt eine ständige Kriegsursache zu werden. Es selbst aber stand in steter Gefahr, im Falle eines Kriegsausbruchs den Schauplatz der Schlachten in einem Kriege zu bilden, der nicht um seiner Interessen willen geführt wurde. Die »ewige« Neutralität und ihre Garantierung durch die Großmächte entsprach ebensosehr den Interessen Belgiens wie denen des Weltfriedens. Sie war die zweckmäßige Ergänzung der Anerkennung des neuen Staates durch die Mächte.

Besah aber diese Garantierung eine innere Kraft? Versprach sie, einen ernsthaften Konflikt zu überdauern?

Dieser Garantievertrag ist jüngst ein wertloser Fetzen Papier genannt worden. Ähnlich, wenn auch nicht ganz so scharf hat sich Friedrich Engels schon 1859 ausgesprochen. Er meinte, »die geschichtliche Praxis muß es noch beweisen, daß diese Neutralität bei einem europäischen Kriege mehr ist als ein Blatt Papier«. (Po und Rhein, neu herausgegeben von Ed. Bernstein, Stuttgart 1915, Dieß, S. 43.) Engels hatte überhaupt wenig Vertrauen zu den Versprechungen bürgerlicher Regierungen.

Indessen beruhte die Garantie der belgischen Neutralität nicht bloß auf der Vertragsstreue der fünf großen »Höfe« von Europa. Sie beruhte auf derselben Macht, die anfangs des achtzehnten Jahrhunderts den Barrierevertrag ins Leben gerufen hatte, auf der Macht Englands. Nach den Traditionen der auswärtigen Politik Englands in der belgischen Frage hatte jeder Staat, der die belgische Neutralität verletzte, den Krieg mit England zu gewärtigen. Und da das die Staatsmänner Europas wußten, blieb jene Neutralität fast ein Jahrhundert lang unverletzt.

Bismarck legte dieser englischen Garantie großen Wert bei. Im Jahre 1867 wäre er wegen Luxemburgs fast zum Konflikt mit Napoleon gekommen. Der König von Holland, gleichzeitig Großherzog von Luxemburg, hatte dies Ländchen an Napoleon verkauft. Dagegen erhob Bismarck energisch Einspruch, eigentlich, rein juristisch betrachtet, ungerechtfertigterweise. Er zählte 1871 darüber:

Ich habe es öffentlich nie zugegeben, hier aber kann ich's sagen: nach der Auflösung des Deutschen Bundes war der Großherzog souverän geworden und konnte mit dem Lande machen, was er wollte. Daß er's für Geld abtreten wollte, war eine Gemeinheit, aber abtreten konnte er's an Frankreich. Und mit unserem Besatzungsrecht stand's auch schlecht. . . . Das sagte ich auch im Ministerrat, und ich hatte dann noch einen anderen Gedanken: ich wollte es Belgien geben. Da hätten wir es mit einem Lande verbunden, für dessen Neutralität England, wie man damals denken konnte, eingetreten sein würde. Und dann hätte man damit das deutsche Element dort gegen die Fransquillons gestärkt und zugleich eine gute Grenze gewonnen. Ich fand damit keinen Anklang. (M. Busch, Tagebuchblätter, Leipzig 1899, II, S. 86.)

Bismarck sah also in der Beschützung der belgischen Neutralität durch England eine besondere Empfehlung, die er durch Vergrößerung Belgiens mit dem Gebiet Luxemburgs belohnen wollte.

So sprach sich Bismarck am 25. Januar 1871 aus. Noch stärker hatte er früher schon, gleich bei Ausbruch des Krieges, die Wichtigkeit der Beschützung der belgischen Neutralität durch England betont. Er war verdrießlich darüber, daß die Engländer nicht sofort, ehe noch die kriegerischen Operationen zwischen Deutschland und Frankreich begonnen hatten, Maßregeln zu diesem Zwecke trafen. Busch berichtet vom 21. Juli 1870:

Abends zum Minister (Bismarck) zitiert. Er zeigte mir einen Ausschnitt aus der »Nationalzeitung« und bemerkte: »Hier sagen sie, die Engländer würden einen französischen Angriff auf Belgien nicht dulden. Gut, aber was hilft es den Belgiern, wenn man wartet mit seinem Schutz und seiner Unterstützung? Wenn — was Gott verhüte! — Deutschland erst geschlagen wäre, würden die Engländer den Belgiern gar nichts nutzen können, sondern froh sein müssen, wenn sie selbst in London sicher blieben.« (Busch, Tagebuchblätter, I, S. 47.)

Tags darauf sandte Bismarck dem belgischen Gesandten in Berlin Baron Nothomb einen Brief, in dem es hieß:

Ich beehre mich, Ihnen schriftlich die Erklärung zu geben, die freilich angesichts der Verträge überflüssig ist, daß der Norddeutsche Bund und seine Verbündeten die belgische Neutralität achten werden, solange sie von dem anderen kriegführenden Teil geachtet wird.

Gleichzeitig trat England auf den Plan als der herkömmliche besondere Beschützer der belgischen Neutralität. Die Versicherung Bismarcks wie eine gleichartige Napoleons genügten ihm nicht. Es verlangte von dem einen wie von dem anderen die ausdrückliche Zustimmung zu einem Vertrag, in dem nicht nur Frankreich wie Preußen sich verpflichteten, die belgische Neutralität zu achten, was schon durch die Verträge von 1831 und 1839 gegeben war, sondern auch England sich verpflichtete, gegen jeden die Waffen zu ergreifen, der diese Neutralität verletzte. Beide Verträge, der mit Preußen wie der mit Frankreich, wurden am 9. August 1870 in London abgeschlossen. Artikel I lautete:

Nachdem Seine Majestät der König von Preußen erklärt hat, es sei sein fester Entschluß, trotz der Feindseligkeiten, die zwischen dem Norddeutschen Bund und Frankreich ausgebrochen sind, die Neutralität Belgiens so lange zu respektieren, als sie von Frankreich respektiert wird, erklärt Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland ihrerseits, daß, wenn während dieser Feindseligkeiten die Armeen Frankreichs jene Neutralität verletzen sollten, sie bereit ist, mit Seiner Preussischen Majestät zu ihrer Verteidigung nach gegenseitiger Verständigung zusammenzuwirken, indem sie zu diesem Zwecke ihre See- und Landstreitkräfte in Anwendung bringt, um die Beachtung der Neutralität zu sichern und im Verein mit Seiner Preussischen Majestät jetzt und später die Unabhängigkeit und Neutralität Belgiens aufrechtzuerhalten.

Der Vertrag mit Frankreich war gleichlaufend, nur der König von Preußen war durch den Kaiser der Franzosen und umgekehrt Preußen durch Frankreich ersetzt. Diese Verträge waren nicht bloße Felsen Papier, sondern übten ihre Wirkung. Ein beredter Advokat der deutschen Sache in Amerika, Herr Fuhr, schreibt:

Es ist eine geschichtliche Tatsache, daß beide Verträge Englands Ziel, die Armeen der Franzosen wie der Deutschen von Belgien fernzubehalten, vollständig

erreichten. Denn die französische Armee des Generals Mac Mahon wurde im September 1870 hart an die französisch-belgische Grenze gedrängt, und das Betreten belgischen Gebiets hätte sicher ihre Lage erheblich gebessert. Da jedoch nach der Fassung der genannten Verträge diese Operation des französischen Feldherrn automatisch England als einen zweiten furchtbaren Feind Frankreichs ins Feld gerufen hätte, zog es Mac Mahon vor, mit seiner Armee in Sedan zu kapitulieren. (M. Fuhr, The neutrality of Belgium, New York 1915, S. 68. Vom belgischen Standpunkt behandelt diese Frage unter anderen Ch. de Visser, La Belgique et les Juristes Allemands, Lausanne 1916.)

Nach 1870 erhielt die Frage der belgischen Neutralität in mancher Beziehung für England ein anderes Gesicht — und für Frankreich auch.

Dessen Lage gegenüber Belgien war schon durch die Beschlüsse des Wiener Kongresses 1815 erheblich geändert worden. Preußen hatte damals im Austausch gegen seinen früheren polnischen Besitz, den sich Rußland angeeignet, nicht Sachsen bekommen, wie es wünschte. Das verhinderte Österreich, das kein starkes Preußen an seiner böhmischen Grenze haben wollte. Dafür wurde ihm das Rheinland gegeben.

Die Art der damaligen Landzuteilungen an Preußen bezeichnet gut die damalige Art des »Verständigungsfriedens« und was bei einer Verständigung herauskommt, die bloß eine Verständigung der Regierungen darstellt ohne Selbstbestimmung der Völker.

Das Preußen abgenommene Stück Polen enthielt 3 400 000 Menschen. Dafür war man ihm eine gleich große Summe Menschen anderswo schuldig. Die wurde auf folgende Weise zusammengebracht. Man gab Preußen Polen (800 000 Menschen), ein Stück des Königreichs Sachsen (780 000), Westfalen (830 000) und das linke Rheinland (1 000 000). (Seignobos, Politische Geschichte des modernen Europa, S. 4.)

Man sieht, welch peinliche Ehrlichkeit bei diesem Menschenhandel beobachtet wurde. Trotzdem war Preußen nicht zufrieden. Denn die Rheinlande waren durch Gebiete anderer deutscher Staaten vom Hauptkörper des preussischen Staates abgeschnitten, und sie grenzten direkt an Frankreich, schufen eine neue Reibungsfläche mit diesem. Aber gerade das passte dem damaligen Österreich. Die Rheinlande stärkten Preußen weit weniger, als es der Besitz Sachsens getan hätte — in preussischen Händen bedeuteten sie aber gleichzeitig eine Schwächung Frankreichs.

Dessen Kraft und stetes Wachstum im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert war nicht zum mindesten in dem Glücksfall begründet gewesen, daß es nur im Süden an einen großen Staat grenzte, an Spanien, vor dem es die Pyrenäen schützten und das seit dem siebzehnten Jahrhundert rapid verfiel. Im Osten grenzte es nur an Italien und das Deutsche Reich — beide ohne starke Zentralgewalt, der schlimmsten Kleinstaaterei verfallen. Und gerade im siebzehnten Jahrhundert lösten sich auch noch die Schweiz und die Niederlande vom Deutschen Reich ab. Nur ohnmächtige Kleinstaaten waren im Osten und Norden Frankreichs Nachbarn.

Nun, im Jahre 1815, erhielt es zum ersten Male seit zwei Jahrhunderten, seit Spaniens Verfall, wieder eine massengewaltige Großmacht zum Nachbarn.

Preußen gegenüber aber war die französische Grenze militärisch viel schlechter als Spanien gegenüber. Hier fehlte nicht nur der Schutzwall der Pyrenäen. Noch ungünstiger wirkte die Lage von Paris. Für keinen Staat bedeutete seine Hauptstadt mehr als für den französischen. Paris liegt aber

nicht im Mittelpunkt des Reiches, sondern nahe der Nordgrenze, von Belgien nur wenige Tagesmärsche entfernt. »Eine schwächere Grenze als die französische gegen Belgien ist für einen Staat nicht leicht zu denken,« sagte Engels in seiner schon genannten Schrift »Po und Rhein«, in der er diese Verhältnisse meisterhaft dartut (S. 36). Und hinter Belgien lag seit 1815 Preußen. Da begann die belgische Neutralität, die zunächst als Schranke gegen die französische Ausdehnungslust gedacht war, auch als Schutz für Frankreich in Betracht zu kommen.

Freilich nur so lange, als sie beachtet wurde. Um für den Fall ihrer Durchbrechung gerüstet zu sein, hatte bereits Louis Philipp die Befestigung von Paris begonnen. Auch Friedrich Engels bezeichnete dies als das beste Mittel, der schwachen Seite der französischen Nordgrenze abzuhelfen.

Noch sicherer erschien es freilich manchem französischen Politiker, Belgien selbst französisch zu machen und so die Nordgrenze um so viel weiter von Paris weg zu verschieben.

Es mag dies eines der Motive gewesen sein, die auch Napoleon III. auf der Suche nach Erfolgen, die ihn populär machen sollten, zeitweise nach dem Besitz Belgiens streben ließen. Im Jahre 1866 glaubte er den Moment gekommen, für die Anerkennung der Annektionen, die Preußen nach seinen Siegen vornahm, »Kompensationen« zu verlangen. Noch während der Friedensverhandlungen mit Österreich bot er Bismarck ein Schutz- und Trutzbündnis an, das Frankreich die Erwerbung Belgiens sichern sollte (20. August 1866). Es fiel Bismarck nicht ein, Napoleon in dieser Weise zu stärken, er verfehlte ihn aber in den Glauben, er stehe seinem Ansinnen sympathisch gegenüber. Er verlangte die schriftliche vertragsmäßige Formulierung der Vorschläge. Inzwischen schloß Preußen mit Österreich Frieden (23. August). Schließlich hatte Bismarck den schriftlichen Vertragsentwurf Napoleons in der Hand, dieser aber nicht.

Als 1870 der Krieg ausbrach, beeilte sich Bismarck, die verschiedenen Vergrößerungsvorschläge, die ihm Napoleon gemacht, darunter auch die in bezug auf Belgien, zu veröffentlichen (29. Juli), um dadurch Napoleon in den Augen der Belgier wie der Engländer zu schaden. Dieser Umstand hat nicht wenig dazu beigetragen, daß England damals, wie wir gesehen, von beiden Seiten die ausdrückliche Anerkennung der Unabhängigkeit und der Neutralität Belgiens forderte und seine Entschlossenheit betonte, sie zu verteidigen.

Die große Schwäche der Grenze Frankreichs gegenüber Belgien wurde den Franzosen besonders fühlbar seit 1871. Für sie waren nun die Machtverhältnisse höchst ungünstig verändert, und sie gestalteten sich immer ungünstiger durch das Stocken des Bevölkerungszuwachses in Frankreich. Belgien ihrem Staat einzuverleiben, daran konnten sie jetzt gar nicht denken. So wurde die belgische Neutralität, die ehemals gegen sie gerichtet war, nun immer mehr von ihnen als Schutzwehr angesehen.

Auf der anderen Seite wurde Deutschlands Flotte jetzt weit stärker als die französische. Das Motiv, das England in bezug auf Belgien gegen Frankreich mißtrauisch gemacht hatte, fing damit an, gegen das aufstrebende Deutschland zu wirken. England begann nun, nicht bloß sich selbst, sondern auch Frankreich als den gegebenen Schützer der belgischen Neutralität zu betrachten und von Deutschland ihre Verletzung zu befürchten.

Wie es dann im August 1914 gekommen ist, kann als bekannt vorausgesetzt werden. Aus naheliegenden Gründen ging es über den Rahmen dieser Arbeit hinaus, zu untersuchen, welche völkerrechtliche und moralische Grundlage das »Notrecht« besitzt, das in jenen Tagen als Rechtfertigung der Verletzung der Verträge von 1831 und 1839 aufgestellt wurde.

Es seien nur noch kurz folgende Tatsachen der für Belgien entscheidenden Tage bei Ausbruch des Krieges registriert.

Schon am 24. Juli, dem Tage der Überreichung des österreichischen Ultimatus an Serbien, richtete die belgische Regierung ein Rundschreiben an die Mächte, die die belgische Neutralität garantiert hatten.

Es hieß darin:

Die internationale Situation ist ernst. Die Möglichkeit eines Konflikts zwischen mehreren Mächten kann aus den Erwägungen der belgischen Regierung nicht ausgeschlossen werden.

Belgien hat mit der gewissenhaftesten Peinlichkeit die Verpflichtungen innegehalten, die ihm die Verträge vom 19. April 1839 als neutralem Staat auferlegen. Es wird daran festhalten, diesen Verpflichtungen unerschütterlich nachzukommen, welches auch die Umstände sein mögen.

Die freundschaftlichen Gesinnungen der Mächte Belgien gegenüber sind so oft betont worden, daß Belgien darauf vertraut, sein Gebiet jedes Angriffs entzogen zu sehen, falls Feindseligkeiten an seinen Grenzen sich einstellen sollten.

Die Regierung des Königs hat trotzdem alle Maßnahmen getroffen, die nötig sind, die Aufrechterhaltung der Neutralität des Landes zu sichern. Das belgische Heer ist mobilisiert* und nimmt die strategischen Stellungen ein, die dazu ausersehen sind, die Verteidigung des Landes und die Achtung seiner Neutralität sicherzustellen. Die Forts von Antwerpen und an der Maas sind in Verteidigungszustand gesetzt worden.

Ich brauche kaum, Herr Minister, näher auf den Charakter dieser Maßregeln einzugehen. Sie haben keinen anderen Zweck, als Belgien instand zu setzen, seine internationalen Pflichten zu erfüllen. Sie sind nicht von irgendeinem Plane eingegeben und können es selbstverständlich auch nicht sein, der darauf hinausläufe, an einem Waffengang zwischen den Mächten teilzunehmen, noch von Mißtrauen gegen irgendeine von ihnen. (Belgisches Graubuch über den Krieg, I, Nr. 2.)

Am 31. Juli 1914 richtet das Auswärtige Amt in London an die französische wie an die deutsche Regierung die Anfrage, ob sie bereit seien, sich zu verpflichten, die Neutralität Belgiens so lange zu beobachten, als keine andere Macht sie verletze (Englisches Graubuch, Nr. 114). Es war die Wiederholung des englischen Vorgehens aus dem Jahre 1870.

Violant antwortete, Frankreich werde Belgiens Neutralität respektieren, solange sie von anderer Seite nicht verletzt werde (Französisches Graubuch, Nr. 122).

Jagow meinte, er müsse zuerst den Kaiser und den Kanzler sprechen, zweifle aber, ob sie eine Antwort geben wollten, da sie einen Teil ihres Feldzugsplans enthüllen würde (Englisches Graubuch, Nr. 122).

Am 1. August spricht Sir E. Grey dem deutschen Botschafter in London, dem Fürsten Lichnowsky, sein Bedauern über diese ausweichende Antwort aus und fügt hinzu: im Falle einer Verletzung der belgischen Neutralität stehen sich die Gemüter in England kaum noch im Zaume halten (Englisches Graubuch, Nr. 123).

* Die wirkliche Mobilmachung wurde erst am 31. Juli beschlossen.

Am 2. August überreicht der deutsche Gesandte in Brüssel dem belgischen Minister des Auswärtigen ein Ultimatum, auf das er binnen 12 Stunden Antwort fordert. Es heißt dort, die kaiserliche Regierung habe zuverlässige Nachrichten über den beabsichtigten Aufmarsch französischer Streitkräfte an der Maassstrecke Oivet-Namur.

Sie lassen keinen Zweifel über die Absicht Frankreichs, durch belgisches Gebiet gegen Deutschland vorzurücken.

Die deutsche Regierung besorge, Belgien sei außerstande, den französischen Durchmarsch abzuwehren. Es sei ein Gebot der Selbsterhaltung, dem Angriff zuvorzukommen. So würde Deutschland gezwungen, »zur Gegenwehr auch seinerseits belgisches Gebiet zu betreten«. Wenn Belgien den Durchzug gestatte, garantiere ihm die deutsche Regierung seine Unabhängigkeit und seinen Besitzstand. Widersehe sich Belgien den deutschen Truppen, dann übernehme Deutschland keine Verpflichtung dem Königreich gegenüber (Belgisches Graubuch, Nr. 20).

Die belgische Regierung antwortete, die französische Republik habe sich am 1. August ausdrücklich verpflichtet, die Neutralität Belgiens zu respektieren.

Sollte gegen unser Erwarten die Neutralität Belgiens trotzdem von Frankreich verletzt werden, so wird Belgien alle seine internationalen Verpflichtungen erfüllen, und sein Heer wird dem Eindringling kräftigen Widerstand entgegensetzen.

Aber auch jeden Angriff von anderer Seite würde Belgien abwehren (Belgisches Graubuch, Nr. 22).

Am 3. August marschierten deutsche Truppen in Belgien ein.

Am 4. August telegraphierte Jagow an den Fürsten Lichnowsky, deutschen Botschafter in London:

Bitte, zerstören Sie jedes Mißtrauen, das auf Seiten der britischen Regierung hinsichtlich unserer Absichten bestehen könnte, indem Sie auf das positivste die förmliche Zusicherung wiederholen, daß selbst im Falle eines bewaffneten Konflikts mit Belgien Deutschland unter keinerlei Vorwänden belgisches Gebiet annektieren wird. Die Aufrichtigkeit dieser Erklärung wird durch die Tatsache bezeugt, daß wir Holland unser feierliches Wort gegeben haben, seine Neutralität zu respektieren. Es ist klar, daß wir nicht mit Nutzen belgisches Gebiet annektieren können, ohne gleichzeitig Gebietserwerbungen auf Kosten Hollands zu machen. (Englisches Blaubuch, Nr. 157.)

Zur gleichen Zeit setzte in Berlin Jagow dem britischen Botschafter die Gründe auseinander, die Deutschland zwangen, in Belgien einzumarschieren. Der Botschafter berichtete:

Herr v. Jagow ging von neuem auf die Gründe ein, weshalb die Reichsregierung genötigt gewesen sei, diesen Schritt zu tun, nämlich weil sie auf dem raschesten und bequemsten Wege in Frankreich einzurücken habe, um mit ihren Truppenbewegungen schnell vorwärts zu kommen und so früh als möglich einen entscheidenden Schlag versuchen zu können. Es sei für sie eine Frage auf Leben und Tod, da sie, wenn sie den südlicheren Weg gegangen wären, im Angesicht der geringen Zahl der Straßen und der Stärke der Festungen nicht hätten hoffen können, ohne furchtbaren, großen Zeitverlust verursachenden Widerstand durchzubrechen. Dieser Zeitverlust würde für die Russen Zeitgewinn zur Heranbringung ihrer Truppen an die deutsche Grenze bedeuten. Raschheit in der Aktion sei der große Trumpf der Deutschen, während der der Russen ein unererschöpflicher Vorrat von Truppen sei. (Englisches Blaubuch, Nr. 160.)

Hier wurde der deutsche Einmarsch in Belgien etwas anders motiviert als in dem Ultimatum vom 2. August an die belgische Regierung. Aber auch dieses neue Argument stimmte die britische Regierung nicht um.

Das Gespräch hatte am Vormittag stattgefunden, abends um 7 Uhr verlangte der britische Botschafter seine Pässe, der Krieg Englands war erklärt.

Bethmann-Hollweg scheint diesen Ausgang absolut nicht erwartet zu haben, wenigstens berichtet der englische Botschafter, Sir E. Goschen:

Ich fand den Kanzler in großer Erregung. Seine Erzellenz fing sofort an, auf mich einzureden, was zwanzig Minuten dauerte. Er sagte, der von Seiner Majestät (dem König von England) gefasste Schritt sei ganz fürchterlich. Bloß um eines Wortes — Neutralität — willen, das in Kriegszeiten so oft außer acht gesetzt worden sei, bloß um eines Fessens Papier willen gehe Großbritannien daran, eine verwandte Nation zu bekriegen, die nichts mehr gewünscht habe, als mit ihm Freund zu sein. Alle seine Bemühungen in dieser Richtung seien durch diesen letzten, fürchterlichen Schritt fruchtlos gemacht worden, und die Politik, der er sich, wie ich wisse, seit Amtsantritt gewidmet habe, sei wie ein Kartenhaus zusammengefallen. (Englisches Blaubuch, Nr. 160.)

Gewiß ist England nicht wegen Belgiens allein in den Krieg gegangen. Seine Politik ist nur in einem größeren Zusammenhang zu verstehen. In diesem bildet jedoch die belgische Neutralität einen sehr wesentlichen und wichtigen Bestandteil.

So wichtig und entscheidend die englischen Interessen, das heißt die Interessen der regierenden Klassen Englands für die Frage der belgischen Neutralität geworden sind, sie sind jedoch nicht der einzige Faktor, der bei der Verleugung dieser Neutralität in Betracht kam. Sie hat auch Fragen des Völkerrechts, des Verhältnisses der Nationen zueinander und ihrer Selbstbestimmung aufgerollt und dadurch Bedeutung für die Demokratie, also auch die Sozialdemokratie der ganzen Welt gewonnen.

Wohl hat diese Seite der belgischen Frage keine der Regierungen in den Krieg getrieben. Wäre kein anderes Interesse hinter Belgien gestanden als das der Demokratie, dann dürfte man ruhig die Garantie der Neutralität als »bloßes Wort«, als »Fessens Papier« im Verkehr zwischen den Regierungen betrachten.

Aber derjenige, der vermeint, deshalb die demokratische öffentliche Meinung straflos mißachten zu können, dem droht eine Enttäuschung, die vielleicht noch furchtbarer ist als die des Deutschen Reichskanzlers in dem Moment, als England den Krieg erklärte.

9. Belgiens Zukunft.

a. Belgien und Luxemburg.

Die Forderungen, die die internationale Sozialdemokratie für Belgien beim Friedensschluß zu erheben hat, sind sehr einfacher Natur. Wir haben es hier nicht, wie in Serbien, mit einem Staat und einer Nation zu tun, die an der Schwelle des Kapitalismus stehen, im Werden begriffen sind, mit unsicheren und unsteifen Grenzen. Belgiens Grenzen stehen fest seit fast hundert Jahren, seit 1830. Sie fallen im wesentlichen zusammen mit den Grenzen, die die österreichischen Niederlande wieder fast ein Jahrhundert lang umfaßten, von 1714 bis 1794, die ihrerseits nur eine Fortsetzung bil-

defen der Grenzen der im Unabhängigkeitskampf spanisch gebliebenen Niederlande, seit dem Ende des sechzehnten Jahrhunderts.

Die Bevölkerung dieses Gebiets hat sich seit jeher voll des trotzigsten Unabhängigkeitsfinns erwiesen und ihn durch die Tat bezeugt, selbst in den Jahrhunderten, in denen das ganze kontinentale Europa schrankenlosesten Absolutismus als eine Selbstverständlichkeit ruhig hinnahm und Völker wie Schafferden geraubt, verkauft, vererbt wurden.

Im zwanzigsten Jahrhundert, dem Jahrhundert unwiderstehlich fortschreitender Demokratie, einem solchen Volke die Selbstbestimmung vorenthalten wollen, wäre eine Sinnlosigkeit, die sich aufs bitterste rächen müßte.

Die Wiederherstellung Belgiens in voller Freiheit in seinen alten Grenzen ist daher für die internationale Sozialdemokratie eine Selbstverständlichkeit. Wir sehen hier vollständig ab von den Umständen, unter denen Belgien in den Krieg hineingezogen wurde und die im Rahmen dieser Schrift nicht näher erörtert werden können.

Die einzige Änderung der Grenzen, die Belgien seit 1830 erfuhr, betrifft Luxemburg. Es gehörte zu den vom Hause Habsburg zusammengeheirateten Gebieten, wurde 1555 spanischer, 1714 österreichischer Besitz zusammen mit Belgien. Zusammen mit diesem Gebiet wurde es auch 1794 vom revolutionären Frankreich erobert und annektiert. Der Wiener Frieden 1815 wies es, wieder zusammen mit Belgien, dem neugebackenen König der Niederlande zu, aber als besonderes Großherzogtum, das gleichzeitig deutscher Bundesstaat war.

Bei der Revolution von 1830 teilte es abermals Belgiens Geschick, dem es sich anschloß. Bei der endgültigen Auseinandersetzung zwischen Belgien und Holland 1839 aber wurde es zerrissen, ein Teil fiel an Belgien, ein anderer wurde dem Königreich der Niederlande zurückgegeben, blieb jedoch ein besonderes Großherzogtum mit einer besonderen Erbfolgeordnung und deutscher Bundesstaat.

Derartige verzwickte Verhältnisse gehörten zu den Schönheiten des vom Wiener Kongreß geschaffenen Deutschen Bundes. So war auch der König von Dänemark als Herr Holsteins und Lauenburgs deutscher Bundesfürst. Durch die Auflösung des Deutschen Bundes 1866 bekam der niederländische König Wilhelm III. die freie Verfügung über Luxemburg, und er hing so wenig an diesem Lande, daß er sich anschickte, es an Frankreich zu verkaufen. Wir haben schon gesehen, daß Bismarck dies verhinderte, aber bereit war, Luxemburg an Belgien gelangen zu lassen, mit dem es bereits in enger Gemeinschaft gewesen war.

Im Jahre 1890 wurde wegen der verschiedenen Erbfolge Luxemburg von den Niederlanden losgelöst, denn der König Wilhelm III. hinterließ keine männlichen Erben, in Luxemburg galt aber nicht die weibliche Erbfolge. So kam es, durch Erbschaft, nicht durch Selbstbestimmung seiner Bevölkerung, an das Haus Nassau.

In ihrer Denkschrift an das holländisch-skandinavische Komitee in Stockholm fordern jetzt die belgischen Delegierten (Vandervelde, Brouckère, de Man), daß der Einwohnerschaft Luxemburgs im Friedensvertrag das Recht gegeben werde, selbst ihre Staatszugehörigkeit zu bestimmen. Entschiede sie sich für den Anschluß an Belgien, dann sollte ihr der nicht verweigert werden.

Dagegen läßt sich vom Standpunkt des internationalen Sozialismus nichts einwenden. Daß damit ein alter Wunsch Bismarcks erfüllt würde, ist allerdings für uns nicht entscheidend.

b. Flämentum und Deuschtum.

Auf der anderen Seite wird darauf hingewiesen, daß die Flämen doch Germanen, den Deutschen sprachverwandt seien und von den Wallonen unterdrückt würden. Ihre Befreiung und Angliederung an Deutschland sei dringend geboten.

Würden die Flämen sich in freier und ruhiger Abstimmung nach dem Kriege in diesem Sinne entscheiden, ließe sich gewiß nichts dagegen einwenden. Aber die Erfahrungen vor dem Kriege sprechen nicht dafür, daß die Flämen die Loslösung von Belgien wünschen. Die flämische Bewegung, von der wir ja schon gehandelt, darf nicht in diesem Sinne gedeutet werden. Das bezeugen unter anderem die beiden von uns schon mehrfach zitierten deutschen Schriftsteller, deren deutscher Patriotismus außer Zweifel steht.

In seinem Artikel über den »Nationalitätenkampf der Flämen und Wallonen« (erschienen Mai 1914) sagt Schwald:

Den Ruf nach Verwaltungstrennung hören wir bei den Flämen nur einzeln, da der Fläme sich heute noch immer als Belgier fühlt. Der Vorwurf: Pan-germanist zu sein, läßt ihn die geringste Annäherung an Deutschland vermeiden; der religiöse Gegensatz gestaltet auch sein Verhältnis zum Holländer kühl... Die Flämen wollen selbst ihr Ziel erkämpfen. Hilfe von auswärts würden sie sogar zurückweisen. (S. 241, 244.)

Jostes teilt mit, daß nach 1830 Versuche gemacht wurden, die Flämen den Deutschen näherzubringen. Die Gesangvereine sollten dazu dienen. Aber nach dem Jahre 1848

verlor die Verbrüderung an Wärme. 1851 waren auf dem belgischen Sängerfest zu Antwerpen zum letzten Male deutsche Vereine von Bedeutung vertreten. Damit war leider dieser Annäherungsversuch zwischen den zwei Stämmen abgegan...

Die in Belgien eingewanderten Deutschen haben auch im allgemeinen die Sympathien für ihre Heimat nicht gesteigert, und so war es wohl zu begreifen, daß, als die Alldeutschen, diese enfants terribles Deutschlands, in den neunziger Jahren an die Flämen die ebenso unsinnige wie taktlose Aufforderung stellten, die hochdeutsche Schriftsprache anzunehmen und sich dem Deutschen Reiche anzugliedern, ein Sturm der Entrüstung durchs Land ging und das an sich schon kühle Verhältnis auf den Gefrierpunkt herabzusinken drohte. (S. 82, 83.)

Als Beleg zitiert Jostes ein Manifest des »Vlaamschen Volkraad«, in dem es heißt:

Weiter erklären wir, daß die Flämingen, koste es, was es koste, die volle Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Niederlande bewahren wollen; daß sie wohl Germanen, aber keine Deutschen sind; daß sie die Deutschen wohl für Stammesverwandte, aber keineswegs für Landsleute halten; daß ihre Sprache das Niederländische, nicht das Hochdeutsche ist und sie dabei verharren, das Deutsche Reich als eine besfreundete, aber doch fremde Macht zu betrachten. Der Umstand, daß früher auswärtige Herrscher, ohne unsere Väter zu fragen, und unter willkürlicher Verkennung der Vorrechte des Landes unsere Gegenden mit dem seither aufgelösten Heiligen Römischen Kaiserreich oder mit dem ehemaligen Königreich in eine vereinzelte, lediglich auf dem Papier bestehende Beziehung gebracht haben, ist für uns freie Ehre eines Landes, in dem alle Macht aus dem Volke kommt, nichtig und von keinem Wert. (S. 102.)

So spricht kein Volk, das sich politisch bedrückt fühlt, einen politischen Befreier von außen ersucht.

Diese kühle, fast feindselige Haltung der Flämen gegenüber dem Deutschtum lange vor dem Kriege, mitten im Frieden, bei innigem Verkehr der Nationen, hat etwas Befremdendes für denjenigen, der an die Macht der Sprachverwandtschaft (die nicht zu verwechseln ist mit Sprachgemeinschaft) glaubt. Aber wir haben schon bei der Betrachtung des Panlawismus darauf hingewiesen, daß diese Macht eine bloße Einbildung mancher Philologen und anderer Schulmeister ist.

Wie soll aus der bloßen Verwandtschaft zweier verschiedener Sprachen eine Verwandtschaft der Interessen und Ideen derjenigen, die sie sprechen, entspringen? Man sieht die Sprachverwandtschaft gleich der Rassenverwandtschaft und diese gleich einer Interessen- und Ideengemeinschaft. Aber nicht einmal die Gemeinschaft der Sprache bedeutet an sich schon Gemeinschaft der Abstammung und diese an sich noch keine Gemeinschaft der Interessen und Ideen. Das gilt nicht einmal für das Verhältnis zwischen Vater und Kind. Nur dort empfinden diese ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, wo sie in einer sozialen Gemeinschaft leben, in einer gemeinsamen Familie. Wo das Kind völlig getrennt vom Vater aufwächst, wie das zum Beispiel bei unehelichen Kindern in der Regel der Fall ist, macht sich die »Stimme des Blutes« nicht im geringsten geltend. Und doch soll sie ganze Rassen und obendrein Sprachverwandtschaften zusammenhalten, da »Blut dicker ist als Wasser«!

Dies Wort, das in der Zeit des Kampfes zwischen germanischem Heidentum und römischem Christentum sagen wollte, die der Abstammung entspringenden Pflichten gegen die Verwandtschaft stünden höher als die durch das Taufwasser auferlegten Pflichten gegen die Kirche, hatte einen guten Sinn in der Gentilgesellschaft, in der die Blutbande auch soziale Bande waren. Es wird abgeschmachtet in einer Gesellschaft, in der die Masse der Bevölkerung ihren Stammbaum nicht über den Großvater hinaus zu verfolgen vermag und dieser Stammbaum für die gesellschaftlichen Beziehungen bedeutungslos wird. Die große Kraft der modernen Nationalität beruht nicht auf der Gemeinsamkeit der Abstammung, sondern auf der ungeheuren Bedeutung der Sprache für den Verkehr. Für die zusammenfassende und trennende Kraft der Sprache kommt aber bloß der Umstand ihrer Verständlichkeit in Betracht, nicht der ihrer Verwandtschaft, die nur für den Sprachforscher zutage liegt. Wer eine Sprache spricht, die ich nicht verstehe, ist für mich ein Fremder, mag sie nun zum selben Sprachstamm gehören wie die eigene oder einem ganz anderen, mag es etwa Norwegisch sein oder Finnisch oder Chinesisch. Ein Hindu, der eine indogermanische, der meinen verwandte Sprache spricht, steht mir nicht näher als ein Ungar, dessen Sprache mit keiner anderen europäischen, außer der finnischen, die geringste Verwandtschaft aufweist.

So wichtig die Beachtung der Bedürfnisse der Nationalitäten für die internationale Politik geworden ist, so haltlos wird diese, will man sie auf Sprachverwandtschaften aufbauen.

Soweit die Flämen über den Bereich ihres Staates hinaussehen, blickten sie nicht nach Deutschland, sondern nach Holland, mit dem sie die Schriftsprache gemeinsam haben. In den Versuchen, das Flämentum zu verdeutschern, sahen sie eine unerwünschte Störung ihrer Bestrebungen.

So sprach 1901 in der flämischen Akademie Prayon van Juplen, ein ehemaliger deutscher Offizier, über das Verhältnis der Flämen zu Deutschland. Er sagte unter anderem:

Man hat die Aufregung noch nicht vergessen, die vor etwa vier Jahren im flämischen Lager die übel angebrachten Ergüsse von ein paar Deutschen hervorriefen, die, während wir hier alle unsere Kräfte anspannten, um das Gleichberechtigungsgesetz durchzudrücken, uns freundschaftlich nahelegten, daß die von uns heiß ersehnte — und bald darauf erlangte — Gleichstellung des Niederländischen mit dem Französischen »eine Gefahr für den belgischen Staat« sein sollte, daß wir im niederen und höheren Unterricht unsere Sprache durch das Hochdeutsche ersetzen müßten; endlich daß die Trennung von 1830 ein glückliches Etwas gewesen sei, das die »Einbeziehung« der zerrissenen und so geschwächten Niederlande erleichtere. Denn man legte uns ans Herz, daß wir nicht allein völkisch, sondern auch politisch zu Deutschland gehörten, daß wir in den deutschen Reichsverband treten und uns darin mit einer Bayern gleichen Stellung begnügen müßten. Ja, man drohte uns mit dem Schicksal Dänemarks, falls wir durch ein engeres Anziehen der Bande zwischen Flandern und Holland — mit anderen Worten durch die Verwirklichung unseres Ideals: Groß-Niederland — die Rettung unserer nationalen Existenz versuchen sollten. (Zitiert bei Jostes, a. a. O., S. 87.)

Es kostete viele Mühe, die darob gewaltig entrüsteten Flämen zu beruhigen.

Die Annäherung an die nördlichen Niederlande und die schließliche Vereinigung mit ihnen entspricht mehr der Natur der Dinge als die Vereinigung mit Deutschland. Aber auch sie hat bisher die Masse der Flämen nicht zu erwärmen vermocht. Der religiöse Gegensatz zum protestantischen Holland ist noch nicht überwunden. Und einen guten Teil ihrer Kraft zieht die Bewegung der Flaminganten aus dem provinziellen Partikularismus, der dank ihrer Geschichte und ihrer ökonomischen Rückständigkeit bei ihnen noch ungewein stark ist.

Wir bleiben also dabei: Wollte man die Flämen abstimmen lassen, mit erdrückender Mehrheit würden sie sich für das Verbleiben im belgischen Staate entscheiden.

Soll man aber etwa den Schutz des Flämentums in den Friedensvertrag aufnehmen?

Man fordert, dieser solle allgemein die nationalen Minderheiten schützen, und das wäre sicher sehr notwendig. Aber bei den Flämen käme man in die sonderbare Lage, eine Mehrheit gegen eine Minderheit schützen zu wollen; eine Mehrheit, der heute schon alle politischen Mittel zur Verfügung stehen, sich als solche zur Geltung zu bringen.

Ein Schutz der Flämen ließe also auf eine bloße Bevormundung durch eine Schutzmacht hinaus. Dazu ist aber die Freiheit zu groß, in der sie bisher lebten, als daß sie das wollten oder auch nur sich gefallen ließen.

Keinerlei Eingriffe von außen, volle Unabhängigkeit für das gesamte belgische Volk, muß die Forderung der internationalen Sozialdemokratie lauten.

c. Belgiens Vasallentum.

Nicht ganz klar ist es, wie die Mehrheit der Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie darüber denkt. In der Sitzung, die die Fraktion mit dem Parteiauschuß gemeinsam vom 14. bis 16. August 1915 zur Festsetzung ihrer Kriegsziele abhielt, referierte David darüber. Aber Belgien schlug er folgenden Passus vor:

Vom Standpunkt des deutschen Interesses nicht minder wie von dem der Gerechtigkeit halten wir die Wiederherstellung Belgiens für geboten; aber im Interesse seiner eigenen Sicherheit und Bewegungsfreiheit kann Deutschland auch nicht zulassen, daß Belgien ein militärisches Vorwerk und politisches Machtinstrument Englands wird.

Der in eckigen Klammern stehende Passus fand Widerspruch, weil er die belgische Unabhängigkeit einschränkte. David zog ihn daher zurück, ehe über ihn abgestimmt wurde. Liebknecht, der damals noch Mitglied der Fraktion war, genügte das nicht. Er wollte völlige Klarheit und beantragte daher, den Worten: »die Wiederherstellung Belgiens« hinzuzufügen:

Unter Ablehnung jeder zwangsweisen politischen und wirtschaftlichen Angliederung in uneingeschränkter inner- und außerpolitischer Selbständigkeit.

Dieser Antrag wurde abgelehnt, und zwar mit großer Mehrheit, in der Fraktion mit 60 gegen 42, im Pariausschuß gar mit 30 gegen 10 Stimmen. Die Forderung der »Wiederherstellung Belgiens« sollte also einen sehr zweideutigen Charakter tragen.

Dem entspricht auch die Formulierung in der Denkschrift der deutschen Mehrheitsdelegation an das Stockholmer holländisch-skandinavische Komitee. Es heißt dort:

Wir sind für die Wiederherstellung eines unabhängigen Belgiens. Belgien soll weder ein Vasallenstaat Deutschlands noch Englands oder Frankreichs werden.

Ein Fortschritt ist hier insofern zu verzeichnen, als hier nicht bloß »die Wiederherstellung Belgiens«, sondern die eines »unabhängigen« Belgiens gefordert wird. Die nähere Kennzeichnung dieser Unabhängigkeit scheint vollkommen gerecht: Belgien soll weder Deutschlands noch Frankreichs oder Englands Vasall sein. Gleiches Recht für alle. So scheint es, wenn man sich an die Worte hält und nicht nach ihrem Sinne forscht. Einen Sinn bekommen sie aber nur dann, wenn das Wort »Vasallenstaat« Frankreich und England gegenüber etwas ganz anderes bedeutet als Deutschland gegenüber.

Unter einem Vasallenstaat kann man einen Staat verstehen, der wider seinen Willen gezwungen wird, in ein Abhängigkeitsverhältnis von einem anderen Staate zu treten. Belgien soll im Friedensvertrag von Deutschland ein solches Verhältnis nicht aufgedrängt werden — das ist der Sinn des einen Teiles der Forderung der Stockholmer Delegation. Daß Frankreich und England Belgien zu einer derartigen Abhängigkeit zwingen wollen, hat noch niemand behauptet. Dies ausdrücklich abzulehnen, wäre also absurd.

Wohl aber hat man vielfach die Ansicht aussprechen hören, durch das Bündnis, das Belgien freiwillig mit England und Frankreich schloß, sei es deren Vasall geworden. Ein Bündnis zwischen einem kleinen und einem großen Staate bedeute für jenen immer ein Vasallitätsverhältnis, möge es noch so sehr auf Freiwilligkeit beruhen.

Fassen wir die Forderung so auf, dann bekommt sie allerdings einen Sinn: Belgien ist zu verpflichten, sich jedes Bündnisses mit England und Frankreich zu enthalten. Wem gegenüber soll es diese Pflicht eingehen? Offenbar Deutschland gegenüber. Damit ist aber Belgiens Unabhängigkeit in der äußeren Politik aufgehoben, diese unter Deutschlands Kontrolle gebracht. Die Forderung der Unabhängigkeit Belgiens im Beginn des Satzes wird also durch seinen Schluß wieder aufgehoben.

Nun ist ja nicht daran zu zweifeln, daß hier ein schwieriges Problem vorliegt. Belgien ist zu klein, um einem seiner drei großen Nachbarn die Spitze

zu bieten. Und seine geographische Lage bietet jedem dieser Nachbarn die Möglichkeit, die anderen zu bedrohen, wenn er sich des Landes bemächtigt, und sei es auch nur indirekt, durch einen Bündnisvertrag.

Diese Eigenart seiner Lage war es ja, die Belgiens garantierte Neutralität herbeiführte, bei der sich seine Nachbarn verpflichteten, seinen Boden nicht zu betreten, dafür aber auch ihm die Pflicht auferlegten, sich mit keinem zu verbünden. Dabei war Belgiens Unabhängigkeit wohl eingeschränkt, aber die Einschränkung war keine einseitige; sie wurde aufgewogen durch die Einschränkung, die sich die Garanten der Neutralität auferlegten, diese nie zu verletzen.

Meinte die deutsche Mehrheitsdelegation die Wiederherstellung dieses Zustandes, als sie ihre Forderung aufstellte, Belgien solle niemandes Vasallenstaat werden? Dann hat sie eine sehr verzwickte Form gewählt, um eine sehr einfache Sache auszudrücken. Aber es ist nicht wahrscheinlich, daß sie die Wiederherstellung der garantierten Neutralität Belgiens fordern wollte. Sie mußte doch selbst fühlen, wie sonderbar es wäre, wenn nach den Erfahrungen des Krieges gerade von Deutschland aus eine Erneuerung der garantierten Neutralität zur Friedensbedingung gemacht würde, und daß diese Erfahrungen aufs anschaulichste gezeigt haben, wie hinfällig die Neutralisierung zum mindesten auf ihrer früheren Basis sei. Der wertlose »Fetzen Papier« ist ein für allemal zerrissen.

Für jeden der großen Nachbarn Belgiens liegt eine große Schwierigkeit darin, daß das »Ziel der Sicherung« unter den gegebenen Verhältnissen durch feste Bindungen nicht mehr zu erreichen ist, wenigstens so lange nicht, als keine internationale Macht existiert, die imstande ist, die Beachtung internationaler Verträge unter allen Umständen zu erzwingen. Aber diese Schwierigkeit besagt bloß, wie wichtig es nun wird, durch eine kluge, weitschauende Politik das zu erreichen, was durch feste Bindungen nicht mehr zu gewährleisten ist.

Man darf die Größe der Schwierigkeit auch nicht übertreiben.

Die Befahr, die im Falle eines künftigen Krieges zwischen England und Deutschland diesem aus einem Bündnis Belgiens mit seinem Nachbarn jenseits des Kanals drohen könnte, wäre nicht geringer bei einem Bündnis zwischen England und Holland. Und umgekehrt. Ein von Deutschland abhängiges Holland würde England ebenso sehr bedrohen wie ein von ihm abhängiges Belgien. Rotterdam ist der Themsemündung fast ebenso nahe wie Antwerpen, und des letzteren Zugang zum Meere geht durch holländisches Gebiet.

Wenn England bei der Bildung des belgischen Staates so großen Wert auf dessen Neutralität legte, dagegen für Holland nichts Derartiges verlangte, so ist das dem Umstand zuzuschreiben, daß damals nur Frankreich als Rivale Englands in der Nordsee in Betracht kam, nicht Preußen. Zum Schutze vor Frankreich genügte aber die Neutralisierung Belgiens.

Heute, wo nicht ein Gegensatz England-Frankreich, sondern der Gegensatz England-Deutschland im Vordergrund steht, gilt alles, was in diesem Punkte über Belgien gesagt werden kann, auch für Holland.

Diesen Zusammenhang erkannte auch die deutsche Regierung an. Wie wir schon gesehen haben, gab Jagow der englischen Regierung »aufs posttoste die förmliche Zusicherung, daß selbst im Falle eines bewaffneten Kon-

slikts mit Belgien Deutschland unter keinerlei Vorwänden belgisches Gebiet annekieren wird. Die Aufrichtigkeit dieser Erklärung wird durch die Tatsache bezeugt, daß wir Holland unser feierliches Wort gegeben haben, seine Neutralität zu respektieren. Es ist klar, daß wir nicht mit Nutzen belgisches Gebiet annekieren können, ohne gleichzeitig Gebietswerbungen auf Kosten Hollands zu machen.»

Ist es zur Sicherung Deutschlands nicht notwendig, daß Holland Garantien dafür gibt, kein Vasallenstaat Frankreichs oder Englands zu werden, so braucht es auch von Belgien keine derartigen Garantien.

So wie Holland hat Belgien, auch ohne Garantievertrag, das größte Interesse daran, seine Neutralität in einem Konflikt zwischen seinen Nachbarn aufrechtzuhalten. Bei einer Teilnahme an einem solchen hat es stets nur zu verlieren, da es notwendigerweise zum Kriegsschauplatz wird, ohne daß ihm ein Gewinn in Aussicht steht.

Als kleines Durchzugsland braucht Belgien dringend die Freundschaft aller seiner Nachbarn, im Frieden wie im Kriege, und nur eine Politik eines der Nachbarn, die sein größtes Mißtrauen und seine stärksten Befürchtungen erregt, könnte es von der ihm durch seine Lage gebotenen Neutralität abbringen.

Auf die peinlichste Vermeidung einer derartigen Politik ist beim Friedensvertrag sowie weiterhin und auch schon vorher das Hauptaugenmerk von jedem zu richten, dem das »Ziel der Sicherung« Belgien gegenüber am Herzen liegt.

d. Kleinstaat und Großstaat.

Ist aber die Erhaltung der Selbständigkeit Belgiens und der kleinen Staaten überhaupt nicht ein ganz reaktionäres Beginnen, dem Streben vergleichbar, den kleinen Kramladen davor zu schützen, daß er vom großen Warenhaus verschlungen wird?

Dieser Einwand wird immer und immer wieder erhoben, und zwar gerade von Leuten, die sich Marxisten nennen. Es sei eine ökonomische Notwendigkeit, daß die Staaten sich immer mehr ausdehnen und dabei die Kleinstaaten verschluckten, die ihre Lebensfähigkeit verlören. Ja, sogar der Nationalstaat werde zu eng für die Bedürfnisse des Kapitalismus. Dieser fordere den Nationalitätenstaat. Der österreichische Staat sei nicht ein Überlebens aus vorkapitalistischen Zeiten, sondern das Ideal, nach dem sich die Staaten der Zukunft zu gestalten hätten.

Natürlich ist nicht zu zweifeln, daß ein kleiner Staat im Konflikt mit einem größeren übel daran ist. Das ist jedoch keine neue Erscheinung, die das Zeitalter des »Imperialismus« kennzeichnete, sie ist so alt wie die Geschichte selbst, wahrscheinlich älter als Hieroglyphen und Keilschriften.

Ebenso alt ist die Erscheinung, daß die Ausbeuter der Staatsgewalt um so mehr Macht und Reichtum gewinnen, je größer ihr Staat. Das gilt natürlich auch für die Kapitalistenklasse dort, wo sie sich der Staatsgewalt bemächtigt oder doch ihrer Unterstützung teilhaftig wird. Insofern ist mit dem Staat auch schon das Streben nach seiner Erweiterung gegeben.

Ein Staat kann aber nicht, wie ein Kapital, erweitert werden durch allmähliche Akkumulation von Kapital. Die gewöhnliche Methode seiner Erweiterung ist die Eroberung im Kriege. Auch dies Streben liegt im Wesen des Staates als Herrschaftsorganisation.

Alles das erschwert sicher seit jeher den kleinen Staaten ihre Existenz, aber um alles das handelt es sich hier nicht. Was jene Marxisten behaupten, ist eine ökonomische Lebensunfähigkeit der kleinen Staaten, die eine Folge des wachsenden Kapitalismus und seines Großbetriebs sein soll und die es erforderlich mache, daß die kleinen Staaten von den großen absorbiert werden. Das gäbe, wenn es richtig wäre, eine famose marxistische Begründung für ständige Eroberungskriege. Denn mit einer einmaligen Erweiterung ist es bei einem kapitalistischen Geschäft nicht getan. Sie muß sich immer wieder von neuem vollziehen.

Zuzugeben ist, daß die kapitalistische Entwicklung in einer gewissen Abhängigkeit von der Größe des Staates ist. Die Ausdehnung des Staates ist freilich nicht gleichbedeutend mit der Ausdehnung des Absatzgebietes, des Marktes, wohl aber mit der des inneren Marktes, und der bietet gegenüber dem äußeren mannigfache Vorteile. Vor allem schon dadurch, daß in einem modernen Staatswesen alle inneren Zölle fehlen, der innere Verkehr völlig unbehindert ist. Der Freihandel könnte diesen Unterschied zwischen innerem und äußerem Markt aufheben. Aber allgemeiner und vollständiger Freihandel hat bisher nicht bestanden und ist innerhalb der kapitalistischen Ara nicht mehr zu erwarten. Der Warenverkehr hängt außerdem nicht bloß von der Gestaltung des Zollwesens ab, sondern auch von der des Transportwesens, und das wird innerhalb jedes Staates natürlich den Bedürfnissen des eigenen Kapitalismus und nicht denen des fremden angepaßt.

Endlich wächst die Zahl der Kapitalistenschichten, die die Staatsgewalt beherrschen und durch sie eine privilegierte Stellung im Staate und besondere Extraprofite erringen, die nur innerhalb des Bereichs ihres Staates möglich sind.

Je ausgedehnter dieser Bereich, desto größer der bevorzugte innere Markt, desto größer die Extraprofite, die er den auf ihm privilegierten Kapitalistenschichten verschafft. Den inneren Markt, also das Staatsgebiet zu erweitern, ist das stete Streben dieser Schichten. Hier finden wir die ökonomische Wurzel des Imperialismus.

Vergleichen wir aber mit dem ökonomischen Gesetz die Tatsachen der europäischen Staatengeschichte seit dem Wiener Frieden von 1815, so stehen sie in auffallendem Widerspruch dazu. Wir finden in Europa während dieses Zeitraums weder eine ständige Auffaugung von Kleinstaaten durch Großstaaten noch die Ausdehnung eines Nationalstaats zum Nationalitätenstaat.

Die Ausdehnung der europäischen Staaten in der Ara des Imperialismus geht ausschließlich außerhalb Europas auf dem Wege kolonialer Erwerbungen vor sich. Vor der imperialistischen Ara, also von 1815 bis etwa 1880, haben nur zwei Dynastien ihr Staatsgebiet durch Auffaugung europäischer Kleinstaaten vergrößert — das Haus Hohenzollern und das Haus Savoyen. Weder Frankreich, noch Osterreich, noch Rußland, noch England sind in den letzten hundert Jahren in Europa auf Kosten von Kleinstaaten gewachsen. Und in Deutschland und Italien lagen die Annexionen der Kleinstaaten auf dem Wege zum Nationalstaat — nicht zum Nationalitätenstaat.

Außerhalb Deutschlands und Italiens hat die Zahl der Kleinstaaten Europas im letzten Jahrhundert nicht ab-, sondern zugenommen. Belgien hat sich von Holland, Norwegen von Schweden getrennt, Ungarn halb von

Osterreich, die Balkanstaaten von der Türkei. Und der jetzige Krieg scheint auch eher zur Bildung neuer Staaten — so Polens, vielleicht auch Finnlands — als zur Auffaugung alter führen zu wollen.

Das erscheint unerklärlich, wenn wir bloß die Bedürfnisse der Kapitalistenklasse in Betracht ziehen und verneinen, der historische Materialismus fordere von uns, die Staatenpolitik, solange die kapitalistische Produktionsweise besteht, nur vom Standpunkt des kapitalistischen Geschäfts zu betrachten. Jedoch nichts wirkt irreführender als die Verkehrung der Marxschen Geschichtsauffassung in bloße Geschäftsauffassung.

e. Kapitalismus und Demokratie.

Sicher beherrscht der Kapitalismus das Leben der ganzen modernen Gesellschaft. Aber zu seinen notwendigen Konsequenzen gehören nicht bloß die Bestrebungen, den kapitalistischen Interessen zu dienen, sondern auch die Bestrebungen, sie zu bekämpfen; gehören nicht bloß Einrichtungen, die ihn stärken, sondern auch Einrichtungen, die ihn hemmen, ihn untergraben.

Jeder ist das Produkt seines Milieus, aber bei dem einen äußert es sich in der Weise, daß es ihn sich unterwirft, bei dem anderen darin, daß es ihn empört. Nur wer diese beiden Seiten in Betracht zieht, wird die Wirkungen eines bestimmten Milieus richtig erfassen können. Ibsen und Strindberg waren ebenso Produkte der kleinbürgerlichen Borniertheit, die Skandinavien in ihrer Jugendzeit beherrschte, wie die »kompakte Majorität«, die sie bekämpften.

Das vergift man nur zu häufig. Man versteht unter den notwendigen Produkten eines Milieus oft nur diejenigen, die aus ihm Nutzen ziehen, ihm dienen oder mindestens sich ihm willenlos einfügen. Und doch weiß Marx immer auch auf die Gegenseite hin:

Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Druckes, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. (*»Kapital«, 24. Kapitel.*)

Beide Seiten erst geben uns das volle Bild der kapitalistischen Produktionsweise. Sie ist ebenso unbegreiflich ohne den Drang nach Verelendung der Arbeitermassen wie ohne deren Empörung dagegen. Der ständige Kampf beider Tendenzen bildet einen notwendigen Inhalt der kapitalistischen Produktionsweise.

Der Kapitalismus tut aber noch mehr, als die Arbeiterklasse durch seinen Druck zur Empörung aufzurufen. Durch seinen eigenen Mechanismus »schult, vereint, organisiert« er sie, macht er sie fähig, sich des kapitalistischen Produktionsprozesses zu bemächtigen.

Gleichzeitig aber schafft er durch den Mechanismus seines Verkehrs auch die Gelegenheiten und Mittel, die das Interesse der Volksmassen an der Staatspolitik wachrufen, sie zum Kampfe um die Teilnahme an der Staatspolitik befähigen und ihren Einfluß auf diese Politik immer mehr steigern. Mit einem Wort, er erzeugt nicht nur den proletarischen Klassenkampf, sondern auch die moderne Demokratie mit dem immer näherrückenden End-

ergebnis der Beherrschung des Staates durch die Volksmasse, was in einem Staat entwickelter kapitalistischer Industrie gleichbedeutend ist mit seiner Beherrschung durch das industrielle Proletariat.

Diese Entwicklung, das heißt also das Wachstum der modernen Demokratie und der proletarischen Macht ist ebenso das notwendige Ergebnis der kapitalistischen Produktionsweise wie der Drang bestimmter Kapitalistenschichten nach Ausdehnung des Staates. Und der Drang nach Demokratie wächst im modernen Staate in den Volksmassen unter allen Umständen, während der Drang nach Ausdehnung des Staates die Kapitalistenschichten nur unter bestimmten historischen Bedingungen ergreift.

Das übersehen nur zu leicht diejenigen, die im modernen Staat nur den Imperialismus sehen und nicht die Notwendigkeit der Demokratie — diese Notwendigkeit in jedem Sinne des Wortes genommen, sowohl als unerlässlich Forderung des Proletariats wie als unvermeidliches Ergebnis des »Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst«.

Unter Demokratie verstehen wir hier natürlich nicht eine demokratische Partei, sondern immer die Teilnahme der Volksmassen an der Staatspolitik, die Institutionen, jene Teilnahme praktisch und erfolgreich zu betätigen, und den Einfluß im Staate, den die Volksmassen auf diese Weise erringen.

Die Demokratie in diesem Sinne ist nicht bloß das Ergebnis des proletarischen Klassenkampfes, sondern des Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst. Sie wächst mit diesem Mechanismus trotz aller zeitweisen Hemmungen unaufhaltsam. Damit aber wächst die politische Macht des Proletariats auch dort, wo dessen Ausdehnung und ökonomische Bedeutung, gemessen an der des Kapitals, nicht zunimmt. Rein ökonomisch betrachtet, erscheint der Fall des Proletariats gegenüber dem Kapital hoffnungslos. Es mag sich gewerkschaftlich oder konsumgenossenschaftlich noch so stramm organisieren, die organisierte Arbeiterschaft steht der organisierten Unternehmerschaft ökonomisch nicht stärker gegenüber als der vereinzelte Arbeiter dem vereinzelten Unternehmer, wenn auch natürlich weit stärker als der vereinzelte Arbeiter dem Unternehmerverband. Was aber dauernd und ununterbrochen wächst, ist die Demokratie und mit ihr die politische Macht des Proletariats. Nur sie vermag mit dem Unternehmerverband fertig zu werden und das Proletariat auch ökonomisch durch das Eingreifen der demokratischen Staatsgewalt zu befreien.

Es ist ganz verkehrt, als das einzige Produkt des heutigen Kapitalismus den Imperialismus ins Auge zu fassen und die Demokratie dabei zu übersehen. Das gilt auch für den jetzigen Krieg. Er ist ein Kampf nicht bloß zwischen verschiedenen Imperialismen, sondern auch zwischen Imperialismus und Demokratie, zwischen mehr oder weniger demokratischen und mehr oder weniger imperialistischen und militaristischen Staaten.

Die früheren internationalen Konflikte der letzten Jahrzehnte, die Krieg brachten oder Krieg drohten, waren entweder rein imperialistische, wie der amerikanisch-spanische, der französisch-englische um Faschoda, der russisch-japanische, der deutsch-französische um Marokko, oder ein reiner Konflikt zwischen Imperialismus und Selbstbestimmung einer Nation, wie der Burenkrieg. Da war die Haltung der Internationale klar und einheitlich.

Im heutigen Weltkrieg mischen sich die imperialistischen Probleme mit demokratischen, und diese Komplikation ist nicht zum wenigsten schuld an der großen Verwirrung, die er in die sozialistischen Parteien fast aller Länder hineinrug und noch hinein trägt. So sehr das den internationalen Sozialismus geschädigt hat, das Ende des Krieges scheint doch trotz alledem seinen Triumph bedeuten zu wollen — den Zusammenbruch des Imperialismus und seiner Werkzeuge und einen machtvollen Fortschritt der Demokratie — wenn noch nicht den völligen Sieg des Proletariats.

1. Die Lebensfähigkeit der Kleinstaaten.

Betrachten wir nun die moderne Entwicklung nicht ausschließlich vom kapitalistischen Geschäftsstandpunkt wie der Vulgärmarxismus, erwägen wir die aus dem Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses hervorgehende, aber dem kapitalistischen Geschäft meist feindliche Macht der modernen Demokratie, dann begreifen wir die Lebensfähigkeit der kleinen Staaten Europas. Die moderne Demokratie ist einer der wichtigsten unter jenen Faktoren, die bisher bewirkten, daß der Ausdehnungsdrang der kapitalistischen Großstaaten sich nicht gegenüber den europäischen Kleinstaaten, sondern außerhalb Europas in Gebieten äußerte, die noch nicht vom industriellen Kapitalismus und der modernen Demokratie erfaßt sind. Der Kraft dieser Demokratie ist es zuzuschreiben, daß keine Regierung, die auch nur eine Spur von politischem Verständnis unserer Zeit besaß, es im neunzehnten Jahrhundert gewagt hat, ein europäisches Gebiet wider den ausgesprochenen Willen seiner Bevölkerung zu annektieren. Die Lebenskraft der Kleinstaaten besteht nicht zum wenigsten gerade darin, daß ihre Regierungen schwächer sind, nicht über so viele Machtmittel verfügen wie die der Großstaaten, daher der Demokratie größere Zugeständnisse machen müssen als ihre großen Nachbarn. In der größeren Demokratie der Kleinstaaten liegt heute ihre Anziehungskraft für ihre Bevölkerung.

Die Kleinstaaten brauchten beim Wettstreit nicht mitzutun. Es stand für sie von vornherein fest, daß sie bei diesem Wettlauf die letzten sein mußten, sie strengten sich also nicht sehr dabei an. Ihre Armeen hatten nur kurze Dienstzeit, waren wohl gegen das Volk unter Umständen dort verwendbar, wo Bauern gegen städtische Arbeiter aufgeboten wurden, nicht aber zur Sicherung einer Regierung, die der Gesamtheit der Bevölkerung Rechte vorenthalten oder gar eskamotieren wollte. Dabei hatten die Regierungen der kleinen Staaten keine Aussicht, innere Schwierigkeiten durch glänzende äußere Erfolge zu überwinden.

Bis zum jetzigen Kriege befrug die Dienstpflicht für die Infanterie in der Schweiz 65, in Norwegen 78 Tage. In Holland $8\frac{1}{2}$ Monate — nur ein Teil der Wehrfähigen, 27 000, ist dienstpflchtig —, in Schweden 250 Tage, in Belgien 15 Monate, für die Hälfte der Wehrfähigen. Daneben besaß Belgien noch eine Bürgergarde, eine Art Miliz. Mit diesen geringeren Militärlasten ging Hand in Hand eine größere politische Bewegungsfreiheit der Volksmassen. Was immer die Proletarier an diesen Staaten auszufragen hatten — und sie hatten naturgemäß ungeheuer viel an ihnen auszufragen —, so gaben ihnen doch die Zustände bei den Nachbarn keine Ursache, verlangend über die Grenze zu blicken. Der eigene kleine Staat bot ihnen bessere Gewähr, sich im Klassenkampf zu betätigen und vorwärtszukommen,

als der ungeheure Machtapparat jenseits ihrer Grenze. Die Furcht vor diesem wirkte stärker abschreckend als die materiellen Vorteile, die er versprach, anzulehnd.

Wir sehen heute bei keinem der Kleinstaaten in der Bevölkerung auch nur den leisesten Wunsch, die angeblich so traurige Lage, in die sie durch die Kleinheit ihres Gemeinwesens versetzt ist, durch Angliederung an ein größeres beseitigt zu sehen. Vielmehr hat der Krieg das Gegenteil gebracht, eine Fülle von Wünschen nach Bildung neuer Kleinstaaten auf Kosten großer.

Diese Entwicklung hat zwei Seiten, von denen die eine sehr bedenklich ist. Es ist etwas anderes, ob ein bisher selbständiges Gemeinwesen sich gegen seine gewaltsame Einverleibung in ein größeres sträubt, oder ob ein großes Gemeinwesen, das jahrhundertlang bestand, in kleine Stücke zerfällt, die ohne Verbindung miteinander stehen, ob neue Zollgrenzen, neue Trennungslinien zwischen den Nationen ausgerichtet werden.

Die Zerfällung eines großen Staates in mehrere kleine ist namentlich dann bedenklich, wenn sie eine Folge des Rückganges seiner Zwangsgewalt, eine Folge seiner steigenden Demokratisierung ist, indes jenseits der Grenze noch ein Großstaat mit ungebrochener Zwangsgewalt besteht. Die Zerplitterung des großen demokratischen Staates in viele kleine bedeutet dann nichts anderes als die Schwächung der Abwehrkraft seiner Demokratie gegenüber den Machtmitteln des Nachbarn. Hier kann die Kleinstaaterei, trotz ihres hochdemokratischen Ausgangspunktes, zu einer Gefahr für die Demokratie werden.

Die internationale Sozialdemokratie hat nicht bloß nach der Selbstbestimmung der Nationen, sondern auch nach ihrer wachsenden Annäherung zu streben. Und sie hat die dauernden Interessen der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung gegenüber den Sonderinteressen und Augenblicksinteressen — auch den demokratischen — einer besonderen Gruppe zu wahren. Dies kann ihr unter Umständen dringend gebieten, für den Zusammenhalt eines revolutionären demokratischen Großstaates gegenüber reaktionären Nachbarn einzutreten.

Doch als zweckmäßiges Mittel, den Staat zusammenzuhalten, kann sie dabei nur seine größere Anziehungskraft betrachten. Wenn heute Finnländer und Ukrainer dem russischen Staat entfliehen wollen, ist das als eine Nachwirkung des Zarisismus aufzufassen, der sie abstieß, und als Ergebnis ihres mangelnden Vertrauens zur Lebenskraft der russischen Revolution, obwohl sie sich freilich sagen mußten, daß ihre Aussichten auf nationale Selbständigkeit aufs engste verknüpft sind mit denen der russischen Revolution, daß sie ihre Selbständigkeit nur wahren können, wenn sie sich mit dieser solidarisch erklären, und nicht, wenn sie sich von ihr lösen und sie dadurch schwächen.

Indes auch dort, wo die Kleinstaaterei nicht neuesten Datums ist, sondern das Recht der Verjährung in Anspruch nehmen kann, bedeutet sie keinen Zustand, der ungemischtes Wohlgefallen erregt. Stellt sie vom Standpunkt der Demokratie das kleinere Übel gegenüber den Großstaaten bisherigen Stils dar, so hat die internationale Sozialdemokratie doch nicht bloß die Interessen der Demokratie zu wahren, sondern auch die der ökonomischen Entwicklung, die die materiellen Vorbedingungen für die Befreiung des Proletariats liefert, und diese Entwicklung findet unter sonst gleichen Umständen im großen Staate einen günstigeren Boden als im kleinen.

Die Aufgabe besteht darin, die Forderungen der Demokratie mit denen der Ökonomie in Einklang zu bringen.

Das kann auf zwei Wegen erreicht werden. Einmal durch vermehrte Demokratisierung der Großstaaten. Je größer deren innere Freiheit, desto weniger werden benachbarte Kleinstaaten befürchten, durch engeren ökonomischen Anschluß in ihrer politischen Selbständigkeit beeinträchtigt zu werden, desto leichter werden sie dazu gebracht werden, Zollgesetzgebung, Münzwesen, Verkehrswesen, bürgerliches Recht usw. freiwillig in Gemeinschaft mit dem großen Nachbarn zu regeln, mit ihm ein gemeinsames Verkehrsgebiet zu bilden.

Noch fruchtbarer aber würde es, wenn es gelänge, sämtliche Staaten der europäischen Kultur oder zunächst wenigstens Europas in einem großen Gemeinwesen zusammenzufassen, den schon im vorigen Jahrhundert ersehnten »Vereinigten Staaten von Europa«, in denen alle Zollschranken aufhörten, alle Grenzfragen ihren machtpolitischen Charakter verlören, der internationale Verkehr seine freieste Entfaltung fände.

Aber auch diese Lösung setzt vermehrte Demokratisierung der Großstaaten alten Stils voraus, denn eine freiwillige Eingliederung aller Staaten in dieses überstaatliche Gebilde wird nur dann möglich, wenn keiner dabei an Demokratie verliert, jeder gewinnt.

Solange diese Bedingungen nicht gegeben sind, wird die Volksmasse der Kleinstaaten, auch ihr Proletariat, an ihnen hängen und ihrer Eingliederung in einen Großstaat mit aller Macht widerstreben. Wehe dem großen Staate, der in Mißachtung dieses Volksempfindens einen seiner kleinen Nachbarn zur »Sicherung seiner Grenzen« gewaltsam an sich zieht und festhält! Er gewinnt damit nur einen Pfahl im eigenen Fleisch, der jede seiner Bewegungen hindert und zur Qual macht, er gewinnt nichts als die Feindschaft, den tödlichen Haß der Grenzbevölkerung und der Demokratie aller Völker, die ihren klarsten und entschiedensten Ausdruck findet in der internationalen Sozialdemokratie. Was als Sicherung der Grenze und des Friedens gedacht ist, wird zu ihrer ewigen Bedrohung.

Wir empfehlen nachstehend verzeichnete Werke.

Der Ursprung des Christentums. Eine historische Untersuchung von Karl Kautsky. 5. und 6. Tausend. Preis gebunden M. 6.—

Vorkämpfer des neueren Sozialismus. Von Karl Kautsky. Zweite, durchgesehene Auflage.

Erster Band: Kommunistische Bewegungen im Mittelalter.

Preis gebunden M. 3.50.

Zweiter Band: Der Kommunismus in der deutschen Reformation.

Preis gebunden M. 3.50.

Karl Marx' Ökonomische Lehren. Von Karl Kautsky. Dreizehnte Auflage. Preis gebunden M. 2.50.

Das Erfurter Programm. Von Karl Kautsky. Zwölfte Auflage. Preis gebunden M. 2.50.

Thomas More und seine Utopie. Von Karl Kautsky. Zweite, verbesserte Auflage. Preis gebunden M. 3.50.

Ethik und materialistische Geschichtsauffassung. Von Karl Kautsky. 6. und 7. Tausend. Preis gebunden M. 2.—

Die Klassengegenätze im Zeitalter der französischen Revolution. Von Karl Kautsky. Zweite Auflage. Preis gebunden M. 1.20.

Bermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft. Von Karl Kautsky. Preis gebunden M. 2.50.

Parlamentarismus und Demokratie. Von Karl Kautsky. Zweite, durchgesehene und vermehrte Auflage. Preis gebunden M. 1.20.

Die Vereinigten Staaten Mitteleuropas. Eine volkswirtschaftliche Studie von Karl Kautsky. Preis 50 Pf.

Die Befreiung der Nationen. Von Karl Kautsky. Preis 75 Pf.

Serbien und Belgien in der Geschichte. Historische Studien zur Frage der Nationalitäten und der Kriegsziele von Karl Kautsky. Preis M. 1.50.

J. S. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.